

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTS-SPIEGEL • INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt/M., Mai 1977

Einzelpreis 3,— DM

XVII. Jahrgang

D 3476 EX

5/77

Bei den Kundgebungen zum 1. Mai — wir berichten an anderer Stelle ausführlich über den internationalen Kampftag — haben mehrere Redner die Haltung der Gewerkschaften zur Kernenergie angesprochen und sich dabei auf die am 5. April vom DGB-Bundesvorstand verabschiedete Stellungnahme „Kernenergie und Umweltschutz“ berufen. Mit diesem Papier hat der DGB ein bedingtes Ja zur Kernenergie gegeben. Zu den Bedingungen nennt der DGB unter anderem die Entsorgungsfrage und den Arbeitsschutz der in Kernkraftwerken Beschäftigten sowie den notwendigen Umweltschutz. Gleichzeitig orientiert der DGB für die künftige Energieerzeugung auf die Ausweitung des Einsatzes von Steinkohle durch den sofortigen Bau zusätzlicher Kohlekraftwerke.

Die erwähnten Bedingungen für den Bau von Kernkraftwerken sind im Detail zu unterstützen. Nur hat die Haltung des DGB einen ganz entscheidenden Mangel. Mit keiner Silbe wird angesprochen, in wessen Eigentum sich die Kernkraftwerke befinden, wer über sie die Verfügungsgewalt ausübt. Kernkraftwerke in den Händen der großen nationalen und multinationalen Konzerne dienen nicht der Bevölkerung und der Energieversorgung für ein dubioses „Gemeinwohl“, sondern der Ausdehnung der ökonomischen und politischen Macht sowie den Profitinteressen des Großkapitals. Unter diesen Bedingungen ist keine Sicherheit der Bevölkerung erreichbar. Die Ölkatastrophe in der Nordsee, unter technischen Gesichtspunkten völlig vermeidbar, sollte mahnen. Viele Gewerkschafter fragen sich, warum man bei der Ausarbeitung der Stellungnahme zur Kernenergie das gültige DGB-Grundsatz- und Aktionsprogramm wie auch die Prüfsteine zu den Bundestagswahlen einfach ignoriert habe. Im Zusammenhang mit Kernenergie gibt es im Grundsatzprogramm eine klare Aussage. Unter dem Abschnitt über Gemeineigentum heißt es wörtlich: „Die wachsende Bedeutung der Atomindustrie erfordert staatliches Eigentum an allen Kernbrennstoffen und eine strenge Kontrolle des Reaktorbaus im Hinblick auf eine Koordinierung der gesamten Energiepolitik sowie aus Gründen des Arbeits- und Bevölkerungsschutzes.“

Kernkraftwerke gehören in Gemeineigentum

Nicht einmal im Ansatz ist die Forderung, Kernkraftwerke in Gemeineigentum zu überführen bzw. nur in dieser Eigentumsform zu entwickeln, vom DGB-Bundesvorstand angesprochen worden. Auch die zentrale gewerkschaftliche Forderung nach Mitbestimmung oder gar nach Investitionslenkung und -kontrolle sucht man in der umfangreichen Stellungnahme vergeblich. Wenn hier nicht die Kontrolle wirtschaftlicher Macht verlangt und als wesentlichste Bedingung herausgestellt wird, dient die DGB-Position bei vielen richtigen Einzelforderungen nicht den Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung. So wie sie jetzt vorliegt, bedeutet sie nicht nur ein Abrücken von bewährten gewerkschaftlichen Positionen, sondern hilft letztlich das vorhandene kapitalistische Wirtschaftssystem zu perfektionieren. Dieser Aspekt sollte bei der bevorstehenden Diskussion über ein neues DGB-Grundsatz- und Aktionsprogramm beachtet und die Stellungnahme zur Kernenergie und Umweltschutz vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

Aus dem Inhalt:

1. Mai: Gemeinsam erreichen wir mehr	2
Solidarität mit Arbeitslosen heißt Senkung der Arbeitszeit Interview mit Günter Döding, 2. Vorsitzender der Gewerkschaft NGG	4
7 Prozent mehr Lohn und Gehalt in der chemischen Industrie	6
Lohnrunde in der Bauindustrie: Angst vor der eigenen Courage?	7
Daten zur Wirtschaftsentwicklung	9
Können in Rüstungsbetrieben Arbeitsplätze erhalten werden?	10

Auszüge aus Maireden

Aktionspapier zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit	
Skala der durchschnittlichen effektiven Bruttomonatsverdienste der Angestellten	
Arbeiterseminar '77 Thesen zum Referat „Sozialpolitik in der Krise“	
Beirat der IG Metall zu Rüstungsexporten	13—24

Sozialistische Internationale umarmt die Gewerkschaften	26
Rationalisierungsinvestitionen rauben Arbeitsplätze	29
Juso-Kongreß diskutiert Verhältnis zur Einheitsgewerkschaft	30
Auch in den Gewerkschaften: CIA spielt überall mit	33
DGB-Delegation erstmals auf Kongreß in Moskau	34

1. Mai 1977: Gemeinsam erreichen wir mehr

Für die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit und Bildung, Verteidigung der sozialen Leistungen und demokratischen Rechte, Frieden, Abrüstung und Entspannung, gegen Arbeitslosigkeit, Lehrstellennot und Unternehmerwillkür demonstrierten am 1. Mai in allen Teilen der Bundesrepublik Hunderttausende Arbeiter, Angestellte und Beamte sowie Schüler und Studenten. Die rund 800 gewerkschaftlichen Mai-Kundgebungen standen unter der zentralen Losung des DGB: Gemeinsam erreichen wir mehr. Die größten gewerkschaftlichen Demonstrationen und Kundgebungen fanden in Hamburg mit 40 000, München 25 000, Frankfurt 18 000 und Stuttgart und Bremen mit je 10 000 Teilnehmern statt. (Auszüge aus Maireden siehe Einhefter.)

Auf den ungezählten Losungen und den Reden der Gewerkschaftsvertreter bildete die Forderung nach dem Recht auf Arbeit den Schwerpunkt. So stand in München eine Losung an der Spitze des Demonstrationzuges der IG Metall: „Das Recht auf Arbeit ist erstes Menschenrecht.“ Vor allem in den Orten, wo unmittelbare Massenentlassungen drohen, wie in den Werften der Küstenstädte, in der Stahlindustrie im Ruhrgebiet und im Saarland, solidarisierten sich die Kundgebungsteilnehmer mit den von der Kündigung betroffenen Arbeitern und Angestellten. „Schluß mit der Arbeitsplatzvernichtung“, hieß es in Hamburg; „Kein Kollege darf entlassen werden“ in Oberhausen.

Auf der zentralen Mai-Kundgebung nannte der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter vor 5000 Teilnehmern als erste und wichtigste Forderung „Beseitigung der Arbeitslosigkeit, vor allem der Jugendarbeitslosigkeit, das heißt Verwirklichung des Rechts auf Arbeit“. Zahlreiche Gewerkschaftsredner legten dar, welche Einzelforderungen zu verwirklichen sind, um dieser zentralen Aufgabe näherzukommen: 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, mindestens sechs Wochen Urlaub für alle, Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre, obligatorisches 10. Schuljahr und gesetzlich garantierten Bildungsurlaub. Notwendig sei es, betonte der 2. IG-Metall-Vorsitzende Hans Mayr in München, „den Kampf um die Vollbeschäftigung zur Sache der gewerkschaftlichen Tarifpolitik zu machen“.

Es gab kaum eine Demonstration und Kundgebung, wo nicht auf Transparenzen gegen die undemokratische Berufsverbotspraxis protestiert und für die Verteidigung des Grundgesetzes sowie das gesetzliche Verbot der Aussperrung verlangt wurde. Allerdings war in den Reden der Spitzenvertreter der Ge-

werkschaften zur Frage der Berufsverbote wenig zu hören. Obwohl in der offiziellen vom DGB-Bundesvorstand vorgelegten Musterrede die Frage der Abrüstung überhaupt nicht angesprochen war, haben zahlreiche Sprecher die Kürzung des Verteidigungshaushaltes gefordert. Gerhard Vater, Vorsitzender der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, setzte sich in Dortmund für Völkerverständigung und die Fortsetzung des Entspannungsprozesses ein. Der 1. Mai sei schon immer ein Antikriegstag gewesen.

Auf allen Mai-Veranstaltungen demonstrierte eine große Zahl ausländischer Arbeiter gemeinsam mit ihren deutschen Kollegen für mehr Rechte gegen Diskriminierung. Vielfach wurde zur verstärkten Solidarität mit dem chilenischen Volk aufgerufen und von der Bundesregierung verlangt, „alles zu unterlassen, was die Militärjunta auch nur einen Tag länger an der Macht halten kann“, so Gert Lütgert in Frankfurt.

Vierorts kritisierten Gewerkschaftsfunktionäre, daß die Bundesregierung die, wenn auch unzureichende gesetzlichen Bildungsabgabe der Unternehmer aufgrund der Erpresserpolitik der großen Konzerne nicht erheben wird. Daran knüpfte der stellvertretende hessische DGB-Vorsitzende Gert Lütgert in Frankfurt die Feststellung an: „Auch auf diesem Gebiet zeigen die Unternehmer, daß wirtschaftliche Macht politische Macht ist.“

Vetter und andere Repräsentanten des DGB wiederholten die These, daß sich angesichts der krisenbedingten Massenarbeitslosigkeit das System der sogenannten sozialen Marktwirtschaft in Frage stelle oder eine Krankheit der kapitalistischen Gesellschaft festzustellen sei. Zur Beseitigung dieser Krankheit gab es allerdings unterschiedliche Rezepte: Während die einen deutlich

machten, daß es notwendig sei, das kapitalistische System grundlegend, vor allem die Macht- und Besitzverhältnisse, zugunsten der arbeitenden Menschen zu verändern, versuchten sich andere erneut als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus zu empfehlen. Zu den letzteren zählten vor allem die vielen Vertreter der Bundes- und Landesregierungen bzw. Spitzensprecher der SPD. So wärmte Bundeskanzler Schmidt in Köln die von der Praxis längst überholte These auf, daß die Unternehmerrgewinne von heute Investitionen von morgen und Arbeitsplätze von übermorgen wären. Zu den auf zahlreichen Transparenzen erhobenen Forderungen nach Verbot von Massenentlassungen und Aufbildungsverpflichtung der Unternehmer schwiegte Helmut Schmidt aus. Auch Bundesminister Hans Matthöfer versuchte in Hamburg mit einer „Wirsitzen-alles-in-einem-Boot“-Rede, für die unternehmerfreundliche Politik der Regierungskoalition zu werben. Ein großer Teil der Kundgebungsteilnehmer betrachtete das als eine Provokation.

Auftritte dieser Art stärken nicht die Gewerkschaften, sondern gefährden ihre Unabhängigkeit von Unternehmern, Regierungen und Parteien. Die Gewerkschaften haben genügend qualifizierte Funktionäre, die in der Lage sind, auf den Mai-Kundgebungen eine ausschließlich den Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten dienende Politik zu entwickeln. Man sollte endlich davon abkommen, daß einige den 1. Mai für die Popularisierung der Sozialpartnerschaft und einer unternehmerfreundlichen Regierungspolitik mißbrauchen. Die Mai-Losung „Gemeinsam erreichen wir mehr“ darf nicht interpretiert werden, gemeinsam mit Regierung und Unternehmern, sondern muß heißen, gemeinsames Handeln für die eigenen Forderungen, gegen das Kapital und seine politischen Freunde.

In einigen Orten wie in Frankfurt und Hamburg besorgten linkssektiererische Grüppchen mit gewerkschaftsfeindlichen und gegen die sozialistischen Länder gerichteten Losungen das Geschäft der Reaktion. Sie versuchten, die einheitlich demonstrierende Arbeiterschaft zu spalten und die gewerkschaftlichen Veranstaltungen zu stören. Die Gewerkschaften sind stark genug, mit diesen Gewerkschaftsfeinden, die sich mit revolutionären Phrasen tarnen und den Unternehmern Schützenhilfe leisten, fertig zu werden. Dazu ist auch keine Polizei nötig, wie das in Frankfurt geschehen ist. Völlig falsch wäre es, aufgrund des Geschreis ultralinken Grüppchen die Schlußfolgerung zu ziehen, künftig auf Mai-Demonstrationen zu verzichten und in die Säle zu gehen. Vor den DGB-Kreisen und Ortskartellen steht die Aufgabe, in den nächsten Wochen und Monaten die Erfahrungen des 1. Mai 1977 gründlich auszuwerten und schon jetzt in den Betrieben und Verwaltungen mit der Vorbereitung des 1. Mai 1978 zu beginnen. W. Petschick

Erfolgreiches Arbeiterseminar

Über 100 Personen — Mitglieder und Funktionäre von Gewerkschaften, Betriebsräte, Wissenschaftler — waren am 23. und 24. April zum „Arbeiterseminar '77“ nach Frankfurt gekommen. Verlag und Redaktion NACHRICHTEN hatten zu diesem vierten Seminar eingeladen, um über „Sozialpolitik in der Krise — Verteidigung und Ausbau sozialer Rechte und Leistungen“ zu beraten.

Das Resümee des Seminars: Soziale Rechte und Leistungen für die Arbeitenden erfahren im kapitalistischen System der Bundesrepublik keine automatische Absicherung. Sie sind durch die Herrschenden permanent und in dem Maße, wie diese sich in Schwierigkeiten befinden, zunehmend und akut bedroht. Das entspricht auch der Tatsache, daß das System der sozialen Sicherung kein Geschenk, sondern das Ergebnis langen gewerkschaftlichen und politischen Kampfes ist. Die übereinstimmende Feststellung der Seminarteilnehmer: Der gemeinsame Kampf für die Verteidigung der Rechte und Leistungen muß mit dem Kampf für ihre Verbesserung verbunden werden.

(Siehe auch Bericht auf Seite 31 und „Thesen“ im Einhefter.) G. S.

Mord an Buback

In allen Bevölkerungsschichten unseres Landes wird der Mord an Generalbundesanwalt Buback und seinen Begleitern einhellig verurteilt. Der DGB-Bundesvorstand stellte fest, daß diese Mordtat bei jedem Gewerkschafter nur Verachtung und Abscheu hervorrufen könne. In der Tat sind Terroranschläge und Attentate kein Mittel der politischen Auseinandersetzung, und sie sind durch nichts zu rechtfertigen. Sie erreichen zudem das Gegenteil dessen, was deren Initiatoren vorgeben. Diese Verbrecher besorgen das Geschäft der politischen Rechten. Mit einer linken Politik hat das nicht das Geringste zu tun.

Die Leichen Bubacks und seines Fahrers lagen noch auf der Straße, da rührte die CDU/CSU schon wie wild ihre Trommel. Sie will dabei nicht nur vom Wanzenskandal ablenken, sondern vor allem die demokratischen Rechte und Freiheiten noch weiter einschränken. Die Verfassung soll nur noch als Hülle verbleiben. Sie soll mit einem völlig anderen Inhalt ausgefüllt werden. Die CDU/CSU will eine andere Bundesrepublik. Sch.

Blutmai in Istanbul

Auf die Teilnehmer der Maikundgebung in der türkischen Stadt Istanbul wurde geschossen. 41 Menschen, darunter Frauen und Kinder, starben, 150 blieben verletzt liegen. Nach Pressemeldungen eröffneten Zivilbeamte der Polizei, die auf einem Staatsgebäude lagerten, das Feuer. Maoistische Sektierer übernahmen die Rolle der Helfershelfer. Sie griffen die Kundgebungsteilnehmer ihrerseits mit Waffen an.

Zur Demonstration und Kundgebung anläßlich des 1. Mai hatten die Gewerkschaftsverband DISK und zahlreiche Berufsverbände aufgerufen. Mehr als

150 000 Menschen beteiligten sich an der Kundgebung und Demonstration in friedlicher und disziplinierter Form. Die Todesschüsse fielen, als der Präsident von DISK Kemal Türkler eine Rede hielt. Türkische Arbeiterorganisationen in der Bundesrepublik haben das Blutbad faschistischer und maoistischer Kräfte in Istanbul schärfstens verurteilt. ick

Abrüstung

Wie es die SPD/FDP-Regierung und die CDU/CSU-Opposition in Wahrheit mit der Friedenspolitik halten, hat das gemeinschaftliche Diffamierungstromelfeuer auf „die Jusos“ offenbart, das wir soeben erlebt haben. Man muß sich das noch einmal vergegenwärtigen:

Da gibt es ein „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“, das die Einstellung des Wettrüstens fordert und für den 21. und 22. Mai für dieses Anliegen zu Demonstrationen in Bremen, Essen, Frankfurt und München aufgerufen hat. Zu den Initiatoren und Unterzeichnern des Aufrufes gehören neben Pastor Niemöller, die Schauspieler Felmy, Fürbringer, Millowitsch, Dutzende berühmte Schriftsteller, Wissenschaftler, Hunderte Gewerkschaftsfunktionäre, Sozialdemokraten, Christen — und auch DKP-Mitglieder. Den neugewählten Juso-Vorstand und den Vorsitzenden Benneter störte es offensichtlich nicht, daß Kommunisten für Abrüstung sind. So riefen die Jusos zur Teilnahme an den Demonstrationen auf.

Da traf sie der Bannstrahl der SPD-Führung — und einer, der sich bei den ostpolitischen Aktivitäten das Image eines Vernunft- und Entspannungspolitikers zugelegt hatte, Egon Bahr, entpuppte sich in der neuen Funktion des SPD-Geschäftsführers als besonders zügelloser Antikommunist. Sozialdemokraten sollen sich, so will es die SPD-Führung, nicht an Aktivitäten beteiligen, bei denen auch Kommunisten mitmachen.

Man braucht wohl nicht besonders zu betonen, wie sehr eine solche Position für die Gewerkschaften unterstreicht, daß sie parteipolitische Unabhängigkeit bewahren müssen, um sich nicht selbst aufzugeben. Den Gewerkschaften geht es um die Sache und nicht um die „Parteisuppe“, die andere kochen möchten. Es ist darum zu begrüßen, daß der Beirat der IG Metall am 12. April erklärte — allerdings ohne Bezug auf die Abrüstungsdemonstrationen — „alle Bemühungen zu unterstützen, die darauf abzielen im Rahmen einer konsequenten Entspannungspolitik die Rüstungsausgaben zu vermindern“. Und der Landesbezirk der IG Druck und Papier in Bayern forderte am 24. April zur Teilnahme an der Demonstration in München auf. Sb.



„Bahristische Säuberung“

Nachdem die SPD-Führung nunmehr eine große Säuberungswelle (die „bahristische“; von „Bahr“) eingeleitet hat, werden wohl einige Leute fliegen. Oswald zum Beispiel. Oder Arndt. Oder Neubauer — um nur die jüngsten Fälle zu nennen. Alles Leute, die offensichtlich wissen, wie man in öffentlichen Ämtern in die eigene Tasche wirtschaftet. Sie werden bestimmt aus der Partei fliegen: Denn Bahr hat gesagt, wer die SPD schädigt, hat in ihr nichts zu suchen.

Und dann ist da die andere Gattung, die der bahristischen Säuberung zum Opfer fallen dürfte: diejenigen, die der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften täglich dreimal Knüppel in die Kniekehlen schlagen. Zum Beispiel Arbeitsminister Ehrenberg. Er hat jetzt die Unternehmer aufgefordert, mehr „Zivilcourage“ zu zeigen und arbeitsunwillige Arbeitslose den Arbeitsämtern zu melden. Den „Drückebergern“ müsse man das Arbeitslosengeld sperren. So ein Ehrenberg redet und verallgemeinert genauso unzulässig wie die Unternehmerfunktionäre. Und das trifft auch auf Bundesbankpräsident Klusen zu, der jeden bescheidenen Lohnabschluß mit diffamierendem „Das-ist-zu-hoch-Geschrei“ begleitet. Von höhergestellten Leuten wollen wir gar nicht reden.

Einer soll nun tatsächlich aus der SPD fliegen, weil er sich parteischädigend verhalten hat: Juso-Chef Benneter. Ein Anfang ist also gemacht. Denn mit seiner Äußerung, daß die CDU/CSU die Partei des Klassenfeindes, der Kapitalisten, sei, hat Benneter die Partei tatsächlich geschädigt: die von Kohl und Strauß. okolus

Solidarität mit Arbeitslosen heißt Senkung der Arbeitszeit

Interview mit Günter Döding, 2. Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten

Die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze – das ist ein vorrangiges Anliegen gewerkschaftlicher Interessenvertretung. Dabei werden immer stärker Überlegungen über den wirksamen Einsatz der tarifpolitischen Mittel angestellt. Eine bemerkenswerte Konzeption wurde unlängst von der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten (NGG), namentlich von deren 2. Vorsitzenden, Günter Döding, entwickelt. Mit ihm sprach darüber unser Redaktionsmitglied Gerd Siebert.

NACHRICHTEN: Kollege Döding, Sie sind Initiator eines vom NGG-Hauptvorstand beschlossenen „Konzepts zur Beschäftigungs- und Vermögenspolitik“. Worin besteht sein wesentlicher Inhalt?

Günter Döding: Wir fordern eine branchenbezogene, durch Tarifverträge zu vereinbarende Beteiligung der Arbeitnehmer an den Gewinnen der Unternehmer. Dieses Geld soll in eine von den Tarifvertragsparteien gemeinsam verwaltete Kasse (Branchenfonds) fließen, aber aus beschäftigungspolitischen Gründen nicht auf die hohe Kante gelegt werden. Wir stellen uns vielmehr vor, mit diesem Geld die Reduzierung der Arbeitszeit für ältere Arbeitnehmer zu finanzieren. In der Praxis soll das so aussehen: Den älteren Arbeitnehmern wird angeboten, ab dem 55. Lebensjahr 35 und ab dem 60. Lebensjahr nur noch 30 Stunden in der Woche zu arbeiten. Aus der Kasse (Branchenfonds) sollen die von dieser Regelung betroffenen Arbeitnehmer dann den Lohn- bzw. Gehaltsausgleich zwischen der tatsächlich geleisteten Stundenzahl und der tariflich vereinbarten höheren Wochenarbeitszeit bekommen.

Wir haben aber noch einen zweiten Vorschlag parat, der darauf abzielt, Erschwerungszuschläge nicht mehr in barer Münze, sondern in Freizeit abzugelten. Entsprechende Freizeitregelungen, das sind Sonderurlaub oder kürzere Wochenarbeitszeit, haben wir inzwischen für 170 000 in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie beschäftigte Schichtarbeiter im Wege der Tarifpolitik vereinbart. Wir sind der Meinung, bei dieser Art Umverteilung erreichen wir eine faktische Arbeitszeitverkürzung, und das Kostenargument der Arbeitgeber ist dabei wohl vom Tisch.

NACHRICHTEN: Ist es richtig, daß der Schwerpunkt dieses Konzepts in der Beschäftigungspolitik und weniger in der Vermögenspolitik liegt, und worin besteht die gewerkschaftspolitische Zielsetzung?

Günter Döding: Unser Konzept zur Beschäftigungs- und Vermögenspolitik ist eine Alternative zu den Grundsätzen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände für eine „weiterführende Vermögenspolitik“. Die Verbände haben uns ja dazu animiert, in Sachen „Vermögenspolitik“ aktiv zu werden. Und das haben wir getan. Aber aus aktuellen beschäftigungspolitischen Gründen ist die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten der Auffassung, daß eine Entspannung der Situation auf dem Arbeitsmarkt absolut Vorrang hat. Die Gewerkschaften können sich nicht mit über einer Million Arbeitslosen abfinden.

Natürlich kann Tarifpolitik kein Ersatz sein für eine wirksame staatliche Beschäftigungspolitik, sondern nur eine Ergänzung. Aber das steht doch fest: Die von Unternehmern und radikalen Liberalen gepredigten und beschworenen Selbstheilungskräfte der Wirtschaft sind noch immer nicht wirksam. Das beweist die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Und auch die von Arbeitgebern immer wieder beschworene These, mehr Gewinne bringen mehr Investitionen und sorgen damit für mehr Arbeitsplätze, stimmt offensichtlich nicht.

Wir geben deshalb einer Arbeitszeitverkürzung für ältere Arbeitnehmer den Vorzug vor dem gewissermaßen als „Schubkastenvorschlag“ gedachten Modell zur Vermögensbildung. Unser Konzept soll Arbeitsplätze sichern, neue schaffen und die Humanisierung des Arbeitslebens fördern.

Unsere Forderung, kürzere Arbeitszeit für ältere Arbeitnehmer, müßte übrigens auch den Arbeitsmedizinern ins Konzept passen. Sie haben in der Vergangenheit immer wieder auf die gesundheitsschädlichen Belastungen (Stress) hingewiesen, denen insbesondere die Älteren in Produktion und Verwaltung ausgesetzt seien. Auch unser zweiter Vorschlag, Freizeit statt Erschwerungszuschläge, soll nicht nur den Arbeitsmarkt entspannen, sondern

ebenfalls die Humanisierung der Arbeit fördern.

Wir haben aber noch einen dritten Pfeil im Köcher: Das Betriebsverfassungsgesetz. Die Paragraphen 90 und 91 – menschengerechte Gestaltung der Arbeit – bieten den Betriebsräten Möglichkeiten, den Arbeitsmarkt in unserem Sinne zu beeinflussen und die Humanisierung in den Betrieben zu fördern. So zum Beispiel, wenn es um das Festlegen der Zahl der einzusetzenden Arbeitnehmer an Anlagen in Produktion und Verwaltung geht, um die Vereinbarung von Kurzpausen für monotone Arbeit, Nerven- und Lärmbelastung, und – das ist besonders wichtig – um die Einstellung kontinuierlicher Arbeitsreserven.

Aber gerade was die Einstellung der kontinuierlichen Arbeitsreserven betrifft, liegt in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit der „Sündenfall“ nahe. Die Arbeitsreserve ist in den meisten Unternehmen nahezu auf null gefahren worden, weil die Angst der Arbeitnehmer um ihren Arbeitsplatz mit einkalkuliert wird. Viele Unternehmer sind heute der Meinung, sie könnten von den Arbeitnehmern zusätzlich höhere Leistungen erwarten. Wenn aber der durchschnittliche Krankenstand heute bei rund sechs Prozent liegt, dann müßten die Unternehmer auch eine kontinuierliche Arbeitsreserve von sechs Prozent beschäftigen.

NACHRICHTEN: Nun können wir uns vorstellen, daß die NGG-Konzeption auch auf die Problematik anderer DGB-Gewerkschaften paßt. Wie ist die Resonanz im DGB und in Ihrer eigenen Organisation selbst?

Günter Döding: Zunächst zum DGB: Der Vorsitzende Heinz Oskar Vetter hat kürzlich öffentlich versichert, daß dieser Vorschlag der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, ich zitiere, sowohl sozialpolitisch als auch konjunkturpolitisch gut in die Landschaft passen könnte. Aber auch in den Einzelgewerkschaften wird über unser Konzept diskutiert. Inzwischen setzen mehrere DGB-Gewerkschaften auf Arbeitszeitverkürzung, in welcher Form auch immer, um den Arbeitsmarkt zu entlasten.

In unserer Organisation sind die Vorschläge positiv aufgenommen worden. Der Hauptvorstand und der Tarifpolitische Ausschuß haben das Konzept einstimmig gebilligt. Aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben hat das Modell Zustimmung gefunden. Ich würde dies Solidarität mit den Arbeitslosen nennen.

NACHRICHTEN: Können Sie schon etwas sagen, wie es mit der Verwirklichung dieser Pläne aussieht? Müssen Sie nicht mit größtem Widerstand der Unternehmer rechnen?

6,5 Prozent mehr bei Versicherungen

Rückwirkend zum 1. April wurden Mitte vergangenen Monats die Gehälter der 200 000 Beschäftigten bei den privaten Versicherungen um 6,5 Prozent erhöht. Die Ausbildungsvergütungen verbesserten sich um 40 bis 50 DM. Alle Angestellten vom 18. bis 50. Lebensjahr erhalten einen Tag mehr Urlaub. Die HBV hatte eine Erhöhung der Gehälter um mindestens 8,4 Prozent und weitere soziale Verbesserungen gefordert.

Neue GHK-Tarife

Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) hat eine Reihe neuer Tarifverträge durchgesetzt mit Lohn- und Gehaltserhöhungen von zum Teil mehr als 7 Prozent. Ab dem 1. Mai erhalten die Bodenleger 7,3 Prozent mehr. Damit erhöht sich der tarifliche Mindestverdienst für einen erfahrenen Bodenleger auf 10,81 DM in der Stunde. Rückwirkend ab dem 1. März erhöhen sich die Löhne und Ausbildungsvergütungen der Parkettleger um 7 Prozent. Für die Monate Januar und Februar wird ein Überbrückungsbetrag von 250 DM gezahlt.

Die Tariflöhne und -gehälter in der Sägeindustrie stiegen unterschiedlich ab 1. April in den einzelnen Bezirken zwischen 6,4 und 6,6 Prozent. Die Laufzeit dieses Tarifvertrages beträgt nur 11 Monate. In Nordrhein-Westfalen konnte zusätzlich eine tarifliche Alterssicherung (Kündigungsschutz und Ver-

Günter Döding: Wir wollen schon in nächster Zeit den Arbeitgebern unsere Forderungen präsentieren. Natürlich sind die Unternehmer – das beweist die tägliche Praxis – nicht begeistert, wenn wir etwas wollen. Nur, diesmal stehen sie im Wort: Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat den Gewerkschaften bereits im Oktober 1976 neue Wege in der Vermögenspolitik vorgeschlagen. Und auf dieses Angebot haben wir entsprechend reagiert.

Für uns, ich darf das noch einmal betonen, hat natürlich der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit absolute Priorität. Wir wollen deshalb diese für Vermögenspolitik vorgesehenen Mittel vorübergehend zur Entspannung der Lage auf dem Arbeitsmarkt verwenden. Klar ist: Unsere Forderung bedeutet eine Nagelprobe für die Unternehmer. Ob wir mit größtem Widerstand rechnen müssen, steht noch in den Sternen. Auf jeden Fall stehen die Unternehmer im Wort.

dienstsicherung für Arbeiter und Angestellte durchgesetzt werden, die das 55. Lebensjahr vollendet haben und mindestens 10 Jahre dem Unternehmen ununterbrochen angehören, wenn ihre Leistungsfähigkeit alters- oder gesundheitsbedingt mindestens um 10 Prozent gemindert ist. Die geschützten Arbeiter und Angestellten erhalten 95 Prozent ihres Bruttoverdienstes garantiert. Bei Tariflohn- und Gehaltserhöhungen steigt dieses garantierte Einkommen entsprechend mit.

6,6 Prozent mehr für Redakteure

Die Redakteure an den bundesdeutschen Tageszeitungen erhalten rückwirkend ab 1. April eine Gehaltserhöhung von 6,6 Prozent. Das Gesamtergebnis liegt jedoch höher, stellt dazu die IG Druck und Papier fest. Die Deutsche Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier hatte 9 Prozent gefordert. Davon seien 80 Prozent erreicht worden, denn die Anhebung um 6,6 Prozent werde jeweils vom Gehalt der höchsten Aufslagengruppe berechnet und als Festbetrag auf die Gehaltsätze der darunter liegenden Gruppen aufgeschlagen. Das führe zu Erhöhungen um bis zu 7,7 Prozent, bei Volontären sogar bis 9,1 Prozent.

Mehr Lohn und Urlaub im Garten- und Landschaftsbau

Für rund 40 000 Beschäftigte im Garten- und Landschaftsbau der Bundesrepublik hat die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft Lohnerhöhungen um 6,6 bis 7 Prozent vereinbart. Allerdings ist in diesem Prozentsatz auch der Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung von 42 auf 41 Wochenstunden enthalten. Der Urlaub wird um zwei bis drei Tage in den verschiedenen Altersgruppen verlängert und künftig nach Arbeitstagen berechnet.

6,4 Prozent für Beschäftigte bei Stationierungstreitkräften

Nach langwierigen Verhandlungen ist es der Gewerkschaft ÖTV am 20. April 1977 gelungen, für die über 100 000 Beschäftigten bei den alliierten Streitkräften eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 6,4 Prozent durchzusetzen. Allerdings beträgt die Laufzeit des Tarifvertrages 13 Monate bis zum 28. Februar 1978. Für den zurückliegenden Monat Februar wurde die einmalige Zahlung von 100 DM vereinbart. Zum Verhandlungsergebnis gehören ferner strukturelle Verbesserungen des Lohngefüges.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarife für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahlen hinter dem Datum enthalten auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Zweigen.

31. Mai 1977 – 0,4 Mill.

Chemische Industrie in den Bezirken Bayern und Saar (64 000), Einzelhandel im Bezirk Saar (40 000), Energie- und Versorgungsunternehmen in Baden-Württemberg (300 000).

30. Juni 1977 – 0,29 Mill.

Kfz-Gewerbe in Hessen (25 000), Zentralheizungs- und Lüftungsbau in Bayern (20 000), Groß- und Außenhandel Rheinland-Pfalz (40 000), Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke in Nordrhein-Westfalen (40 000), Ersatzkassen (26 000), Kautschukindustrie in Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein (74 000).

Juli/August 1977 – 0,25 Mill.

Hohlglaserzeugende Industrie in Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (100 000), Papiererzeugung (70 000), feinkeramische Industrie (40 000).

30. September – 0,24 Mill.

Holzverarbeitende Industrie (außer Bayern und Hessen).

31. Oktober – 0,36 Mill.

Eisen- und Stahlindustrie außer Saarland (311 000), Schuhindustrie (45 000).

31. Dezember – 3,8 Mill.

Metallindustrie ohne Bayern und VW (3 200 000), Holzindustrie verschiedener Bereiche (147 000), papier-, pappe- und kunststoffverarbeitende Industrie (117 000), Einzelhandel Nordrhein-Westfalen (380 000).

31. Januar 1978 – 0,79 Mill.

Metallverarbeitende Industrie in Bayern (680 000) und Volkswagenwerk (110 000).

28. Februar 1978 – 3,18 Mill.

Öffentlicher Dienst (1 400 000), Post und Bundesbahn (420 000), Beschäftigte bei den Stationierungstreitkräften (120 000), Banken (300 000), Groß- und Außenhandel in Rheinland-Pfalz (280 000), in Bayern (200 000), Einzelhandel in Baden-Württemberg (200 000), in Hessen (124 000), in Hamburg (65 000), Elektrohandwerk in Bayern (38 000), holzverarbeitende Industrie in Hessen (27 000), Sägeindustrie in NRW, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein (30 000), Zuckerindustrie (20 000).

7 Prozent mehr Lohn und Gehalt in der chemischen Industrie

In der Nacht vom 27. zum 28. April 1977 wurde im Steigenberger Ritters Parkhotel in Bad Homburg für den Tarifbezirk Hessen der chemischen Industrie ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen erhöhen sich mit Wirkung vom 1. April 1977 um 7 Prozent. Die hessische Tarifkommission stimmte dem Abschluß mit 27 gegen 6 Stimmen zu. Die Laufzeit des neuen Tarifvertrages beträgt 12 Monate.

Die Forderungen der IG Chemie-Papier-Keramik in Hessen beliefen sich auf 9,5 Prozent. Die Unternehmer machten in der zweiten Verhandlungsrunde zuerst ein Angebot von 5,4 Prozent, das sie dann auf 6 Prozent erhöhten. Der IG Chemie gelang es nicht,

(Stundenlohn x 174), während die Angestelltengehälter zwischen 95 DM und 221 DM steigen. Eine Mindesthöhung bzw. ein Sockelbetrag hätte dies verhindern können.

Die Unternehmer haben dem Abschluß deshalb zugestimmt, weil — wie der Vorsitzende des Arbeitsrings Chemie, Otto Esser (Merck), erklärte —, sie die Tarifrunde über den hessischen Bereich hinaus zu einem friedlichen Abschluß bringen wollten. Bereits während der Verhandlungen in Bad Homburg spürten sie die Kampfbereitschaft der Arbeiter und Angestellten, als mehr als 50 Kollegen von der BASF aus Ludwigshafen anreisten und ihre hessischen Kollegen ermunterten, konsequent bei ihrer Ausgangsforderung zu bleiben. In Rheinland-Pfalz hatten die Mitglieder auf Aufforderung des Bezirksleiters schon mit der technischen Vorbereitung einer Urabstimmung begonnen. In den Tarifbezirken Rheinland-Pfalz und Nordrhein, wo die Verhandlungen wegen des völlig unzureichenden Angebots von 6 Prozent von der IG Chemie als gescheitert erklärt werden mußten, tagt am 9. bzw. 10. Mai die Schlichtungsstelle.

Dieses hessische Ergebnis liegt geringfügig über dem Abschluß in der metallverarbeitenden Industrie (6,9 Prozent). Aber auch hier wird unter Berücksichtigung der Preissteigerungen, der Wirkungen der Steuerprogression und der erhöhten Sozialversicherungsabgaben allenfalls der Reallohn gehalten, während die enorme Produktivitätssteigerung, die in der chemischen Industrie besonders hoch ist, voll in die Taschen der Unternehmer dieses hochkonzentrierten Industriezweiges geht. 1976 betrug die Umsatzsteigerung 16,1 Prozent, und allein die drei größten Konzerne, Hoechst, BASF und Bayer, schütteten für dieses Jahr 911 Mill. DM an Dividenden aus. Die Beschäftigtenzahl ging weiter zurück. In welchem Tempo sich in den letzten 30 Jahren die Produktivität entwickelt hat, zeigen Äußerungen von Paul Ungerer, Präsidialmitglied des Chemieverbandes auf der Hannover-Messe. Der Chemieumsatz hat sich demnach verzweifelt, während die Belegschaft sich nur knapp verdoppelte. Während es 1974 in der chemischen

Industrie noch 604 000 Beschäftigte gab, sank diese Zahl 1976 auf 574 000.

Der IG-Chemie-Bezirksleiter in Rheinland-Pfalz, Hans Schweiter, verwies darauf, daß trotz überdurchschnittlicher Gewinne im Jahre 1976 bei einem bescheidenen Abschluß von 6 Prozent, sich die Unternehmer erdreisteten, ein lächerliches Angebot von 6 Prozent zu machen, während in Tarifbereichen mit wesentlich ungünstigerer Entwicklung Tarifabschlüsse an die 7 Prozent erfolgten. Daraus kann geschlossen werden, daß der chemischen Industrie ein Abschluß von weitaus mehr als 7 Prozent gut gestanden hätte und bei der beispielsweise in Rheinland-Pfalz schon vorhandener Kampfbereitschaft auch durchsetzbar gewesen wäre.

Die Tarifbezirke, die sich noch in der Lohnrunde befinden bzw. diejenigen, deren Kündigungstermin erst Ende April bzw. Ende Mai ist, haben durchaus die Möglichkeit, das in Hessen erreichte Ergebnis nach oben zu korrigieren. Heinz Schäfer

Postgewerkschaft plant bundesweite Aktion

Unter der Losung „Rettet den Paketdienst der Post“ will sich die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) mit einer bundesweiten Aktion gegen die privaten Paketbeförderungsunternehmen wenden. Mit einer Ausweitung dieser Unternehmen werden 45 000 Arbeitsplätze der im Postpaketdienst Beschäftigten ernsthaft gefährdet. Unter anderem fordert die DPG, daß Kleingüter bis zu 10 Kilo künftig nur noch von der Bundespost befördert werden dürfen.

In der Zuckerindustrie: Abschluß nach Streikdrohung

Mit 90,2 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten — 90 Prozent von ihnen hatten sich an der Abstimmung beteiligt — fiel die Urabstimmung in der bundesdeutschen Zuckerindustrie zugunsten von Kampfmaßnahmen aus. Dieses Votum genügte, um die halsstarrigen Unternehmer zum Einlenken zu bewegen. Bei einem Angebot von lediglich 6 Prozent hatte die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten die Verhandlungen für gescheitert erklärt und zur Urabstimmung aufgerufen. Die Forderung lautete auf 9 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung sowie volle Ausschöpfung des 624-DM-Gesetzes. Davon wurden 6,9 Prozent, zahlbar rückwirkend ab 1. März, und die Anhebung der Sparförderung von jetzt 468 auf 624 DM in zwei Stufen bis 1. Juli 1979 durchgesetzt.

Lohnrunde in der Bauindustrie: Angst vor der eigenen Courage?

Die Bauarbeiter hatten mit zahlreichen Streiks ihre Kampfentschlossenheit demonstriert, immer mehr Unternehmer boten Firmentarifverträge oder Betriebsvereinbarungen über die Forderungen der IG Bau-, Steine-, Erden an, da kam es — einen Tag vor Ablauf der Friedenspflicht — zwischen Gewerkschaft und Unternehmerverband zu einem Tarifabschluß: Erhöhung der Löhne um 6,4 Prozent und Anhebung des 13. Monats-Teileinkommens um einen Betrag, der 0,8 Prozent des Lohns entspricht. Ab 1. Mai 1978 soll in drei Stufen von jährlich 1,5 Prozent das Entgelt für qualifizierte Facharbeiter zusätzlich verbessert werden.

Das Gesamtvolumen der diesjährigen Einkommensverbesserung für rund 1 Million Bauarbeiter beträgt somit 7,2 Prozent. Das ist, in Relation zu den Ergebnissen anderer Branchen und Gewerkschaften, kein schlechtes Ergebnis, wenngleich es für viele Bauarbeiter kaum eine Verbesserung ihres Lohns gegenüber dem Vorjahr bringen wird. Denn, so heißt es auf einem Informationsplakat der IG Bau, Steine, Erden: „Übertarifliche Löhne wurden weitgehend abgebaut, Akkordsätze heruntersgesetzt.“

Tatsächlich hatten die Bauarbeiter mit am schwersten unter der von der Unternehmerschaft verursachten Krise zu leiden. Nicht nur rigoroser Abbau übertariflicher Zulagen und Herauftreiben der Arbeitsleistung sind die Auswirkungen, über 200 000 Bauarbeiter haben in der letzten Krise das Baugewerbe verlassen müssen. In der Lohnskala sind die Bauarbeiter vom 7. auf den 20. Platz abgerutscht. Aber im ersten Halbjahr 1976 wurde im Baugewerbe das gleiche Rohbauvolumen produziert wie im ersten Halbjahr 1970, allerdings mit 337 000 Beschäftigten weniger!

Angesichts dieser Tatsachen waren die Forderungen der IG Bau, Steine, Erden nicht nur bescheiden, sondern auch realisierbar: Erhöhung der Löhne um 8,5 Prozent (die Gehälter für die Angestellten werden gesondert vereinbart), Erhöhung des bislang gezahlten Teils eines 13. Monateinkommens, Verbesserung der Lohnrelationen für qualifizierte Fachkräfte.

Als die ersten Gespräche mit den Unternehmern zeigten, daß die Zeit sozialpartnerschaftlicher Einigung am grünen Tisch vorbei ist, begann die Gewerkschaft mit einer Aufklärungs- und Mobilisierungskampagne in der Mitgliedschaft. Das Unternehmerangebot von 4 Prozent wurde als Provokation empfunden, ebenso das von 5,5 Prozent. Schließlich scheiterte sogar die Schlichtung, weil die Große Tarifkommission auch bei 6,1 Prozent „nein“ sagte. Allerdings soll der Bundesvorsitzende der IG BSE, Rudolf Sperner, bei dieser Ziffer Bereitschaft zum Abschluß gezeigt haben. Aber da versalzte ihm die Große Tarifkommission Anfang April mit einem deutlichen Stimmenverhältnis von 102 gegen 17 Stimmen die Suppe und lehnte das Schlichtungsangebot ab.

Die IG Bau, Steine, Erden deren Vorstand in all den zurückliegenden Jahren als Synonym für „partnerschaftliche“ Tarifpolitik mit den Unternehmern galt, sah sich durch das Klassenkampfgebaren eben dieser selben Unternehmer plötzlich in eine neue Situation versetzt. Die Mitglieder verstanden die Zeichen der Zeit und unterstützten mit einer Serie von spontanen Arbeitsniederlegungen auf Baustellen besonders im norddeutschen Raum ihre Verhandlungskommission. Bundesvorsitzmitglied Jürgen Jöns: „Was man 1977 nicht bekommt, das ist verloren.“

Am 30. April, einen Tag nach Tarifabschluß, wäre die Friedenspflicht abgelaufen. Die Bauunternehmer fürchteten, was dann hätte kommen können und legten noch 0,3 Prozent zu. Allein diese Situation macht deutlich, daß die Gewerkschaft mit dem Abschluß bei 6,4 (bzw. 7,2) Prozent ihre Karte lange nicht ausgereizt hatte. Völlig unverständlich ist die Verlängerung der Friedenspflicht bis zum 12. Mai, angeblich, um eine Mitgliederbefragung zum Unternehmerangebot zu ermöglichen. Die wäre auch ohne Friedenspflicht möglich gewesen.

In Wirklichkeit dürfte es darum gegangen sein, Unmutsäußerungen wie weitere Arbeitsniederlegungen für die Forderung nach voller Durchsetzung der 8,5 Prozent zu erschweren. Offenbar hat die Gewerkschaftsführung wieder ihr partnerschaftliches Herz gefühlt. Die Bauarbeiter indessen dürften die Erfahrung gemacht haben, daß berechnete Forderungen nicht mit moralischem Anspruch, sondern nur mit entschlossenem Kampf für ihre Verwirklichung durchgesetzt werden können.

G. Siebert

Unzureichender Abschluß

Für die rund 150 000 Arbeiter und Angestellten des Ruhrbergbaus sowie die 22 000 Beschäftigten des saarländischen Steinkohlebergbaus werden ab 1. Mai 1977 die Löhne und Gehälter um 6,4 Prozent erhöht. Ab 1. Oktober 1977 werden die sogenannten vermögenswirksamen Leistungen um monatlich 13 DM auf 52 DM angehoben. Damit bleibt dieser Abschluß weit hinter dem Abschluß vergleichbarer Industriezweige wie der Metallindustrie und der chemischen Industrie zurück.

Mit diesem Abschluß hat sich die IG Bergbau und Energie (IGBE) von ihrem erklärten Ziel, die Spitze der Lohnskala der effektiven Bruttowochenverdienste wieder zu erringen, weiter entfernt. In der Lohnskala der effektiven Bruttowochenverdienste lagen die Arbeiter im Steinkohlebergbau am 1. Juli 1976 mit 496 DM an 13. Stelle. Bei den Angestellten allerdings wurde mit monatlich 3311 DM die zweite Stelle eingenommen. Die Schere zwischen dem Verdienst der Arbeiter und Angestellten im Bergbau hat sich damit noch weiter zugunsten der Arbeiter geöffnet.

Die Forderung der IGBE betrug 8 Prozent für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende sowie die sofortige Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen auf monatlich 52 DM. In mehreren Schachtgewerkschafts- und Ortsgruppenversammlungen der IGBE waren weitaus höhere Forderungen von mindestens 10 Prozent aufgestellt worden.

Dieser Abschluß erfolgte, obwohl der Tarifexperte der Gewerkschaft, Helmut Gelhorn, vor den Delegierten des letzten Gewerkschaftskongresses in Dortmund erklärt hatte, daß die Gewerkschaft bisher immer wieder insbesondere den Unternehmern gegenüber ihren Standpunkt klargemacht habe, daß Schwierigkeiten in einer Branche, in einem Unternehmen oder in einem Betrieb nicht zu Lasten der Arbeiter und Angestellten gehen dürften. Lohnverzicht sei kein Mittel, um ein Unternehmen zu retten, sondern würde im Gegenteil die Talfahrt nur beschleunigen. Diese treffenden Feststellungen wurden offensichtlich in dieser Lohnrunde nicht berücksichtigt.

So kam ein Abschluß zustande, der unter Berücksichtigung der gestiegenen Preise, erhöhter Sozialabgaben und wachsender Steuerprogression unter dem Strich den Kumpeln keine Sicherung des Reallohns brachte. In der IG Bergbau und Energie wird sicherlich darüber noch diskutiert werden. J. M.

Ergebnis (in DM)

(in Klammern Erhöhung gegenüber dem Vorjahr)

Arbeiter (Stundenlohn)	monatlich
Lohngruppe I	8,24 (0,54) (94)
Lohngruppe II	8,44 (0,55) (96)
Lohngruppe III	8,61 (0,56) (97)
Lohngruppe IV	8,83 (0,58) (101)
Lohngruppe V	8,93 (0,58) (101)
Lohngruppe VI	9,41 (0,62) (108)
Lohngruppe VII	10,09 (0,66) (115)

Auszubildende	(monatlich)
1. Ausbildungsjahr	447 (30)
2. Ausbildungsjahr	516 (34)
3. Ausbildungsjahr	596 (39)
4. Ausbildungsjahr	677 (45)

Angestellte (monatlich)	
K 1 1449 (95) T 1 1449 (95)	
K 2 1734 (114) T 2 1817 (119)	
K 3 1935 (127) T 3 2128 (140)	
K 4 2138 (140) T 4 2419 (160)	
K 5 2406 (158) T 5 2672 (175)	
K 6 2677 (176) T 6 2904 (190)	
K 7 2882 (189) T 7 3137 (206)	
K 8 3091 (203) T 8 3369 (221)	
(K 8 und T 8 sind Mindestgehälter)	

strukturelle Veränderungen zu erreichen und auch nicht, die von ihr angestrebte Verbesserung der Ausbildungsvergütung durchzusetzen.

Obwohl, wie unserer Redaktion der Betriebsrat von Merck in Darmstadt, Peter Knopf, selbst Mitglied der Großen Tarifkommission, berichtete, bei den Arbeitern im allgemeinen über den Abschluß keine Unzufriedenheit herrscht, so bemängeln sie dennoch, daß sich in Marktbeträgen die Löhne nur zwischen 94 DM und 115 DM im Monat erhöhen

Beispiel

Betriebsrat und Geschäftsleitung der „Mannheimer Morgen Großdruckerei“ haben Ende März eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen. Gegenstand für diese vom Betriebsrat mit Unterstützung der Gewerkschaft durchgesetzte Vereinbarung war die im Zusammenhang mit der Umstellung von Blei- auf Fotosatz sich ergebende Gefahr für die Arbeitsplätze und die Höhe der Löhne. Die erzielte Sicherung ist nicht nur beispielhaft für die Druckindustrie, sondern für alle Betriebe, in denen die Unternehmer Rationalisierungsmaßnahmen und Strukturveränderungen im Profitinteresse nutzen, um Arbeitsplätze zu vernichten und Lohnrückstufungen vorzunehmen.

Allerdings ist das Erreichte den Mannheimer Kollegen nicht in den Schoß gefallen. Auf einer Betriebsversammlung forderten die Kollegen die Erstellung eines Planes, nach dem gewährleistet ist, daß für jeden der Arbeitsplatz und der Lohn erhalten werden muß. Auch sollte jeder, dessen Arbeitsplatz von der Umstrukturierung betroffen ist, umgeschult werden. Der Betriebsrat faßte diese Forderungen zusammen und entwickelte daraus den Entwurf einer Betriebsvereinbarung.

Diese wurde dann der Geschäftsleitung zu ersten Verhandlungen vorgelegt. Als diese jedoch ergebnislos verliefen, führten die Kollegen während der Arbeitszeit eine spontane Informationsversammlung durch. Trotz der Drohungen der Geschäftsleitung gingen sie erst wieder zur Arbeit, nachdem ihre Fragen vom Betriebsrat beantwortet waren und sie nochmals ihren Willen bekräftigten, Entlassungen und Lohnabbau nicht kampflos hinzunehmen.

Der Höhepunkt der gesamten Auseinandersetzung war jedoch die einige Wochen später stattfindende Betriebsversammlung. Der Erpressungsversuch der Geschäftsleitung – entweder Arbeitsplätze oder weniger Lohn – erwies sich als ein Schuß nach hinten. Zu zahlreich waren die Kollegen, die sich zu Wort meldeten und sich unter starkem Beifall gegen diese Alternative aussprachen. Nach einer dreimonatigen Denkpause war die Geschäftsleitung unter dem Druck der Belegschaft dann gezwungen, die Betriebsvereinbarung abzuschließen. Der Teilerfolg kann nur dann gehalten werden, wenn er auch tarifvertraglich abgesichert wird. Die anstehenden Verhandlungen zu den Anhängen des Manteltarifvertrages ergeben dafür eine Möglichkeit. Zugleich sind Betriebsvereinbarungen dieser Art ein Schritt, das neue Aktionsprogramm der IG Druck und Papier (siehe NACHRICHTEN 4/77) mit Leben zu erfüllen. MÜ/Fack.

Betriebsvereinbarung für Arbeitsplatz- und Lohnsicherung

Die Strukturveränderung in der Mannheimer Morgen Großdruckerei (MMGD) vom Blei- zum Fotosatz mit eventuell flankierenden Auswirkungen in andere Bereiche, wird durch ihren Rationalisierungseffekt den Abbau von Arbeitsplätzen zur Folge haben.

Um Kündigungen auszuschließen, Arbeitsplätze abzusichern sowie Einbußen zu vermeiden, vereinbaren Geschäftsleitung und Betriebsrat folgende Richtlinien:

1. a) Durch normale Fluktuation sowie durch das Ausscheiden von Belegschaftsmitgliedern aus Altersgründen oder Frühinvalidität frei werdende Arbeitsplätze werden nicht ersetzt, sofern nicht langfristig personelle Unterbesetzungen sichtbar werden.

b) Vorübergehende Engpässe in der personellen Kapazität der betroffenen Bereiche können durch die Veränderung von Arbeitszeiten bzw. durch Mehrarbeit bzw. durch befristetes Arbeiten an verschiedenen Arbeitsplätzen ausgeglichen werden. Bei Überschreitung der AZO ist die Zustimmung des Gewerkschaftsausschusses einzuholen.

Aushilfskräfte können den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend beschäftigt werden.

c) Die Geschäftsleitung wird im Zusammenhang mit der Einführung von Fotosatz für die gesamte Zeit der Umstrukturierung bis einschließlich 1985 keine Kündigungen aussprechen.

2. a) Von den Umschulungsmaßnahmen werden alle Belegschaftsmitglieder der betroffenen Bereiche erfaßt, ausgenommen diejenigen, die am 1.1.1977 das 55. Lebensjahr vollendet haben. Diese Gruppe wird ohne Lohnminderung bis zur Erreichung der flexiblen Altersgrenze (z. Z. 63. bzw. 60. Lebensjahr) beschäftigt.

b) Die Umschulung erfolgt, von Ausnahmen abgesehen, während der Arbeitszeit.

c) In der Satzherstellung (Perforatoren und Fotosatz sind vorrangig die in der MMGD beschäftigten Maschinensetzer und

in der Montage die in der MMGD beschäftigten Handsetzer in die spezifische Umschulung einzuplanen und zu beschäftigen.

Dies gilt entsprechend für die anderen Bereiche des technischen Betriebes.

3. a) Bei zwangsläufiger Umsetzung an einen anderen Arbeitsplatz bleiben die tarifliche Einstufung und die übertarifliche Bezahlung unverändert.

b) Werden im Zuge der Umstrukturierung Betriebsangehörige in andere Abteilungen zum alten Tariflohn versetzt, so entsteht für die bisherigen Mitarbeiter dieser Abteilung kein Anspruch auf ihre Einstufung zum Tarif des Versetzten.

c) Wird in einer Abteilung, in der die bisherige Tarifgruppe des Versetzten maßgebend ist, ein Arbeitsplatz frei, so hat der versetzte Betriebsangehörige vorrangig Anspruch auf Besetzung dieser Stelle, sofern diese wieder besetzt werden soll. Macht der versetzte Betriebsangehörige von dem Angebot der Rückversetzung keinen Gebrauch, so wird seine tarifliche Einstufung der Tarifgruppe der neuen Abteilung angepaßt.

Ist eine Zurückversetzung in den alten Tarifbereich innerhalb von 4 Jahren nicht möglich, so erfolgt in solchen Fällen eine Verhandlung zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung über die übertariflichen Zulagen.

4. Alle technischen und personellen Probleme werden laufend zwischen Druckereileitung und Betriebsrat besprochen und im Rahmen dieser Vereinbarung gelöst. Individuelle Vereinbarungen mit einzelnen Mitarbeitern sind, sofern sie nicht gegen den Sinn dieser Vereinbarung verstoßen, dadurch nicht ausgeschlossen.

5. Treffen die Tarifpartner der Druckindustrie über den ganzen Inhalt dieser betrieblichen Vereinbarung oder über einen ihrer Teile eine Vereinbarung, so tritt die tarifliche anstelle der betrieblichen Vereinbarung.

Geschäftsleitung Betriebsrat

„Offene Stellen“

Das Argument ist so alt wie die Arbeitslosigkeit; jeder der arbeiten will, findet auch eine Arbeit. Vor allem in Zeiten großer Arbeitslosigkeit wird so versucht, die Betroffenen für ihre Situation verantwortlich zu machen. Vor allem die Unternehmer und ihre Organe werden nicht müde, diese durch nichts belegte Behauptung zu wiederholen. Aber auch bei vielen Arbeitern und Angestellten finden solche „Argumente“ Resonanz: Sie dienen nicht selten zur Selbstberuhigung.

Vor allem der Hinweis auf den Bestand von etwa 200 000 „offenen Stellen“, die von den Unternehmern den Arbeitsämtern monatlich gemeldet werden, dient als Begründung. Wenn die Masse der Arbeitslosen echt auf Arbeitssuche wäre, wie könnten dann so viele Stellen offen bleiben?

Eine Untersuchung der offenen Stellen des Arbeitsamtsbezirks Nürnberg, durchgeführt von der Bundesanstalt für Arbeit, gibt einige Aufschlüsse, die allerdings die Unternehmerbehauptungen keineswegs stützen.

Wichtigstes Ergebnis: etwa 60 Prozent der „offenen Stellen“ wurde noch im gleichen Monat – Untersuchungsmonat war der September 1975 – besetzt. Es waren vorwiegend unqualifizierte Stellen, die allerdings meist nur für befristete Arbeitsverhältnisse mit höchstens 3 Monaten Beschäftigungsdauer angeboten wurden. Es scheint sich hier um Stellen zu handeln, die die Unternehmer jeweils nur kurzfristig besetzen, um die sozialen Verpflichtungen, die mit einer längerfristigen Beschäftigung verbunden sind, zu umgehen. Nur etwa ein Drittel der „offenen Stellen“ konnten nicht innerhalb eines Zeitraums von 3 Monaten vermittelt werden.

Bei diesem „Sockel“ von schwer zu vermittelnden „offenen Stellen“ wird die Vermittlung aber durch Unternehmerrauten erschwert. Es handelt sich dabei meist um besondere Qualifikationsanforderungen, die mit Auflagen hinsichtlich des Alters verbunden sind. Die Hälfte der im September 1975 in Nürnberg gemeldeten Stellen waren mit Höchstaltersvorschriften, 28 Prozent mit Mindestaltersvorschriften verbunden. Die Mindestaltersvorschriften liegen meist zwischen 20 und 24 Jahren, die Höchstaltersvorschriften bei den Männern meist zwischen 40 und 54 Jahren. Bei Frauen beginnen sie bereits bei 30 Jahren.

Mit schlechtem Beispiel voran geht der öffentliche Dienst: 70 Prozent der angebotenen Stellen waren altersmäßig beschränkt, die Hälfte davon für Bewerber bis 34 Jahren.

Die Wirkungen dieser Altersbeschrän-

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Index der industriellen Nettoproduktion (1970 = 100)

	Februar 1977	Veränderung in v. H. gegenüber Januar 1977	Veränderung in v. H. gegenüber Februar 1976
Gesamte Industrie	112,0	+ 4,3	+ 3,2
Grundstoffe	112,4	+ 6,7	+ 3,4
Investitionsgüter	114,3	+ 5,6	+ 4,4
Verbrauchsgüter	117,8	+ 3,9	+ 5,3
Bauindustrie	75,8	+ 11,0	+ 5,9

(Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. 4. 1977)

2. Index der industriellen Auftragseingänge (1970 = 100)

	Februar 1977	Veränderung in v. H. gegenüber Januar 1977	Veränderung in v. H. gegenüber Februar 1976
Gesamte Industrie	148,2	+ 3,7	+ 3,0
Inland	136,5	+ 3,7	+ 2,5
Ausland	190,4	+ 4,0	+ 6,4
Grundstoffe	143,7	+ 1,2	+ 1,7
Investitionsgüter	158,8	+ 4,9	+ 9,3
Verbrauchsgüter	135,0	+ 5,0	+ 1,4

(Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. 4. 1977)

3. Preise

	März 1977	Veränderung in v. H. gegenüber Februar 1977	Veränderung in v. H. gegenüber März 1977
Lebenshaltungskostenindex (1970 = 100)	145,2	+ 0,3	+ 3,9
Rohstoffpreise (Dollarbasis) (Moody-Index 1931 = 100)	945,6	+ 1,9	+ 22,0

(Quelle: Neue Zürcher Zeitung vom 8./9. 4. 1977)

4. Arbeitsmarkt (in 1000)

	März 1977	Veränderung in v. H. gegenüber Februar 1977	Veränderung in v. H. gegenüber März 1977
Arbeitslose	1 084	- 129	- 106
Kurzarbeiter	258	- 23	- 243
Offene Stellen	244	+ 20	+ 4

(Quelle: Handelsblatt vom 6. 4. 1977)

	1973	1974	1975	1976
Arbeitslose Schwerbehinderte	8	13	24	37

(Quelle: Arbeits- und Sozialstatistik, Nr. 4/1977, Seite 131)

kungen in Verbindung mit Qualifikationsauflagen läßt sich an dem schmalen „Sockel“ von „offenen Stellen“ ablesen, der länger als 9 Monate nicht besetzt werden konnte. In Nürnberg waren das nur 10 Prozent der Stellen. Das waren meist Arbeitsplätze für hochqualifizierte Angestelltenberufe, die mit besonders restriktiven Altersbeschränkungen versehen waren, nach

dem Motto: „promovierter Ingenieur, nicht über 30 Jahre, mindestens 10 Jahre Berufserfahrung“.

Die Untersuchung zeigt, daß die Existenz eines Bestandes von „offenen Stellen“ keineswegs auf etwaige „Unwilligkeit“ der Arbeitslosen hindeutet: Er ist allein durch die Einstellungspraxis der Unternehmer zu erklären. J. G.

Können in Rüstungsbetrieben Arbeitsplätze erhalten werden?

Der Kampf von Belegschaft und Bürgern um die Erhaltung der Arbeitsplätze bei VFW Fokker in Speyer hat die Frage aktualisiert, ob es zu vertreten sei, für die Erhaltung der Arbeitsplätze in Rüstungsbetrieben zu kämpfen, auf der anderen Seite aber zugleich die Forderung nach Abrüstung zu vertreten. Grundsätzlich sei darauf hingewiesen, daß beim Kampf der VFW-Beschäftigten in Speyer von keiner Seite die Erhöhung des Rüstungshaushalts gefordert wurde; es sollte klar erkannt werden, daß die Beschäftigten eines in der Rüstungsindustrie angesiedelten Konzerns, bei einer Betriebsschließung ebenso die Existenzgrundlage verlieren wie die Kollegen in der übrigen Wirtschaft.

Diese Tatsache macht es notwendig, mit der gleichen Entschlossenheit gegen die Entlassungspläne anzugehen wie in zivilen Bereichen. Allerdings ist es hier notwendig, in aller Deutlichkeit aufzuzeigen, wie gefährlich die Rüstungsproduktion ist, und daß es zur Rüstungsproduktion Alternativen gibt. Ein weitverbreitetes Argument von staatlicher Seite ist die These, daß die Arbeitsplätze im Bereich der Rüstung sicherer seien als im Zivilen. Dies ist barer Unsinn, denn nirgendwo werden — gemessen am Anteil der Gesamtbeschäftigten — soviel Arbeitsplätze weg-rationalisiert und vernichtet wie in der Rüstungsindustrie.

Im Eisenwerk Kaiserslautern verloren fast 2000 Kollegen ihren Arbeitsplatz, bei Krauss-Maffei in München standen 800 Entlassungen an, Messerschmitt-Bölkow-Blohm hat in den letzten Jahren knapp 1000 Arbeitsplätze vernichtet, bei Siemens-Bruchsal sollen 1000 Kollegen entlassen werden, und auch bei VFW kriselt es nach wie vor.

Die Ursache dieser Arbeitsplatzvernichtung liegt darin, daß wegen immer teurerer Waffensysteme und immer arbeitsintensiverer Technologie die Expansionsmöglichkeiten der Konzerne an Grenzen stoßen, obwohl der Rüstungshaushalt weiterhin ansteigt. Damit sich diese Tatsache nicht negativ auf die Profite auswirkt, wird auf Kosten der Arbeiter und Angestellten in allen Rüstungsbetrieben rationalisiert und konzentriert. Das beste Beispiel hat hier der VFW-Konzern selbst gegeben, als er das Werk Speyer verkleinern bzw. langfristig schließen wollte und gleichzeitig im norddeutschen Raum Arbeitskräfte suchte.

Man muß sich deutlich vor Augen führen, daß im Rüstungsgeschäft große staatlich garantierte Gewinne erzielt werden, mehr als in irgendeinem anderen Industriezweig (5 Prozent der Um-

satzsumme sind garantierte Gewinne). Dies wird selbst aus dem Verteidigungsministerium unumwunden zugegeben. So schreibt Staatssekretär Grüner sehr deutlich, warum die Konzerne ins Rüstungsgeschäft drängen: „... aufgrund seiner militärischen Schwerpunkte, wo regelmäßig Gewinne anfallen und die Risiken gering sind“ (aus Materialien zum Bericht der Luft- und Raumfahrtindustrie Februar 1976). Der VFW-Konzern, und das macht diese Aussage bedeutend transparenter, erzielte im Jahre 1975 einen Nettoprofit von 260 Millionen DM! Solche Profite können die Konzerne nur erzielen, weil die Bundesregierung riesige Summen von Steuergeldern als Profitsubvention zur Verfügung stellt.

Es werden in der BRD für Kriegsflugzeuge jährlich 4,6 Mrd. DM ausgegeben. Für diesen Riesenbetrag finden rund 20 000 Beschäftigte Arbeit. Im gleichen Zeitraum wurden von der Regierung lediglich 360 Mio. DM für den zivilen Flugzeugbau ausgegeben. Ein Betrag, der nicht einmal 8 Prozent dessen ausmacht, was für Kriegsmaterial zur Verfügung steht, trotzdem arbeiten hier 10 000 Kollegen. Diese Relation macht deutlich, daß für jeden Arbeitsplatz in der Rüstungsproduktion ein Vielfaches dessen aufgewandt werden muß, als für einen Arbeitsplatz im zivilen Flugzeugbau. Eine Umstellung auf Zivilproduktion könnte also durchaus erfolgen, ohne daß Arbeitsplätze verloren gehen. Im Gegenteil. Bei einer wie oben festgestellten weitaus kostenniedrigeren Produktion für zivile Projekte könnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Gerade in den vergangenen Monaten wurde vielfach argumentiert, daß Rüstungsproduktion aus arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten notwendig sei und die Schlußfolgerung gezogen, daß die Erhöhung des Rüstungshaushalts notwendig sei, um nicht weitere Ar-

beitslose zu schaffen. Dies wird vor allem aus Kreisen der Entspannungsgegner immer wieder beteuert. Wir müssen uns fragen, was Rüstungsproduktion volkswirtschaftlich bedeutet. Es geht hier doch um die systematische Entnahme eines Teils der Produktion aus dem Wirtschaftsverkehr. Dieser Teil kann weder als Produktions- noch als Konsummittel verwandt werden. Damit wird der Rahmen der erweiterten Reproduktion verengt, und das wirtschaftliche Wachstum verlangsamt sich weiterhin.

Rüstungsausgaben sind in ökonomischer Hinsicht das gleiche, als wenn eine Nation einen Teil ihres Kapitals ins Wasser werfen würde. Es ist also nicht nur politisch notwendig, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll, Forderungen nach Umrüstung auf zivile Produkte zu stellen, obwohl es schwierig ist, in der konkreten Auseinandersetzung diese Thematik anzuschneiden und zu vermitteln. Das Beispiel VFW Speyer zeigt deutlich, daß bei einer entsprechenden Argumentation die Kollegen durchaus bereit sind, Forderungen nach Umstellung der Produktion zu unterstützen.

Auch die IG Metall hat in vielen Publikationen diese Thematik angeschnitten. „... Wir reden nicht einer verstärkten Rüstung das Wort. Wir wissen besser als viele andere, daß Rüstungsausgaben zwar immer sichere Profite für die beteiligten Firmeneigentümer bedeuten, keineswegs aber sichere Arbeitsplätze (aus IG-Metall-Nachrichten für VFW Fokker, siehe auch S. 24). Im Gegenteil. Da zur Produktion moderner Waffen im Vergleich zur zivilen Produktion, dem Handel und dem Verkehr relativ weniger Arbeitskräfte benötigt werden, kann die Abrüstung und die Verwendung der freiwerdenden Mittel für zivile Produktion neue Arbeitsplätze schaffen. Es sei hier nur auf das Beispiel der USA verwiesen. Zwischen 1945 und 1946 wurden die Militärausgaben um 80 Prozent verringert, die Arbeitslosenrate lag im ersten Nachkriegsjahr unter 4 Prozent.“

Insbesondere da, wo der Kampf um Arbeitsplätze geführt wird, treten in schöner Regelmäßigkeit die Demagogen aus Staat und Wirtschaft auf, um den Forderungen nach Umstellung der Produktion den Boden zu entziehen. Da die Kollegen Angst um ihre Arbeitsplätze haben, meinen die Entspannungsfeinde hier einen fruchtbaren Boden zu finden. Das dem nicht so sein muß, hat die Bewegung in Speyer bewiesen. Trotz allem ist zu bedenken, daß an erster Stelle der Kampf um Arbeitsplätze stehen muß, selbst wenn hier militärische Produkte hergestellt werden. Es müssen dann aber auch klare Alternativen aufgezeigt und die Forderung nach Umstellung der Produktion auf Friedensprodukte an die Verantwortlichen gestellt werden.

Wolfgang Stephan

Hamburger Metaller wehren sich gegen Arbeitsplatzvernichtung

Seit 1970 wurden allein im Hamburger Raum über 26 000 Arbeitsplätze in der Metallwirtschaft vernichtet. Aktuelle Beispiele sind die Maschinenbaufirma Heidenreich & Harbeck, sind die Stilllegungen von Metallbetrieben, wie Mittelhäuser und Walter, Maaßen und Schmitz, sind Gerüchte und bekanntgewordene Pläne bei den SE-Fahrzeugwerken, bei Artos, bei Messerschmitt-Bölkow-Blohm, auf den Hamburger Werften oder beim Hamburger Zweigwerk der MAN.

Aber gerade bei der MAN zeigt sich, daß in den Betrieben die „Freisetzung“ von Kollegen nicht mehr wie ein Wetterumschlag beklagt oder hingenommen wird. Immer mehr wächst die Einsicht in die Notwendigkeit, sich zu wehren, es wächst die Erkenntnis, daß zumindest Teilerfolge möglich sind. Noch im November war der Belegschaft von der Unternehmensleitung der MAN zugesichert worden, daß die Arbeitsplätze in vollem Umfang erhalten bleiben würden. Mitte 1976 kam dann wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Entscheidung: Stilllegung von Kessel- und Stahlbau, keine Einführung der zugesicherten Ersatzfertigung, d. h. Vernichtung von 312 Arbeitsplätzen. Rund 25 Prozent der Belegschaft sollten auf die Straße gesetzt werden. Die Belegschaft reagierte schnell. Sie konnte dabei auf Erfahrungen anderer Betriebe, vor allem aber der Kollegen von Heidenreich & Harbeck, zurückgreifen. Der Betriebsrat verweigerte seine Zustimmung zu einem Sozialplan. Statt dessen sollte der Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung konsequent geführt werden.

Man stellte umgehend die Forderung auf:

- Der Vorstandsbeschuß, 312 Kolleginnen und Kollegen Mitte 1977 zu entlassen, muß sofort rückgängig gemacht werden;
- Aufnahme einer zukunftsorientierten Ersatzfertigung;
- Absicherung aller Arbeitsplätze im MAN-Werk Hamburg.

Vieles mußte gleichzeitig getan werden. Es kam darauf an, eine Einheit innerhalb der Belegschaft herzustellen und die Versuche des Vorstands abzuwehren, einen Keil in die Belegschaft zu treiben. Der Betriebsrat mußte spüren, daß die Arbeiter geschlossen hinter ihm standen. Die Gewerkschaftsorganisation inner- und außerhalb des Betriebes mußte auf Hochtouren gebracht, die Öffentlichkeit mußte informiert und interessiert werden. Vielfältige Aktionen, wie spontane Arbeitsniederlegun-

gen und Demonstrationen, ein Autokorso durch die Stadt, Besuche beim Bürgermeister und beim Wirtschaftssenator, Informationsstände und Flugblattaktionen stärkten das Bewußtsein in die eigene Kraft und riefen ein vielfaches Echo in der Presse hervor.

Aufgeschreckt durch die Bewegung begannen Anfang des Jahres einige Politiker, dann sogar der Wahlkreisabgeordnete Herbert Wehner, sich zu rühren, und führten Gespräche mit den Managern der MAN und ihrer großen Schwester, der Gutehoffnungshütte. Als wertvolle Unterstützung des Kampfes stellte sich auch eine etwas intensivere Beschäftigung mit der Geschäftspolitik des MAN-Konzerns heraus. Eine Bilanzanalyse brachte es an den Tag: Im Jahre 1975 hatte der Konzern sage und schreibe 251 Millionen DM Nettoprofit erwirtschaftet. Der Gewinn auf eine 100-DM-Aktie wurde von 18 DM im Geschäftsjahr 1973 bis 1974 auf 23 DM für 1974 bis 1975 gesteigert.

Die IG Metall führte angesichts der für die Arbeiter und Angestellten fatalen Situation eine Großaktion durch. Unterstützt und vorbereitet durch die Herausgabe eines neuen Mitteilungsblattes der IG Metall „Arbeitsplatz Hamburg“ und getragen von den Vertrauensleuten der Hamburger Gewerkschaftsorganisation gestaltete sich die Fackeldemonstration gegen Arbeitsplatzvernichtung am 26. Januar mit einer Beteiligung von 15 000 Hamburger Metallarbeitern zu einer eindrucksvollen Willenskundgebung, die Krise des Wirtschaftssystems nicht kampflös auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten austragen zu lassen. Dabei war auch den MAN-Werkern klar, daß die Auseinandersetzung nicht isoliert in Hamburg erfolgreich ausgetragen werden kann. Kontakte zu anderen MAN-Zweigwerken und Reparaturwerkstätten bewiesen, daß auch dort die Profitmanager am Werk sind, daß dem konzentrierten Vorgehen der Konzernspitze eine einheitliche Haltung der Belegschaft entgegenzusetzen ist. Daß kleine Erfolge möglich sind, zeigt die kürzlich erfolgte Verhinderung der Entlassung von 23 Angestellten im Hamburger Werk. a. p.

Bankengeschäft mit Sparzins

„Die Aktie ist ein goldumrandetes Wertpapier“, meinte das Direktionsmitglied der Dresdner Bank, Dr. Wolfgang Röller. Was dagegen ein Sparbuch ist, war allerdings nicht zu erfahren. Bei der Begründung über die Motive der Herabsetzung des Zinses für Millionen Sparer um 0,5 Prozent auf 3 Prozent tun sich die Vertreter der Banken schwer, zumal ihre Ertragslage von ihnen nicht als Grund angeführt werden kann.

Die Deutsche Bank erlebte 1976 ihr zweitbestes Jahr, die Dresdner Bank gibt in ihrer Konzernbilanz für 1976 gegenüber dem Vorjahr eine Umsatzsteigerung um 14 Prozent auf 85 Mrd. DM und die Commerzbank um 12 Prozent auf über 63 Mrd. DM an. Verdient haben aber nicht nur die Großbanken, auch die anderen Geldinstitute der Bundesrepublik haben überdurchschnittliche Gewinne verbuchen können. Selbst bundesdeutsche Wirtschaftszeitungen sprachen von einem „Bankenjahr“. Die Aktionäre spendeten den Managern nur Lob, sie waren mehr als zufrieden. Aber die Verhältnisse für Aktienbesitzer werden sich ab 1978 weiter verbessern, denn dann wird die Aktie einen zweiten Goldrand erhalten. Die „Körperschaftsteuer macht's möglich“. Die Reform der Körperschaftsteuer bringt für Aktionäre wesentliche Vergünstigungen, die wieder einmal vom Steuerzahler abgedeckt werden müssen. Das Unternehmermagazin „Capital“ jubilierte in seiner Ausgabe Nr. 3/77: „Tatsächlich werden sich die Nettodividenden für deutsche Aktionäre ab 1978 um 25 bis 56 Prozent erhöhen, ohne daß das Unternehmen auch nur eine Mark mehr verdienen muß.“

Die Folge der hohen Verzinsung bei Rentenpapieren und Schuldscheinen war für Unternehmer Anlaß, ihre Gewinne in diesen Werten anzulegen. Eine Verzinsung von 8 bis 10 Prozent war rentabler, als Betriebsinvestitionen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze vorzunehmen. Die Industriekreditbank AG, Düsseldorf, erklärte zu dieser Verhaltensweise, die Investitionen in der Industrie seien hinter dem Notwendigen zurückgeblieben, weil es gewinnbringender gewesen sei, erwirtschaftete Gewinne in festverzinslichen Wertpapieren statt im eigenen Betrieb anzulegen.

Die Banken, die hohe Summen für Kredite bereitgestellt hatten, mußten feststellen, daß die Industrie zurückhielt und überwiegend nur kleine Privatkredite in Anspruch genommen wurden. Mit der Herabsetzung der Sparzinsen verschafften sich die Kreditinstitute einen „finanziellen Ausgleich“ in Millionenhöhe.

Willi Becker

Neue GEW in Westberlin

Nachdem der Bundesvorstand der GEW trotz der im November vergangenen Jahres nach langem Tauziehen erfolgten Übernahme der Bundessatzung durch die Westberliner GEW auf seinem Beschluß beharrte, die Westberliner GEW aus dem GEW-Bund auszuscheiden, und nachdem die einer Neugründung entgegenstehende gerichtliche einstweilige Anordnung aufgehoben worden war, konnte zu Jahresbeginn eine neue GEW Westberlin im DGB gegründet werden. Ihr gehören inzwischen bereits mehrere tausend Mitglieder an. Daneben besteht weiterhin die alte Westberliner GEW, da auf einer neuerlichen Vertreterversammlung angesichts der zahlreichen Übertritte erwartungsgemäß keine für eine Selbstauflösung erforderliche Mehrheit mehr zustande kam.

Trotzdem gibt es berechnete Hoffnung, daß in Westberlin bald wieder eine schlagkräftige Lehrergewerkschaft aufgebaut sein wird, die in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit bildungspolitische Aktivitäten stellt und sich nicht in innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen zerfleischt.

Schon jammert die SPD-Zeitung „Berliner Stimme“, die neue GEW habe „nichts Neues dazugelernt“, denn es „scheint der alte, traditionell linke Kurs in der GEW wieder hergestellt worden zu sein“. Der Anlaß für diese Klage ist die Niederlage von Erich Frister und dem kommissarischen Landesvorsitzenden Stange auf der satzunggebenden Mitgliederversammlung, die den demokratischen Satzungsentwurf, den diese beiden Gewerkschafter erarbeitet hatten, in allen wesentlichen Punkten abschmettete. Nach ihren Vorstellungen sollte eine eindeutige Macht- und Entscheidungsverlagerung von den Bezirken und der Landesvertreterversammlung zum Landesvorstand vorgenommen und die innergewerkschaftliche Demokratie stark eingeschränkt werden. Und die angeblich zu linken Hochschulangehörigen und nicht an einer bestimmten Schule angestellten Sozialpädagogen sollten nicht mehr im jeweiligen Bezirk, sondern in einer gesonderten Gliederung neben den Bezirken organisiert werden.

Vom Engagement der an einer demokratischen und fortschrittlichen Bildungspolitik interessierten Gewerkschafter – und das ist die überwältigende Mehrheit – wird es abhängen, ob die neue GEW Westberlin im DGB zu einer konsequenten Gewerkschaftsarbeit findet, oder ob auch sie in das offene Messer der Kräfte um Frister und Stange läuft. —ke

Hessen GEW: Neuer Vorstand

Auf der Landesvertreterversammlung (LVV) in Hessen, die vom 1. bis 5. April 1977 in Kassel stattfand, wurde ein Landesvorstand gewählt, der sich in seiner politischen Ausrichtung vom alten Vorstand, der jahrelang von Gustav Ludwig geführt wurde, unterscheidet. Neuer 1. Vorsitzender wurde Alfred Harnischfeger. Im Info 3 des Bezirksverbandes Frankfurt der GEW wird eingeschätzt, daß die hessische GEW bislang ausschließlich von Funktionären des „rechten“ Flügels repräsentiert wurde, von Funktionären, „deren Verflechtung mit den regierenden Parteien und der Schulaufsicht überdeutlich war“. Im neuen Vorstand stünden sich jetzt die beiden Gruppierungen relativ gleich stark gegenüber.

Harnischfeger hatte für seine Kandidatur der LVV „Gewerkschaftspolitische Grundsätze“ vorgelegt. In den 9 Punkten geht er davon aus, daß sich die Lohn- und Arbeitsbedingungen verschlechterten. Die Politik des alten Landesvorstandes habe sich besonders hier als nicht tragfähig erwiesen und sei daher falsch gewesen, weil sie die Verschlechterungen hingenommen habe. Drei zentrale Forderungen müßten durchgesetzt werden: 1. Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung; 2. Umwandlung der 2/3-Verträge in volle Planstellen und die Einstellung aller Lehrer; 3. Rücknahme der Besoldungsverschlechterung.

Einige Gruppierungen versuchten die Haltung zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen zur zentralen Frage gewerkschaftlicher Politik der nächsten Jahre hochzuspielen. Harnischfeger meint, daß eine Abschaffung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf satzungsmäßigem Wege von der Meinungsbildung der Mitgliedschaft abhängig, auf jeden Fall aber legitim sei. Der Geschäftsführer des Bezirksverbandes Darmstadt, Wilhelm Riedel, schrieb im „Darmstädter Echo“, wenn Kollegen in der GEW die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaften für problematisch hielten, so deshalb, weil die Erfahrung gezeigt habe, daß sie mit entsetzlichen Folgen verbunden seien.

Viele GEW-Funktionäre sind der Meinung, daß die GEW in Hessen einen entscheidenden Schritt weg vom Standesverein und hin zu einer Gewerkschaft gemacht habe. Mit dem neuen Vorstand bestehe jetzt die Möglichkeit, sich stärker im DGB zu verankern und sich in den Beschlüssen an den Grundsätzen des DGB zu orientieren. Zweifelloso wird das Verhalten der GEW der Landesregierung gegenüber härter werden. Die Interessen der Lehrer werden mehr zur Geltung kommen. Sch.

Post im Dorf

Gegen die Bestrebungen der Deutschen Bundespost, durch Rationalisierungsmaßnahmen die Poststellen auf dem Lande aufzulösen und damit Tausende Arbeitsplätze zu vernichten, wandte sich die 4. Bundesposthalterkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) am 26. und 27. April in Ludwigshafen. Die 62 Delegierten vertraten 11 500 gewerkschaftlich organisierte Posthalter, ein Drittel davon weiblich, in den noch vorhandenen 15 000 Poststellen auf dem Lande. Im Jahre 1963 gab es noch 22 000 dieser Poststellen.

Künftig sollen die Poststellen durch fahrbare Postämter, die nur noch an bestimmten Tagen bzw. Zeiten für postalische Dienstleistungen zur Verfügung stehen, ersetzt werden. Einmütig forderten die Delegierten, daß die Auflösung der „noch vorhandenen Poststellen verhindert werden muß“. Mit der Liquidierung der Poststellen würde die postalische Versorgung der Bevölkerung auf dem Land gegenüber der Stadt wesentlich verschlechtert.

Ein weiterer Schwerpunkt der Konferenz beschäftigte sich mit der Verbesserung der sozialen Situation der Posthalter. Sie sind Beamte auf Widerruf, deren Einkommen sich faktisch nach dem Umsatz auf den jeweiligen Poststellen bemißt. Wenn der Umsatz nicht einer 40stündigen Arbeitszeit entspricht, werden die Bezüge entsprechend gekürzt. Die Konferenz verlangte, die Posthalter in das Angestelltenverhältnis zu übernehmen. Damit ergeben sich für die DPG Möglichkeiten, für die Posthalter tarifvertragliche Abmachungen durchzusetzen. Die Delegierten haben für künftige Tarifverträge eine Vielzahl von Forderungen angemeldet.

Gleichzeitig unterstützte die Konferenz ein vom DPG-Hauptvorstand verabschiedetes 10-Punkte-Programm, mit dem die Bundespost generell aufgefordert wird, das Dienstleistungsangebot auszuweiten. Die Skala reicht von der Ausdehnung des Geldgeschäftes über den Fahrkartenverkauf für die Bundesbahn und andere öffentliche Verkehrsträger bis zum Verkauf von Verpackungsmaterial.

Einmütig verurteilte die Konferenz die beabsichtigte Privatisierung öffentlicher Dienste. „Insbesondere die Versuche der amerikanischen Firma UPS und des Deutschen Paketdienstes, gewinnversprechende Bereiche aus dem Paketdienst der Deutschen Bundespost herauszunehmen, müssen verhindert werden.“ Nach den Worten des DPG-Vorsitzenden Ernst Breit würde sich bei einer Privatisierung von lukrativen Postgeschäften zwangsläufig die Situation auf dem Lande noch mehr verschlechtern. W. P.

Im Mittelpunkt der Reden zum 1. Mai: Recht auf Arbeit

Auch in diesem Jahr stand der 1. Mai wiederum im Zeichen großer Demonstrationen und Kundgebungen. (Siehe auch S. 2.) Um unseren Lesern einen Überblick über den Verlauf der DGB-Kundgebungen zu geben, veröffentlichen wir nachfolgend Auszüge oder Wiedergaben von Reden aus Pressediensten des DGB und einzelner Gewerkschaften, uns zur Verfügung stehenden Manuskripten bzw. Agenturmeldungen.

Wir können in diesen Auszügen nicht das ganze Spektrum der aufgeworfenen Fragen dokumentieren. Viele Probleme, die den Arbeitern und Angestellten unter den Nägeln brennen, wurden kaum oder überhaupt nicht behandelt. Bis auf wenige Ausnahmen wurde die Politik der Bundesregierung weitgehend aus der Kritik herausgehalten.

Heinz Oskar Velter

DGB-Vorsitzender — Zentrale Mai-Kundgebung in Köln

„Wir fordern hier und heute:

1. Beseitigung der Arbeitslosigkeit, vor allem der Jugendarbeitslosigkeit, d. h. die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit.
2. Die Bewältigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten darf nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer erfolgen.
3. Das Netz der sozialen Sicherheit muß erhalten und fester geknüpft werden.
4. Das Recht auf Bildung und Ausbildung muß Gesetz werden.“

Ursache der Arbeitslosigkeit sei, daß die „private Gewinnerzielung selbst auf Kosten der Vernichtung von Arbeitsplätzen erlaubt bleibt“. Zugleich richtete er scharfe Worte gegen Gesinnungsschnüffelei, verschärften Leistungsdruck, Einschüchterung in den Betrieben, Verketzerung des politischen Gegners und auch den empörenden Angriff auf die Rundfunkfreiheit.

Maria Weber

Stellvertretende DGB-Vorsitzende in Würzburg

„Bildungspolitik war niemals nur ein Tagesthema für die Arbeitnehmerbewegung, sondern ein zentraler Bestandteil gewerkschaftlichen Kampfes zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeitnehmer.“ Um die Arbeitnehmer vom „Mehr-Haben“ zum „Mehr-Sein“ zu bringen, bedürfe es nämlich der geistigen und politischen Kraft aller abhängig Beschäftigten in einer großen gemeinsamen Organisation. Auch in der aktuellen schwierigen Arbeitsmarktsituation dürften die Arbeitnehmer sich nicht mutlos machen lassen. Die Arbeitslosigkeit müsse mit Mut und mit mehr Phantasie bekämpft werden. Der DGB habe dazu Vorschläge gemacht. Obenan stehen dabei größere Anstrengungen, um die berufliche Qualifikation der Arbeitnehmer zu verbessern. Es zeige sich nämlich sehr deutlich, daß am meisten diejenigen gefährdet seien, längerfristig arbeitslos zu sein, die keine oder nur eine geringe Berufsausbildung erhalten haben. „Berufliche Bildung ist das wichtigste Kapital der Arbeitnehmer, und darauf haben alle einen Anspruch.“

Ernst Breit

Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft in Bären

„Die Sorge des Deutschen Gewerkschaftsbundes gilt an die-

sem 1. Mai 1977 unvermindert der beruflichen Bildung. Und diese Sorge betrifft sowohl die Zahl der Ausbildungsplätze als auch die Qualität der beruflichen Bildung. Bis zum Jahre 1982 werden wir jährlich rund 50 000 betriebliche Ausbildungsstellen mehr benötigen. Erst im Jahre 1985 wird die Zahl der Schulabgänger wieder auf den Stand von 1975 gesunken sein. Dieser steigenden Zahl der Schulabgänger in den Jahren bis 1985 muß die Zahl vorhandener arbeitsloser junger Menschen hinzugerechnet werden — zur Zeit 111 000 in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Bundesregierung hat ein Gesetz beschlossen, das für den Fall, daß Ausbildungsplätze in ausreichender Zahl nicht zur Verfügung stehen, ein bestimmtes System der Umlage zur Finanzierung von weiteren Ausbildungsplätzen vorsieht. Die Arbeitgeber- und Unternehmerverbände haben sich von Anfang an mit viel Polemik gegen dieses Gesetz gewandt ...

Um so mehr überrascht es nun, daß die Arbeitgeber- und Unternehmerverbände just in diesem Jahr, in dem zum ersten Male das Umlageverfahren zur Finanzierung weiterer Ausbildungsplätze praktiziert werden sollte, das Ohr der Bundesregierung fanden. Für die Gewerkschaften besteht kein Zweifel daran, daß die Arbeitgeber- und Unternehmerverbände politisch motivierte Zahlentricks ins Spiel bringen, wenn sie behaupten, bereits im vergangenen Jahr seien ca. 100 000 Ausbildungsplätze nicht besetzt worden. Damit wollen sie nämlich die Umlage zu Fall bringen. Eine solche Behauptung ist unverantwortlich und kann nur als eine Verhöhnung der großen Zahl jugendlicher empfunden werden, die keinen Ausbildungsplatz erhalten haben. Auf das allzu durchsichtige Manöver der Arbeitgeber- und Unternehmerverbände, die für 1977 erneut dieselben 100 000 zusätzlichen Ausbildungsplätze nur auf dem Papier versprochen, hätte sich die Bundesregierung nicht einlassen dürfen. Die Gewerkschaften fordern die Bundesregierung auf, ihre eigenen Gesetze zu achten und die Unternehmer zur Finanzierung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen heranzuziehen.“

Eugen Loderer

1. Vorsitzender der IG Metall in Oberhausen

Scharf wandte sich Loderer gegen die Pläne eines Verbandesgesetzes. Hier zeichneten sich „einige brandgefährliche Ideen“ ab. Mit der Zwangsregistrierung von Organisationen würde die Anlage eines öffentlichen Funktionsregisters ermöglicht. Mit der Verpflichtung der Verbandstätigkeit auf die Grundsätze von Treu und Glauben würde ein Gummiparagraph formuliert, der antigewerkschaftlichen Eingriffen Tür und Tor öffnen könne. Die Schaffung eines Beauftragten für das Verbändewesen könnte zur Einrichtung eines Staatskommissars für das Gewerkschaftswesen ausarten. Zum Ausdruck komme darin nur das gebrochene Verhältnis der Konservativen zur solidarischen Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Unternehmer und Selbständige könnten sich zur Durchsetzung ihrer Interessen auf die Wirkung des großen Geldes verlassen. Arbeiter und Angestellte müßten sich für die Durchsetzung ihrer Interessen auf den Schutz ihrer Gewerkschaft verlassen.

Gestützt auf die Macht des Geldes kämpften die Unternehmer um höhere Gewinne und wachsenden Einfluß für eine Minderheit. Gestützt auf die Solidarität von Arbeitern und Angestellten kämpften die Gewerkschaften um ein besseres Leben für die Mehrheit. Hier ständen sich die Gegensätze unversöhnlich gegenüber. Die Reden von der sozialen Partnerschaft seien immer nur Phrasen gewesen. Auch die Zukunft werde im Zeichen harter sozialer Auseinandersetzungen stehen. Geschlossen traten die organisierten Arbeitnehmer ein gegen die Aussperrung, gegen alle totalitären und reaktionären Bestrebungen, gegen Hunger und Armut und gegen Unterdrückung in der Dritten Welt, gegen den Abbau sozialer Leistungen und gegen Arbeitslosigkeit. Ebenso geschlossen traten die organisierten Arbeitnehmer ein für den Ausbau des Sozialstaates, für eine schrittweise Politik der gesellschaftlichen Reformen und für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, für Vollbeschäftigung und gerechten Lohn, für die Menschenrechte und für Frieden und Freiheit in der Welt.

Alois Pfeiffer

Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands in Duisburg

Pfeiffer wandte sich entschieden gegen das „Patentrezept“ der Unternehmer, die alles Heil von hohen Gewinnen und niedrigen Löhnen erwarteten. Dem hielt Pfeiffer entgegen, daß die Nettogewinne im vorigen Jahr fast viermal so stark gestiegen seien wie die Nettolöhne, ohne daß wir der Vollbeschäftigung entscheidend nähergekommen wären. Pfeiffer wandte sich gegen Pläne, nach denen den Unternehmen im nächsten Jahr neue Steuergeschenke eingeräumt werden sollen. Dieses Geld sollte der Staat besser in die eigenen Hände nehmen, um durch öffentliche Investitionen Arbeit zu schaffen. „Was wir brauchen, ist eine Politik, die tatsächlich Vollbeschäftigung herbeiführt und sichert, aber nicht eine Politik, die neue Verteilungsgerechtigkeiten schafft.“

Karl Schwab

Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands in Kassel

Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik könne sich der DGB nicht damit abfinden, „daß anonyme Kräfte in der Wirtschaft über Familienschicksale entscheiden“. Unternehmen und Verwaltungen müßten gezwungen werden, die Produktionszeit auf alle zu verteilen. Das sei organisatorisch zu meistern. Wenn es den Technikern gelänge, bei Programm- oder Modelländerungen ganze Betriebe auf den Kopf zu stellen, dann seien auch solche Aufgaben zu bewältigen, „um so eher, als es keine nur profitorientierten, sondern im Interesse der Menschen liegenden Ursachen sind, die solche Anstrengungen erfordern“. Schwab kündigte in diesem Zusammenhang verstärkte Aktivitäten an, auch wenn die Gegner dieser Überlegungen augenblicklich noch über eine bessere Lobby verfügten. Vom Parlament forderte Schwab, daß es sich mehr um die Anliegen und Bedürfnisse der Arbeitnehmer kümmere und sie befriedige. Falls dies nicht geschehe, würden die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften das Recht auf Arbeit erzwingen, so wie sie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall vor zwanzig Jahren dem Gesetzgeber abgetrotzt hätten.

Günter Stephan

Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands in Bremen

Vor der Gefahr einer technologisch bedingten Arbeitslosigkeit könne nicht zu früh gewarnt werden. Der hohe Anteil der Angestellten unter den Arbeitslosen zeige, daß die Rationalisierungswelle nach der Industrie auch den Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich erreicht hätte. „Was in der Anfangsphase dieses Prozesses als Erleichterung und Verbesserung für die Arbeitnehmer aussah, erweist sich nun als Bumerang in Form von Arbeitsintensität und Arbeitsplatzverlust.“ Verteilung der Gesamtarbeit, mehr Urlaub für Bildung und Freizeit und die Humanisierung des Arbeitsplatzes seien darum Grundfragen der gewerkschaftlichen Arbeit geworden.

Jochen Richert

DGB-Landesvorsitzender Hessen in Wiesbaden

Verurteilt werden muß gerade die in den letzten Wochen um sich greifende Diffamierung arbeitsloser Arbeitnehmer als arbeitsunwillig und arbeitsscheu. Diese Versuche zielen eindeutig darauf ab, den Arbeitnehmern die Schuld an der Arbeitslosigkeit selbst zuzuschreiben. Mit diesen haltlosen Diffamierungen will man vernebeln, durch was Arbeitslosigkeit u. a. produziert wird. Nicht arbeitsunwillige oder arbeitsscheue Arbeitslose, sondern die Verzögerung konsequenter beschäftigungswirksamer Maßnahmen und die Drosselung wichtiger Reformvorhaben verhindern einen entscheidenden Abbau der Arbeitslosigkeit. Wie wichtig unsere Forderung nach einem Abbau der Arbeitslosigkeit ist, zeigt auch die bildungspolitische Diskussion. Denn es war, und es ist vor allem der Druck der wirtschaftlichen Krise und die Auswirkungen wirtschaftlicher Entscheidungen der Unternehmer, aus denen sich auch die bildungspolitischen Fehlentwicklungen erklären lassen.

Diese Entwicklungen müssen uns allen die Augen öffnen für die tatsächlichen Macht- und Entscheidungsstrukturen in dieser Gesellschaft, in welche die bildungspolitischen Entscheidungen eingebunden sind. Ich behaupte hier, daß der neue Konservatismus nur der ideologische Ausdruck des Bemühens der Unternehmer und ihrer politischen Freunde ist, ihre gesell-

schaftlichen Machipositionen aufrechtzuerhalten und auszubauen. Ob es um Rahmenrichtlinien, Hochschulreformen oder um die berufliche Bildung geht — eine Kampagne offen reaktionärer Gruppen hat deren sinnvolle Realisation verhindert.

Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung zeigt, daß Bildungsarbeit und Bildungspolitik Aufgabe und Mittel der Gewerkschaften waren, zur Befreiung der Arbeiter und zur Entwicklung einer demokratischen Gesellschaftsordnung. Nicht zuletzt die gegenwärtige Arbeitsmarktsituation, die immer drastischer zeigt, in welchem Umfang Bildungsfragen Existenzfragen sind, muß uns alle aufrütteln und zu gesteigerter Aktivität rufen. Halten wir uns einmal vor Augen. Mehr als die Hälfte aller Arbeitslosen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Fehlende Ausbildung stellt bei steigenden Qualifikationsanforderungen ein großes Handicap für die Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß vor allem der jugendlichen Arbeitslosen dar.

Alle fortschrittlichen Kräfte müssen deshalb zusammenwirken, um den Einfluß von Wirtschaft und konservativen politischen Kreisen auf bildungspolitische Entscheidungen und Planungen zurückzuweisen. Wer politische Verantwortung in diesem Lande trägt, kann meiner Meinung nach nicht tatenlos zusehen, wie Arbeitgeber selbstherrlich über vorhandene und nicht vorhandene Arbeitsplätze, deren Verknappung oder Erhöhung sowie über Zeitpunkt und Bedingungen bestimmen. Dem ist nichts hinzuzufügen. Wir alle wissen längst, wer unser Hauptgegner ist.

Detlef Hensche

Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Druck und Papier in Heidelberg

Eine Wurzel der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit sei die Rationalisierung. Mehr als die Hälfte aller Investitionen diene der Rationalisierung. „Daher ist auch falsch, wenn immer wieder behauptet wird, die Investitionen von heute seien die Arbeitsplätze von morgen. Zu einem guten Teil muß man diese umkehren: die Investitionen von heute vernichten die Arbeitsplätze von morgen.“ Daher sei es an der Zeit, angesichts des erreichten Produktivitätsfortschritts die Arbeitszeit drastisch zu verkürzen — aber unter vollem Lohnausgleich. „Immerhin sind es die Arbeiter und Angestellten, die die Gewinne erwirtschaften; und es sind die Arbeiter und Angestellten, die den technischen Fortschritt überhaupt erst möglich machen. Dann gebühren die Früchte der Rationalisierung zuallererst den Arbeitern und Angestellten: unter anderem durch kürzere Arbeitszeit und mehr Freizeit.“ Die zunehmende Rationalisierung unterstreiche zugleich die gewerkschaftliche Forderung nach Kontrolle der Verfügungsgewalt, und zwar durch Mitbestimmung und durch gesellschaftliche Planung der Investitionen. Ja, man müsse noch einen Schritt weitergehen: „Wenn der Staat das Recht haben soll, Investitionen zu planen, so müsse er auch die Macht haben, diese Planung durchzusetzen. Und dazu gehört auch gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln.“ Nicht umsonst fordere das DGB-Grundsatzprogramm — in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz — die Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum. Da berufe man sich nicht auf Marktwirtschaft und Wettbewerb. „Opas Wettbewerb ist längst zu Tode konzentriert.“

Gert Lütgert

Stellvertretender DGB-Landesbezirksvorsitzender in Frankfurt

Noch immer ist Eigentum an Produktionsmitteln, an Fabriken, Maschinen und Rohstoffen also gleichbedeutend mit Herrschaft über Menschen. Ja, die Macht der Unternehmer wächst. Die Kapitalkonzentration nimmt ständig zu. Wir müssen sagen: Wir werden die Verfassung verteidigen, auch gegen ihre berufsmäßigen Beschützer. Wir sagen: Es lohnt sich nicht nur, unsere Verfassung zu verteidigen, sondern wir müssen sie auch verwirklichen. Spätestens seit hundert Jahren weiß die deutsche Arbeiterbewegung: Verfassungsfragen sind Machtfragen.

Jugendarbeitsschutz nicht verwässern

Die SPD-Landtagsabgeordnete Frau Dr. Strelitz machte gegenüber der Presse Vorschläge, wie nach ihrer Ansicht durch ein „Lockern des Arbeitsverbots an Wochenenden für Jugendliche“ die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft werden könne. Der Landesjugendausschuß des DGB Hessen hat mit Empörung die Auffassung von Frau Dr. Strelitz zur Kenntnis genommen und diese eindeutig zurückgewiesen. Bislang habe man solche „Patentrezepte zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ nur aus dem Bereich konservativer Politiker, erinnert sei an CDU-Ministerpräsident Filbinger, und aus dem Unternehmerlager gehört. Es sei erschreckend, daß die Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses der SPD Hessen-Süd offensichtlich nicht wisse, wo die Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit lägen. Da Frau Dr. Strelitz weiterhin zu ihren Auffassungen stehe, hatte sich der Landesjugendausschuß der hessischen DGB-Jugend entschlossen, am 19. April 1977 einen offenen Brief an die SPD-Landtagsfraktion zu richten. Diesen Brief, der sicherlich über Hessen hinaus Interesse findet, veröffentlichen wir nachfolgend im Wortlaut:

Offener Brief

Sehr geehrte Damen und Herren, mit Empörung hat der Landesjugendausschuß der hessischen DGB-Jugend die „Vorschläge“ des Mitglieds ihrer Fraktion, Frau Dr. Strelitz, zur Verwässerung des Jugendarbeitsschutzes zur Kenntnis nehmen müssen.

Wir haben in diesem Zusammenhang einige Fragen, um deren Beantwortung wir dringend bitten:

1. Wie beurteilt die SPD-Fraktion im hessischen Landtag die von Frau Dr. Strelitz gemachten Vorschläge?
2. Ist die Landtagsfraktion mit dem Landesjugendausschuß des DGB der Meinung, daß es unverständlich ist, wenn ein Mitglied der SPD-Landtagsfraktion derartige Forderungen erhebt und diese als Möglichkeit zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit anpreist?
3. Wie beurteilen Sie die Erläuterungen der SPD Hessen-Süd, Frau Dr. Strelitz habe lediglich ihre private Meinung geäußert?
4. Der verstorbene hessische Sozialminister Dr. Horst Schmidt hat nach in Kraft treten des Jugendarbeitsschutzgesetzes vor den Delegierten der Vollversammlung des hessischen Jugendrings bedauert, daß es dem Land Hessen nicht gelungen ist, im Bundesrat unvertretbare Ausnahmeregelungen in dem neuen Gesetz zu verhindern. Dr. Horst Schmidt versprach dafür zu sorgen, daß weitere nach dem Gesetz mögliche Ausnahmeregelungen durch das Land Hessen nicht erlassen würden. Außerdem hat der hessische Landtag einstimmig einen Antrag der SPD-Fraktion angenommen, der die Exekutive bindet, das Jugendarbeitsschutzgesetz rigide im Interesse der arbeitenden Jugend anzuwenden. Wir fragen Sie, ob die hessische DGB-Jugend davon ausgehen kann, daß diese Position auch heute noch von der SPD-Fraktion aufrechterhalten werden.
5. Wenn Sie die vierte Frage eindeutig mit „Ja“ beantworten, dann steht fest, daß die Abgeordnete Frau Dr. Strelitz mit ihren Vorschlägen eindeutig gegen grundsätzliche Positionen ihrer Fraktion und der von ihr getragenen Landesregierung verstoßen hat. Was für Konsequenzen wird dies nach sich ziehen?
6. Ist die SPD-Landtagsfraktion mit dem Landesjugendausschuß der hessischen DGB-Jugend der Auffassung, daß die Jugendarbeitslosigkeit nur durch die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen und durch die Reform der Berufsbildung entsprechend den DGB-Forderungen bekämpft werden kann und nicht durch den Abbau von hart erkämpften Rechten.

Der Beantwortung dieser Fragen sehen wir mit großem Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dieter Hooge

Vorsitzender des Landesjugendausschusses der hessischen DGB-Jugend

1976: Langsames Wachsen der Mitgliederzahlen beim DGB

Gewerkschaft	Arbeiter		Gesamt	Angestellte		Gesamt	Beamte		Gesamt	Gesamt		Insgesamt m. u. w.	in %	Zu-/Abn. g. Vj.
	männl.	weibl.		männl.	weibl.		männl.	weibl.		männl.	weibl.			
IG BSE	457 190	5 895	463 085	36 375	5 088	41 463	—	—	—	493 565	10 983	504 548	6,8	- 4 874
IG BE	326 182	1 598	327 780	39 311	4 249	43 560	185	—	185	365 678	5 847	371 525	5,0	- 6 844
IG ChPK	442 724	87 331	530 055	86 534	26 801	113 335	—	—	—	529 258	114 132	643 390	8,7	- 881
IG Drupa	115 378	24 486	139 864	13 453	4 863	18 316	—	—	—	128 831	29 349	158 180	2,1	+ 195
GdED	213 209	12 587	225 796	5 811	4 263	10 074	197 200	3 123	200 323	418 220	19 973	438 193	5,9	- 11 721
GEW	—	—	—	10 947	15 545	26 492	69 024	56 131	125 155	79 971	71 676	151 647	2,0	+ 12 353
GGLF	32 701	1 881	34 582	2 082	333	2 415	2 965	2	2 967	37 748	2 216	39 964	0,5	+ 655
HBV	29 661	13 034	42 695	104 628	127 460	232 088	—	—	—	134 289	140 494	274 783	3,7	+ 17 660
GHK	111 593	12 692	124 285	7 128	1 835	8 963	—	—	—	118 721	14 527	133 248	1,8	+ 1 194
GK	—	—	—	34 976	6 656	41 632	—	—	—	34 976	6 656	41 632	0,6	+ 5 171
GL	29 538	21 814	51 352	2 223	842	3 065	—	—	—	31 761	22 656	54 417	0,7	- 2 041
IGM	1 952 422	253 041	2 205 463	288 106	87 771	375 877	—	—	—	2 240 528	340 812	2 581 340	34,9	+ 25 156
NGG	147 525	54 306	201 831	22 659	16 791	39 450	—	—	—	170 184	71 097	241 281	3,3	- 7 443
OTV	461 964	79 527	541 491	264 686	156 853	421 539	92 759	7 886	100 645	819 409	244 266	1 063 675	14,4	+ 5 150
DPG	75 266	40 566	115 832	9 924	22 847	32 771	228 785	40 254	269 039	313 875	103 667	417 542	5,6	- 1 943
GTB	115 191	146 881	261 872	15 758	8 926	24 684	—	—	—	130 849	155 607	286 556	3,9	+ 3 322
DGB - Gesamt	4 510 544	755 439	5 265 983	944 601	491 123	1 435 724	590 918	107 396	698 314	8 046 063	1 353 958	9 400 021	100,0	+ 35 109
	85,7 %	14,3 %	100 %	65,8 %	34,2 %	100 %	84,6 %	15,4 %	100 %	81,7 %	18,3 %	100 %		
Vergleichs-	71,2 %			19,4 %			8,4 %			9,4 %				
zahlen	4 560 882	749 553	5 310 435	911 124	470 650	1 381 774	579 885	92 818	672 703	6 051 891	1 313 021	7 364 912		
31. 12. 1975	85,9 %	14,1 %	100 %	65,9 %	34,1 %	100 %	86,2 %	13,8 %	100 %	82,2 %	17,8 %	100 %		
	72,1 %			18,8 %			9,1 %							

Die Abkürzungen der Gewerkschaften bedeuten: IG BSE = IG Bau, Steine, Erden; IG BE = IG Bergbau und Energie; IG ChPK = IG Chemie-Papier-Keramik; IG Drupa = IG Druck und Papier; GdED = Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands; GEW = Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft; GGFL = Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft; HBV = Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen; GHK = Gewerkschaft Holz und Kunststoff; GK = Gewerkschaft Kunst; GL = Gewerkschaft Leder; IGM = IG Metall; NGG = Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten; OTV = Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr; DPG = Deutsche Postgewerkschaft; GTB = Gewerkschaft Textil-Bekleidung.

Aktionspapier zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Der DGB-Bundesjugendausschuß hat ein umfangreiches Aktionspapier zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit verabschiedet. Das Papier enthält Einschätzungen der Entwicklungstendenzen, faßt die gewerkschaftlichen Forderungen zusammen und entwickelt Aktionsvorschläge vor allem im betrieblichen Bereich. Das Papier wurde im Rahmen einer Sondernummer der „Solidarität – Monatsschrift für gewerkschaftliche Jugendarbeit“ zum Thema Jugendarbeitslosigkeit veröffentlicht. In der Vorbereitung der DGB-Bundesjugendkonferenz, die im Dezember in Frankfurt stattfindet, werden diese Problemstellungen eine wesentliche Rolle spielen. Leider können wir das Aktionspapier nur in einigen knappen Auszügen wiedergeben. Um jedoch den Gesamtüberblick zu erleichtern, wird die Gliederung des Papiers mit angeführt.

Aus den Thesen:

Jugendarbeitslosigkeit hat zum einen alters(jugend)- und qualifikationsspezifische Ursachen, deshalb müssen Lösungsmöglichkeiten diese Seite berücksichtigen. Jugendarbeitslosigkeit hat aber zum anderen – und im wesentlichen allgemeine – systembedingte wirtschaftliche Ursachen, deshalb müssen Lösungsversuche in erster Linie in eine allgemeine Strategie zur Durchsetzung des Rechtes auf Arbeit eingebunden sein. Oder konkret: Jugendarbeitslosigkeit ist überwiegend kein Qualifikationsproblem und wird grundsätzlich nicht durch Maßnahmen im Bereich der beruflichen Bildung – also auch nicht durch Erhöhung der Zahl von Ausbildungsplätzen – gelöst.

Aber: Eine Anhebung des individuellen Qualifikationsniveaus bedeutet die Fähigkeit zu mehr Flexibilität und Mobilität im Arbeitsprozeß und zu besserem Einschätzungsvermögen der persönlichen und gesellschaftlichen Situation. Das wiederum bedeutet, daß die derzeit potentiell von Arbeitslosigkeit Betroffenen (Jungarbeiter) insofern besser vor Arbeitslosigkeit geschützt wären, als sie dann nicht mehr allein diejenigen sind, die als erste arbeitslos werden. Das heißt, eine verbesserte Ausbildung verbessert die Chancengleichheit, sichert und schafft aber insgesamt keine Arbeitsplätze. Denn Arbeitslosigkeit ist zuallererst ein strukturelles Problem, das etwas mit dem – durch den kapitalistischen Verwertungsprozeß bedingten – „Herausrationalisieren“ von Arbeitskraft aus dem Produktionsprozeß, mit Kapitalkonzentration und Kapitalverlagerung zu tun hat.

Deshalb: Die systembedingten Ursachen von Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit (meist mit dem vieldeutigen Begriff „strukturell“ umschrieben) sind ausschlaggebend dafür, wie viele arbeitslos werden; die qualifikations- und altersspezifischen Ursachen sind ausschlaggebend dafür, wer bzw. wann und wer wie lange arbeitslos wird. Daß diese Ursachen z. B. durch die demographische Entwicklung (steigende Schulabgängerzahlen) bis in die Mitte der 80er Jahre verschärft werden, liegt auf der Hand. Man muß allerdings der Betonung des demographischen Aspektes entgegenhalten, daß damit

● nicht das Problem gesunkener und weiter sinkender Arbeits- und Ausbildungsplätze erklärbar ist und

● nicht der Fehler begangen werden darf, Jugendarbeitslosigkeit als quasi „schicksalhafte“ Folgeerscheinungen hinzunehmen; denn natürlich war eine solche Entwicklung vorhersehbar, und es weist auf das Fehlen bzw. die mangelnde Wirksamkeit gesellschaftlicher Planungsinstrumente hin, wenn darauf nicht rechtzeitig reagiert wurde.

Gewerkschaftliche und betriebliche Möglichkeiten zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

I. Jugendarbeitslosigkeit als alters- und qualifikationsspezifisches Problem

1. Schutz der potentiell Betroffenen in Betrieb und Verwaltung

1. Entwicklungstendenzen
2. Generelle Zielsetzungen
3. Konkrete Forderungen und Durchsetzungsschritte
 - 3.1. Möglichkeiten direkt-gewerkschaftl. Interessenpolitik
 - 3.1.1. Ebene der Belegschaften und betrieblichen Interessenvertretungen:
 - a) Übernahme aller Ausgebildeten auf einen ihrer Ausbildungsstellen entsprechenden Arbeitsplatz
 - Problembereich Übernahme:
 - Konfliktproblem Betriebsrat / Jugendvertretung als Teilproblem jung / alt
 - Konfliktsituation der Forderung nach Ausweitung von Ausbildungsplätzen und dadurch Verschärfung des Problems Übernahme und teilweise Verlagerung der Arbeitslosigkeit der unter 20jährigen auf die 20- bis 25jährigen (siehe statistische Entwicklung)
 - Übernahme trifft nur Auszubildende, Jungarbeiter nicht betroffen.

Konsequenzen:

- Erarbeitung von Materialien, die
 - Konfliktsituation durchsichtig machen
 - Argumente von Betriebsrat und Arbeitgeberseite aufgreifen und Gegenargumente entwickeln
 - mit der Zielrichtung angelegt sind, Betroffenheit zu erzielen, die über Betriebsrat und Jugendvertretung hinausgehen.
- b) Volle Einhaltung und Ausbau von Schutzbestimmungen
- Problembereich: Erhöhung von Schutzbestimmungen könnte Verlust von Arbeitsplätzen bedeuten; auf der anderen Seite hat die Reduzierung von Schutzbestimmungen noch nie einen Arbeitsplatz gebracht.
- Für uns kann und darf es keine Alternative Schutzgesetze – Arbeitsplätze geben.
- Hierzu sind verstärkt gewerkschaftsinterne Diskussions- und Informationsmaterialien zu entwickeln, die dazu beitragen könnten, auf ein verändertes Problembewußtsein hinzuwirken.

c) Extensive Ausnutzung der Möglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes (das gilt analog immer für das Personalvertretungsgesetz) durch:

- § 90/91: Bessere Arbeitsbedingungen und Arbeitsinhalte für Jungarbeiter
- § 92: Bestandsicherung der Arbeitsplätze für Jugendliche durch Personalplanung
- § 95: Bei Kündigungen mit Wegfall des Arbeitsplatzes umfassende Überprüfung der Begründungen des Unternehmens (dazu erforderlich: verbesserte Arbeit z. B. des Wirtschaftsausschusses)
- §§ 96/97/98: Anhebung des innerbetrieblichen Qualifikationsniveaus
- § 102: Extensive Ausnutzung des Vetorechts bei Kündigungen

Weiterhin sind die rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen, auf der betrieblichen Ebene Einfluß auf die Anzahl und Ausweitung von Ausbildungsplätzen zu nehmen.

Es muß versucht werden, die zum Teil recht konkreten Möglichkeiten durch das Betriebsverfassungsgesetz unter dem Aspekt „Schutz der potentiell Betroffenen“ in einer Materialreihe zu bringen, um

- diese Bestimmungen bekannter und transparenter zu machen
- deutlich zu machen, daß die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes Mindestbestimmungen sind, und daß diese Mindestbestimmungen durch Ausnutzung betrieblicher und gewerkschaftlicher Kampfstrategien ausgeweitet werden können
- deutlich zu machen, daß die Durchsetzung betriebsverfassungsrechtlicher Fragen Machtfragen sind und deshalb

eine breite Mobilisierung zur Durchsetzung notwendig ist.

Sehr konkret:

Informationsmaterialien

Bildungsmaterialien

Fallbeispiele (Stichwort Modellbetriebsvereinbarungen)

d) Stärkung der Jugendvertretung

Diesem Punkt kommt zentrale Bedeutung zu. Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit hat zugleich Modellcharakter, um Jugendprobleme als Gesamtprobleme deutlich zu machen und damit zugleich besser die Funktion des Interessenvertretergremiums Jugendvertretung zu bestimmen.

e) Erhaltung von Ausbildungsplätzen und von Mindestqualitäten einschließlich der Qualitätsverbesserung der vorhandenen Ausbildungsplätze

f) Betriebsrat und Jugendvertretung dürfen nicht zulassen, daß die Unternehmen Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze abbauen und sich über Maßnahmen der Bundesanstalt Neueinrichtungen finanzieren lassen

3.1.2 Ebene der Gewerkschaften

3.2 Möglichkeiten indirekt-gewerkschaftlicher Interessenpolitik durch parteipolitische und staatliche Reformmaßnahmen

2. Ausweitung des betrieblichen Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebotes

1. Entwicklungstendenzen

2. Generelle Zielsetzungen

3. Konkrete Forderungen und Durchsetzungsschritte

3.1. Möglichkeiten direkt-gewerkschaftl. Interessenpolitik

3.1.1. Ebene der Belegschaften und betrieblichen Interessenvertretungen

– Schaffung und Ausweitung von qualifizierten Ausbildungsplätzen. Die aktuelle Notsituation erfordert es, qualifizierte Ausbildungsplätze auch über den betrieblichen Bedarf hinaus einzurichten (d. h., wir akzeptieren mit dieser Forderung Übernahme Probleme, begründen das aber mit der aktuellen Notsituation und den steigenden Schulabgängerzahlen). Allerdings muß auch das Problembewußtsein gestärkt werden, daß nicht alles, was die Betriebe als ihren „Bedarf“ ausgeben, ungeprüft und unwidersprochen übernommen wird.

Diese höhere Zahl ist nicht nur für die Erhöhung der Chancengleichheit notwendig, sondern entlastet auch den Arbeitsmarkt.

Konkret:

– In Betrieben, die schlecht und nicht zukunftsorientiert ausbilden, darf keine Ausweitung stattfinden.

– Wenn wir erreichen, daß Betriebe der Privatindustrie oder der öffentliche Dienst über den eigenen Bedarf Jugendliche ausbilden, so sind Anforderungen an die Qualität der Ausbildung und des Abschlusses zu stellen, damit die Ausgebildeten gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.

– Als qualifizierte Ausbildungsplätze sind nur solche zu verstehen, die eine Chance auf dem Arbeitsmarkt eröffnen, d. h., keine Ausweitung von Ausbildungskapazitäten in Branchen, bei denen abzusehen ist, daß nicht zukunftsorientiert ausgebildet wird.

Sehr konkret: Ab Januar soll eine große Aufklärungskampagne über steigende Schulabgängerzahlen und die Hintergründe der Jugendarbeitslosigkeit anlaufen.

Zielsetzung: Bis zur Sommerpause möglichst viele qualitativ gute Ausbildungsplätze für August/September 1977 zu erhalten.

Adressaten: Jugendvertreter, Betriebsräte, Vertrauensleute.

3.1.2 Ebene der Gewerkschaften

Gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten zu diesem Komplex können und dürfen nicht jugendspezifisch angelegt sein, sondern müssen insgesamt in den Rahmen einer veränderten Tarifpolitik eingebettet sein.

– Tarifvertragliche tägliche Arbeitszeitverkürzung für unter 18jährige und für über 55jährige bei gleichzeitiger Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Dieser Vorschlag sollte insbesondere auch unter dem Aspekt einer besonderen Schutzbedürftigkeit von jungen und älteren Kolleginnen und Kollegen diskutiert werden (Eintritt in den Arbeitsprozeß – Austritt aus dem Arbeitsprozeß).

3.2 Möglichkeiten indirekt-gewerkschaftlicher Interessenpolitik durch parteipolitische und staatliche Reformmaßnahmen.

Soweit Sofortprogramme existieren, sind folgende Forderungen zu erheben:

– Untragbar ist, wenn die öffentliche Hand Sofortprogramme finanziert und auf der anderen Seite ihre eigenen Ausbildungskapazitäten einschränkt, d. h., Forderungen nach Ausweitung von Ausbildungsplätzen im öffentlichen Dienst

– Verpflichtung von Betrieben und Verwaltungen entsprechend ihrer Größe nach einem Quotensystem Arbeitsplätze für Jugendliche zur Verfügung zu stellen (in etwa vergleichbar mit dem Schwerbehindertengesetz)

II. Jugendarbeitslosigkeit als Problem der allgemeinen Arbeitslosigkeit

1. Entwicklungstendenzen

2. Schutz der potentiell Betroffenen in Betrieb und Verwaltung

1. Generelle Zielsetzungen

2. Konkrete Forderungen und Durchsetzungsschritte

2.1 Möglichkeiten direkt-gewerkschaftlicher Interessenpolitik

2.1.1. Ebene der Belegschaften und betrieblichen Interessenvertretungen

– Im Rahmen der Arbeit von Betriebs- und Personalräten muß der Schutz vor Arbeitslosigkeit erste Priorität gewinnen. Das heißt, alle betrieblichen Entscheidungen sind in erster Linie daraufhin zu überprüfen, ob sie diesen Schutz verstärken oder das Risiko, insbesondere für Teilgruppen der Belegschaften, verschärfen. Dabei muß man sich allerdings darüber im klaren sein, daß eine solche Interessenpolitik in Widerspruch zu den kurzfristigen Rentabilitätsüberlegungen des Einzelbetriebes gerät. Das bedeutet weiterhin, daß damit Privilegien bestimmter Gruppen im Betrieb nicht weiter zu forcieren sind.

– Volle Einhaltung und Ausbau von Schutzbestimmungen

– Extensive Ausnutzung der Möglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes

– Betriebsrat und Vertrauensleute dürfen nicht zulassen, daß die Unternehmen Arbeitsplätze abbauen und sich über Maßnahmen der Bundesanstalt und der öffentlichen Hand Neueinrichtungen finanzieren lassen

– Nicht akzeptiert werden kann der Abbau von Schutzbestimmungen mit dem Argument „Sicherung der Arbeitsplätze“

– Mitbestimmungsunternehmen müssen hier Modellcharakter haben, dazu müssen Mandatsträger an die obengenannten Prioritäten gebunden werden

– Verstärkte Einbeziehung der direkt Betroffenen („Stellvertreterproblem“ / nur Gremienpolitik hilft nicht weiter)

– Prioritäten gelten insbesondere für die Veränderung von Arbeitsinhalten und Arbeitsorganisationen.

2.1.2. Ebene der Gewerkschaften

2.2 Möglichkeiten indirekt-gewerkschaftlicher Interessenpolitik durch parteipolitische und staatliche Reformmaßnahmen

3. Ausweitung des betrieblichen Arbeitsplatzangebotes

1. Generelle Zielsetzungen

Oberstes Ziel jeder gewerkschaftlichen Arbeit muß die Sicherung von Vollbeschäftigung sein. Vollbeschäftigung fängt nicht erst bei einem bestimmten Prozentsatz von Arbeitslosen an.

Es geht nicht um jede Art von Arbeit, sondern es müssen inhaltliche Mindestkriterien an diese Arbeit gestellt werden. Diese generelle Zielsetzung verlangt, daß bestimmte Arbeitsplätze auch abgelehnt werden müssen und damit Arbeitslosigkeit einem menschenunwürdigen Arbeitsplatz vorzuziehen ist. Auch nicht vorübergehend sind diese Mindestkriterien herabzuschrauben.

2. Konkrete Forderungen und Durchsetzungsschritte

2.1 Möglichkeiten direkt-gewerkschaftlicher Interessenpolitik

2.1.1. Ebene der Belegschaften und betrieblichen Interessenvertretungen

2.1.2. Ebene der Gewerkschaften

2.2 Möglichkeiten indirekt-gewerkschaftlicher Interessenpolitik durch parteipolitische und staatliche Reformmaßnahmen

Skala der durchschnittlichen effektiven Bruttomonatsdienste der Angestellten

(nach Wirtschaftsgruppen im Juli 1976)

Wirtschaftsbereich, -gruppe (zuständige Gewerkschaft)	Angestellte insgesamt										Kaufmännische Angestellte					Technische Angestellte							
	Männer und Frauen			Männer		Frauen		Männer und Frauen		Männer		Frauen			Männer und Frauen			Männer		Frauen			
	Platz	DM	Abweichung vom Durchschnitt (%)	Platz	DM	Platz	DM	Frauen in % der Männer	DM	Abweichung vom Durchschnitt (%)	Platz	DM	Platz	DM	Frauenverd. in % der Männerverd.	Platz	DM	Abweichung vom Durchschnitt (%)	Platz	DM	Platz	DM	Frauenverd. in % der Männerverd.
Steinkohlenbergbau (IG BE)	1	3177	+38,9	2	3311	5	2073	62,1	2754	+32,6	4	3017	5	2073	68,7	1	3430	+21,8	2	3439	10	2084	60,6
Mineralölverarbeitung (IG ChPK)	2	3132	+36,9	1	3367	1	2370	70,1	2962	+42,6	2	3288	1	2368	72,0	2	3404	+20,9	1	3451	1	2398	69,5
Straßenfahrzeugbau (IGM)	3	2957	+29,2	3	3229	6	2059	63,7	2624	+26,3	3	3081	6	2056	66,7	3	3267	+16,1	3	3309	8	2093	63,3
Braun- und Pechkohlenbergbau (IG BE)	4	2950	+28,9	6	3067	4	2112	68,3	2607	+25,5	7	2792	2	2107	75,5	5	3186	+13,2	5	3210	4	2155	67,1
Hersteller von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten (IGM)	5	2892	+26,4	4	3179	9	2024	63,3	2894	+39,3	1	3475	9	2014	58,0	14	2890	+2,7	14	2950	9	2087	70,7
Übriger Bergbau (IG BE)	6	2880	+25,9	5	3138	8	2037	64,3	2478	+19,3	6	2838	8	2028	71,5	4	3234	+14,9	4	3292	6	2107	64,0
Hoch- und Tiefbau (m. B.-Handwerkern) (IG BSE)	7	2772	+21,2	7	3026	22	1857	61,1	2248	+8,2	12	2722	22	1853	68,1	6	3085	+9,6	6	3110	18	1920	61,7
Chemiefaserindustrie (IG ChPK)	8	2764	+20,8	9	2968	3	2112	71,1	2403	+15,7	14	2711	4	2094	77,2	9	2982	+5,9	8	3052	3	2178	71,4
Kali- und Steinsalzbergbau (IG BSE)	9	2730	+19,3	18	2833	10	2012	71,1	2409	+16,0	26	2614	10	2008	76,8	15	2888	+2,6	18	2905	11	2047	70,5
Chemische Industrie (IG ChPK)	10	2700	+18,0	8	2978	2	2129	71,1	2529	+21,8	5	2906	3	2105	72,4	13	2910	+3,4	9	3033	2	2221	73,2
Energiewirtschaft, Wasserversorgung (OTV, IG BSE)	11	2679	+17,1	16	2846	7	2039	71,1	2436	+17,3	20	2655	7	2030	76,5	11	2949	+4,8	12	2992	7	2105	70,4
Stahl- und Leichtmetallbau (IGM)	12	2661	+16,3	13	2877	15	1880	65,1	2286	+10,1	18	2675	14	1887	70,5	16	2882	+2,4	15	2940	27	1842	62,7
Luftfahrzeugbau (IGM)	13	2653	+16,0	12	2887	16	1872	64,1	2252	+8,4	9	2757	18	1858	67,4	17	2868	+1,9	17	2920	14	1954	66,9
Erzbergbau (IG BE)	14	2647	+15,7	17	2845	33	1694	59,1	2197	+5,8	34	2492	30	1709	68,6	8	3008	+6,9	11	2022		/	
Eisen- und Stahlindustrie (IGM)	15	2639	+15,3	15	2866	21	1858	64,1	2361	+13,7	15	2702	23	1853	68,6	12	2948	+4,7	13	2978	16	1941	65,2
Zellstoff- und papiererzeugende Industrie (IG ChPK)	16	2631	+15,0	10	2927	17	1863	63,1	2288	+10,2	19	2666	16	1864	69,9	7	3051	+8,4	7	3105	24	1856	59,8
Elektrotechnische Industrie (IGM)	17	2597	+13,5	14	2874	13	1908	66,1	2270	+9,3	10	2732	13	1898	69,5	18	2856	+1,5	16	2928	13	1965	67,1
NE-Metallindustrie (IGM)	18	2569	+12,3	19	2826	12	1919	67,1	2301	+10,8	13	2714	12	1906	70,2	19	2838	+0,8	19	2885	12	2039	70,7
Maschinenbau (IGM)	19	2563	+12,0	20	2810	23	1845	65,1	2248	+8,2	17	2684	20	1854	69,1	21	2797	+0,6	21	2857	35	1779	62,3
Industrie der Steine und Erden (IG BSE)	20	2553	+11,6	21	2792	20	1860	66,1	2335	+12,4	16	2695	21	1854	68,8	20	2831	+0,6	20	2865	15	1950	68,1
Druck- und Vervielfältigungsindustrie (IG Drupa)	21	2549	+11,4	11	2920	18	1863	63,1	2260	+8,8	8	2761	17	1860	67,4	10	2961	+5,2	10	3026	20	1901	62,8
Schiffbau (IGM)	22	2505	+9,5	25	2680	36	1667	62,1	2107	+1,4	36	2466	32	1686	68,4	24	2693	+4,3	25	2737	41	1552	56,7
Gummi- und asbestverarbeitende Industrie (IG ChPK)	23	2483	+8,5	22	2723	19	1861	68,1	2277	+9,6	24	2628	19	1856	70,6	22	2751	+2,3	22	2795	17	1928	69,0
Feinmechanische, optische, Uhrenindustrie (IGM)	24	2418	+5,7	24	2686	24	1829	68,1	2205	+6,2	11	2727	24	1834	67,3	31	2597	+7,7	30	2671	33	1794	67,2
Stahlverformung, EBM-Warenindustrie (IGM)	25	2402	+5,0	23	2693	26	1782	66,1	2190	+5,4	21	2639	25	1783	67,6	25	2689	+4,5	26	2729	36	1766	64,7
Kunststoffverarbeitende Industrie (GHK, IG ChPK)	26	2382	+4,1	26	2676	27	1761	65,1	2179	+4,9	22	2637	27	1753	66,5	26	2652	+5,8	27	2702	25	1851	68,5
Nahrungs- und Genussmittelindustrie (NGG)	27	2359	+3,1	29	2598	25	1783	68,1	2281	+9,8	32	2543	26	1779	70,0	27	2642	+6,1	24	2748	28	1831	66,6
Papier- und pappeverarbeitende Industrie (IG Drupa)	28	2356	+3,0	27	2663	29	1734	65,1	2201	+6,0	23	2634	29	1729	65,6	28	2641	+6,2	28	2694	30	1811	67,2
Holzverarbeitende Industrie (GHK)	29	2316	+1,2	28	2629	38	1602	60,1	2132	+2,6	25	2620	38	1602	61,1	30	2601	+7,6	31	2635	40	1606	60,9
Ledererzeugende Industrie (GL)	30	2316	+1,2	36	2542	32	1701	66,1	2132	+2,6	28	2582	31	1689	65,4	33	2504	+11,0	35	2521	19	(1920)	(76,2)
Glasindustrie (IG ChPK)	31	2298	+0,4	30	2580	34	1693	65,1	2066	+0,5	37	2451	33	1683	68,7	29	2620	+6,9	29	2676	31	1805	67,5
Holzverarbeitende Industrie (GHK)	32	2295	+0,3	32	2556	39	1563	61,1	2158	+3,9	33	2535	39	1562	61,6	32	2571	+8,7	32	2582	39	(1646)	(63,7)
Feinkeramische Industrie (IG ChPK)	33	2291	+0,1	35	2542	28	1761	68,1	2204	+6,1	27	2612	28	1753	67,1	37	2437	+13,4	37	2475	22	1864	75,3
Textilindustrie (GTB)	34	2261	+1,2	34	2549	30	1717	67,1	2086	+0,4	31	2559	34	1681	65,7	34	2458	+12,7	33	2543	21	1889	74,3
Versicherungsgewerbe (HBV)	35	2242	+2,0	31	2568	11	1929	75,1	2242	+7,9	29	2569	11	1929	75,1	38	2435	+13,5	36	2495	32	1796	72,0
Spiel-, Schmuckwaren- u. ä. Industrie (IGM)	36	2183	+4,6	33	2550	35	1682	66,1	2014	+3,0	30	2561	35	1665	65,0	35	2457	+12,7	34	2542	29	1824	71,8
Kreditinstitute u. ä. (HBV)	37	2154	+5,9	38	2433	14	1881	77,1	2151	+3,6	38	2430	15	1881	77,4	23	2732	+2,9	23	2773	5	(2119)	(76,4)
Großhandel (HBV)	38	2109	+7,8	39	2375	37	1613	67,1	2070	+0,3	39	2359	37	1612	68,3	36	2442	+13,3	38	2464	37	1697	68,9
Bekleidungsgewerbe (GTB)	39	2076	+9,3	37	2447	31	1710	69,1	1976	+4,9	35	2468	36	1632	66,1	41	2206	+21,6	39	2428	23	1863	76,7
Schuhindustrie (GL)	40	2035	+11,1	40	2318	41	1469	63,1	1886	+9,2	40	2355	41	1422	60,4	39	2249	+20,1	41	2288	26	1850	80,9
Lederverarbeitende Industrie (GL)	41	1976	+13,6	41	2309	40	1511	65,1	1861	+10,4	41	2317	40	1482	64,0	40	2233	+20,7	40	2301	34	1781	77,4
Einzelhandel (HBV)	42	1632	+28,7	42	2131	42	1375	64,1	1604	+22,8	42	2112	42	1371	64,9	42	2151	+23,6	42	2263	38	1683	74,4
Insgesamt		2288			2664		1700	63,1	2077			2495		1687	67,6		2815			2883		1930	66,9

Zeichenerklärung: / nicht ausreichend genaue Ergebnisse

() Angaben für mindestens 10, aber weniger als 30 erfaßte Angestellte
keine Angaben

Errechnet nach: Arbeits- und Sozialstatistik (Bonn), 2/1977, S. 56/57.

Abkürzungen der Gewerkschaften bedeuten: IG ChPK = IG Chemie-Papier-Keramik; IG BE = IG Bergbau und Energie; OTV = Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr; IGM = IG Metall; NGG = Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten; IG Drupa = IG Druck und Papier; 3SE = Bau, Steine, Erden; GHK = Gewerkschaft Holz und Kunststoff; GL = Gewerkschaft Leder; GTB = Gewerkschaft Textil-Bekleidung; / = Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.

Zur Gehaltsskala

Die umseitig abgedruckte Gehaltsskala gibt einen Überblick über die durchschnittlichen effektiven Bruttomonatsverdienste der Angestellten in der Industrie, im Baugewerbe, im Handel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe. Allerdings ist ihre Aussagefähigkeit dahingehend eingeschränkt, daß sie lediglich die durchschnittlichen Verdienste wiedergibt. So ist innerhalb der einzelnen Wirtschaftsgruppen nicht nur zwischen den durchschnittlichen niedrigen Verdiensten der kaufmännischen Angestellten und denen der technischen Angestellten zu unterscheiden, sondern in diesen beiden Gruppen nochmals zwischen insgesamt vier von der amtlichen Statistik erfaßten Leistungsgruppen. Die Verdienstdifferenzen zwischen diesen Leistungsgruppen sind — je nach Wirtschaftsgruppe — mehr oder weniger gravierend (vgl. Arbeits- und Sozialstatistik, 2/1977, S. 58).

Die vorliegende Skala wird, betrachtet man zunächst die Angestellten insgesamt, angeführt von den Bergbauzweigen, einigen Gruppen der chemischen Industrie sowie von den Metallzweigen Staßenfahrzeugbau und Büromaschinenherstellung. Neben diesen befindet sich auch das Baugewerbe im oberen Drittel der Skala. Auffällig ist, daß sich die Dienstleistungszweige, Versicherungen, Kreditinstitute und Banken sowie der Handel, also die Bereiche, in denen überwiegend Angestellte beschäftigt sind, allesamt am Ende der Rangskala wiederfinden. In all diesen Zweigen wird durchschnittlich weniger als in der Industrie verdient, wobei der Einzelhandel am schlechtesten abschneidet.

Natürlich gibt es bei den Angestellten, wie auch bei den Arbeitern (vgl. NACHRICHTEN 3/1977, S. 16), deutliche Differenzen zwischen den Männer- und Frauenverdiensten innerhalb der Wirtschaftsgruppen. Frauen verdienen bei den Angestellten durchschnittlich zwischen 25 und 40 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen im gleichen Wirtschaftszweig. Frauenverdienste liegen im Durchschnitt aller dargestellten Wirtschaftsgruppen im Gegensatz zu den Löhnen der Arbeiterinnen deutlich unter zwei Drittel der Männerverdienste. Die Aufgliederung des Datenmaterials erlaubt weitere Differenzierungen. Kaufmännische Angestellte verdienen im Durchschnitt deutlich weniger als technische Angestellte; sie erreichen etwa 74 Prozent der Bezüge der technischen Angestellten und ihre durchschnittlichen Verdienste liegen sogar noch um fast 10 Prozent unter dem Durchschnitt aller Angestellten.

Die Angestellten sind weder ihren Arbeitsbedingungen noch ihrem Einkommen nach eine geschlossene Gruppe. Die von den Unternehmern gewollte künstliche Abgrenzung der Angestellten von den Arbeitern entbehrt hinsichtlich der durchschnittlichen Verdienste in einigen Wirtschaftszweigen jeglicher Grundlage: So verdienen etwa die Arbeiter in der Industrie, legt man die durchschnittlichen Bruttowochenverdienste zugrunde (vgl. unsere Übersicht in NACHRICHTEN 3/1977, S. 16), mehr als die Angestellten im Einzelhandel. Die durchschnittlich am besten verdienenden Arbeitergruppen, die Beschäftigten in der Mineralölverarbeitung, fänden sich in der Rangreihe der Angestelltenverdienste auf dem 31. Platz; sie verdienen mehr als der Durchschnitt aller Angestellten; unter den kaufmännischen Angestellten erreichten sie sogar einen 13. Platz, sie befänden sich also am Ende des oberen Drittels der Skala.

Noch einige Anmerkungen zur Differenzierung der Angestelltenverdienste nach Leistungsgruppen, die umseitiger Tabelle nicht zu entnehmen sind (vgl. dazu Arbeits- und Sozialstatistik 2/1977, S. 58). Bei den männlichen Angestellten insgesamt beträgt das Verhältnis der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der untersten Lohngruppe V zur obersten statistisch erfaßten Gruppe II (Gruppe I umfaßt die Verdienste der „leitenden“ Angestellten und Manager) etwa 1:2, wobei dies je nach Wirtschaftsgruppe noch differiert. Klaus Priester

Arbeitnehmerinteresse und Wissenschaft

Am 2. Februar 1977 führte der Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität in Marburg einen Fachbereichstag durch, der sich sowohl in der Thematik wie von der Zusammensetzung der Teilnehmer her von den üblichen Veranstaltungen dieser Art an Hochschulen unterschied: Wissenschaftler, Studenten und Gewerkschafter diskutierten gemeinsam über „Arbeitnehmerinteressen und Wissenschaftsfreiheit“, das Rahmenthema der Veranstaltung. Am 29. und 30. Juni 1977 wird eine zweite Veranstaltung durchgeführt, zu der der DGB-Vorsitzende Vetter seine Teilnahme zusagte.

Die Initiative des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften war weit über Marburg hinaus auf Interesse gestoßen: Vertreter der IG Metall, der ÖTV, der GEW, des DGB und des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB (WSI) sowie Wissenschaftler aus Hochschulen in Bremen, Frankfurt, Gießen, Kassel, Konstanz und Münster waren der Einladung nach Marburg gefolgt, um die Bedingungen zu erörtern, welche eine engere Verknüpfung wissenschaftlicher Arbeit mit den gesellschaftlichen Bedürfnissen und Interessen der abhängig Arbeitenden ermöglichen.

Wie kam es zu dieser Initiative eines einzelnen Fachbereichs an der Marburger Universität?

Der Fachbereich Gesellschaftswissenschaften in seiner Gesamtheit und einzelne Wissenschaftler des Fachbereichs stehen seit längerer Zeit im Zielfeuer heftigster Angriffe der Reaktion und konservativer Kräfte. Diese bedienen sich zur Untermauerung ihrer Vorwürfe teilweise sogar der Kritik „linker“ Gewährsmänner wie z. B. Fritz Vilmar. Schlagzeilen wie „Fachbereich 03 eine marxistische Parteihochschule“, „marxistisch-kommunistische Indoktrination“ am Fachbereich 03 usw. geisterten durch die Presse. Schon vor einem Jahr forderte die CDU die Schließung des Fachbereichs.

Warum hat sich die politische Rechte auf diesen Fachbereich eingeschossen?

Am Fachbereich findet eine kritische Auseinandersetzung mit den Widersprüchen der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer wissenschaftlichen Affirmation statt. Die Arbeit des Fachbereichs ist getragen von einem Wissenschaftsverständnis, das die Belange der großen Mehrheit unserer Gesellschaft, der lohnabhängig Arbeitenden, zum zentralen Gegenstand von Forschung und Lehre macht. Diese Orientierung kommt auch in den Kooperationsabsprachen mit dem DGB des Kreises Marburg/Biedenkopf zum Ausdruck. Es wurde beschlossen, regelmäßig „Lehrveranstaltungen zu Themen von gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Interesse“ durchzuführen, in denen sich Kollegen aus Betrieben und Verwaltungen über die wissenschaftliche Behandlung von Gewerkschaftsproblemen informieren können. Bisher wurden gemeinsam mit dem DGB zwei Seminarreihen zur „Geschichte der Deutschen Gewerkschaftsbewegung“ und zum Thema „Gewerkschaften in der BRD“ durchgeführt. Weitere Aktivitäten beziehen sich auf die Unterstützung der Arbeit und der Veranstaltungen des Hochschulpolitischen Arbeitskreises des DGB. Darüber hinaus sind einzelne Wissenschaftler und Studenten des Fachbereichs in der örtlichen und überregionalen Gewerkschaftsarbeit tätig und verfassen auch wissenschaftliche Arbeiten zu Problemfeldern gewerkschaftspolitischer Praxis.²

Diese wissenschaftstheoretische und -praktische Ausrichtung der Fachbereichsarbeit hat den Sturm der Empörung auf Seiten konservativer Kräfte ausgelöst. Die Angriffe auf den Fachbereich sind im Zusammenhang mit den bundesweiten Kampagnen gegen die Kooperationsbestrebungen in diese Richtung zu sehen. Dem DGB wird dabei unterstellt, er beanspruche ein Monopol zur Bestimmung der wissenschaftlichen Forschung und Lehre. Die Träger dieser Kampagnen denunzieren

die Kooperationsverträge als eine Verletzung des Verfassungsgrundsatzes der Wissenschaftsfreiheit und damit als verfassungsfeindlich. Sie beschwören die „Freiheit der Wissenschaft“ und den „Wissenschaftspluralismus“. Ziel des Kesseltreibens ist es, die Annäherungsbestrebungen zwischen demokratischen Wissenschaftlern und den umfassendsten Organisationen der Lohnabhängigen, den Gewerkschaften, schon im Keim zu ersticken. Deshalb wurde der Fachbereichstag sowohl vom Fachbereich wie vom DGB als Antwort auf diese Offensive der Reaktion verstanden. Um den vorgetragenen Angriffen entgegenwirken zu können, sollte durch die gemeinsame Diskussion der Betroffenen über Aufgaben und Verpflichtungen einer an Arbeitnehmerinteressen orientierten Wissenschaft, Lehre und Forschung, durch Austausch entsprechender Erfahrungen an verschiedenen Hochschulorten und Erörterung konkreter Realisierungsmöglichkeiten und Umsetzungsformen der Kooperation zwischen Hochschule und Gewerkschaften ein Beitrag zur Festigung der Zusammenarbeit geleistet werden.

Unterstützung durch den DGB

Die DGB-Kreisvorsitzende Käte Dinnebler eröffnete gemeinsam mit der Prodekanin Prof. Renate Rausch den Fachbereichstag. Sie ging dabei auf die Bedeutung der Kooperation für die Gewerkschaften ein und sicherte dem Fachbereich die weitere uneingeschränkte Unterstützung des DGB gegen „alle Angriffe von rechts“ zu, wie sie bereits in den Beschlüssen der beiden letzten DGB-Kreisdelegiertenkonferenzen zum Ausdruck gekommen sei.

In den **Einführungsreferaten** setzten sich Prof. Frank Deppe, Professor für Politikwissenschaft in Marburg, und Reinhard Kuhlmann vom Hauptvorstand der GEW mit den Angriffen auf die Kooperationsbestrebungen zwischen Hochschule und Gewerkschaften auseinander. Sie entlarvten die von der politischen Rechten gebrauchten Schlagworte von der „Wissenschaftsfreiheit“ und vom „Wissenschaftspluralismus“ als ideologische Kampfbegriffe in einer Kampagne zur Zementierung der gegenwärtigen Verhältnisse in Forschung und Lehre. Die herrschende Wissenschaft richte sich vornehmlich an den ökonomischen Bedürfnissen und Interessen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aus, stellte Frank Deppe nach seinem Rückblick auf die antidemokratische Tradition der deutschen Universitäten fest. Dieses Monopol der Unternehmerwissenschaft müsse durchbrochen werden, um auch einer Wissenschaft, die die Interessen der abhängig Beschäftigten zu ihrem Ausgangspunkt macht, Geltung zu verschaffen. Die Kooperationsansätze schlugen eine Bresche in die konservative Kontinuitätslinie der deutschen Universitäten, und von daher erkläre sich auch die Heftigkeit der Angriffe von Seiten der Reaktion. Auch Reinhard Kuhlmann erklärte, daß durch Kooperationsverträge überhaupt erst die Realisationsgrundlage für Wissenschaftsfreiheit geschaffen würde. Kooperationsverträge schränken die wissenschaftliche Forschung nicht ein, sondern machten sie im Gegenteil frei von Kapitalverwertungsinteressen, indem sie fortschrittliche Inhalte absicherten. Eine arbeitnehmerorientierte Wissenschaft erschließe neue Alternativen und führe damit zur Bereicherung des wissenschaftlichen Spektrums. Auch marxistische Wissenschaft und marxistische Wissenschaftler müßten ihren Platz an den Universitäten haben, betonte Kollege Kuhlmann in diesem Zusammenhang.

Diskussion in Arbeitsgruppen

Am Nachmittag diskutierten die Teilnehmer der Veranstaltung in Arbeitsgruppen verschiedene Aspekte des Rahmenthemas. Die Arbeitsgemeinschaft I beschäftigte sich mit dem Zusammenhang von gesellschaftlichen Interessen einerseits und Wissenschaftsentwicklung andererseits sowie den Problemen der Entwicklung von Inhalten und Formen der wissenschaftlichen Arbeit, die den Interessen der Arbeitnehmer und ihrer gewerkschaftlichen Interessenvertretung entsprechen. Kollege Briets vom WSI faßte unter dem Begriff der arbeitnehmerorientierten Wissenschaft eine wissenschaftliche Tätigkeit, die die konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen der lohnabhängigen

Bevölkerung zum Gegenstand ihrer Forschung mache mit dem Ziel, zu ihrer Verbesserung beizutragen. Voraussetzung für die Einbeziehung dieser wissenschaftlichen Ergebnisse in die gewerkschaftliche Praxis sei allerdings ein kontinuierlicher Diskussionsprozeß zwischen diesen Wissenschaftlern und den Gewerkschaften, wie er sich im Rahmen der Kooperationsverträge anbahne.

In der zweiten Arbeitsgruppe wurde nach einer Bestandsaufnahme der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für eine Annäherung von Gewerkschaften und Wissenschaft über die bestehenden Formen und Initiativen zur Kooperation in verschiedenen Hochschulstädten informiert und diskutiert. Die dritte Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit den Widerständen gegen diese Bestrebungen und wies anhand vieler Beispiele auf die Dominanz privatwirtschaftlicher Interessen in Wissenschafts- und Forschungspolitik hin. Auch die staatliche Politik richte sich an Konzerninteressen aus, erklärte André Leisewitz (Frankfurt). So würden z. B. nur 1,4 Prozent der allgemeinen Wissenschaftsförderung für die Erforschung der Möglichkeiten zur Humanisierung der Arbeitswelt ausgegeben, aber 16 Prozent für Kern- und 14 Prozent für Rüstungsforschung. Insgesamt machten „bürgerliche“ Forschungsbereiche wie Gesundheit und Nahverkehr nur kaum mehr als sieben Prozent aus.

Podiumsdiskussion — gewerkschaftsfreundliche Wissenschaft notwendig

In der abschließenden Podiumsdiskussion mit den Professoren Klaus Fritzsche aus Gießen und Reinhard Kühnl aus Marburg sowie mit Christoph Jetter vom DGB-Bildungswerk Hessen und Kurt Johansson vom IG-Metall-Vorstand betonten die Gewerkschafter, daß die Lohnabhängigen und ihre Organisationen angesichts der wachsenden Bedeutung wissenschaftlicher Ergebnisse für die Arbeits- und Lebensbedingungen elementar auf eine arbeitnehmerorientierte Wissenschaft angewiesen seien. Beispielshaft wurde auf die Folgen der Rationalisierungsmaßnahmen für die Arbeiter und Angestellten hingewiesen. Als weitere Beweise für die Notwendigkeit einer gewerkschaftsfreundlichen Wissenschaft wurde die zunehmende „Verwissenschaftlichung“ der Arbeitskonflikte, wie sie sich in Tarifkämpfen zeige oder in den Auseinandersetzungen um Streik und Aussperrung, genannt und die zunehmende Schärfe der ideologischen Auseinandersetzungen. Kollege Johansson verwies in diesem Zusammenhang auf die Bildungsexpansion der Unternehmer und ihrer Verbände und nannte als Beleg die 350 Arbeitskreise Schule/Wirtschaft und die Überschwemmung der Lehrer mit von Unternehmerinstituten zu gesellschaftspolitischen relevanten Fragestellungen ausgearbeiteten Unterrichtsmaterialien.

Kooperation mit der Hochschule könne für den gewerkschaftlichen Kampf hilfreich und nützlich sein, wenn die zur Kooperation bereiten Wissenschaftler mit den grundsätzlichen Zielen der Gewerkschaftsbewegung übereinstimmen, so erklärte Kollege Johansson, und sie diese Positionen in ihre wissenschaftliche Arbeit einbeziehen würden. Kollege Jetter forderte darüber hinaus, daß die gewerkschaftliche Orientierung von Wissenschaftlern auch eigene gewerkschaftliche Arbeit einschließen müsse. Abschließend wurde festgestellt, daß die Verankerung einer arbeitnehmerorientierten Wissenschaft und eines entsprechenden Engagements der Wissenschaftler an den Hochschulen nicht nur eine Frage der theoretischen Auseinandersetzung sei, sondern des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses. Die soziale Realität bringe zwar, wie Prof. Kühnl ausgeführt habe, die Basis für die wechselseitige Annäherung von Gewerkschaften und Hochschule hervor, über den Ausbau dieser sich anbahnenden Kontakte entscheide jedoch die Entwicklung der Klassenaueinandersetzungen. Käthe Gerstung

Anmerkungen:

- 1 In dem Buch „Sozialwissenschaft und Arbeitnehmerinteresse“ (hg. vom BdWi, Sektion Marburg, beim Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1977) findet sich eine umfangreiche Dokumentation dieser Angriffe.
- 2 Die Aktivitäten des Fachbereichs in dieser Richtung sind ebenfalls in dem o. a. Buch dokumentiert.

Thesen zum Referat: Sozialpolitik in der Krise

Am 23. und 24. April 1977 wurde in Frankfurt am Main von der Zeitschrift NACHRICHTEN das Arbeiterseminar '77 unter dem Thema „Sozialpolitik in der Krise – Sicherung und Ausbau sozialer Rechte und Leistungen durchgeführt (siehe Artikel Seite 31). Das Referat sowie die wesentlichen Diskussionsbeiträge werden bis August im NACHRICHTEN-Verlag als Buch herausgebracht. Wir veröffentlichen nachfolgend die Thesen zum Referat von Arthur Böpple.

Die Beratungen des Arbeiterseminars sollen sich auf einige Schwerpunkte konzentrieren, die gegenwärtig im Mittelpunkt der sozialen und sozialpolitischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik und im Mittelpunkt der sozialen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Rentner stehen. Das Arbeiterseminar '77 kann sich nicht die Aufgabe stellen, den gesamten Komplex der Sozialpolitik im umfassenden Sinne und die damit zusammenhängenden Fragen wie Lohn-, Berufs-, Fortbildungs- und Vermögenspolitik zu behandeln.

1.

Wir erleben gegenwärtig einen zugespitzten Angriff der Unternehmer sowie der Bundesregierung auf den von der Arbeiterklasse erkämpften sozialen Besitzstand. Seit mehr als zwei Jahren gibt es in unserem Lande im Durchschnitt mehr als eine Million offiziell registrierte Arbeitslose und Hunderttausende Kurzarbeiter. Statt „sozialer Reformpolitik“ wird im Bund und in den Ländern eine Politik des sozialen Abbaus betrieben. Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit verschlechtern die Kampfpositionen der gesamten arbeitenden Bevölkerung, vor allem aber die Lebenslage der unmittelbar betroffenen Arbeiter und Angestellten. Die Reallohne stagnieren und beginnen bereits zu sinken, während auf der anderen Seite eine Gewinnexplosion stattfindet.

Der Angriff auf die sozialen Leistungen ist Bestandteil einer umfassenden strategischen Konzeption der Unternehmervverbände und der Bundesregierung, die Verteilungsverhältnisse grundlegend zugunsten der Unternehmer zu verändern. Soziale Leistungen werden eingefroren und abgebaut bzw. auf die Solidargemeinschaft verlagert. Die Ziele der sozialreaktionären Kräfte sind jedoch noch weitergesteckt. Es ist damit zu rechnen, daß neue, noch schwerere Angriffe auf den sozialen Besitzstand erfolgen. Vor allem das Solidarprinzip in der Sozialversicherung soll durchbrochen werden.

2.

Die seit der großen Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 bisher schwerste und am tiefsten gehende Krise der kapitalistischen Wirtschaft hat alle Widersprüche und Gebrechen des Systems verschärft. Die tiefe Krise ist jedoch nicht nur konjunkturell bedingt, sie hat längerfristig wirkende Ursachen. Sie hat den Manövrierspielraum der Unternehmer und des Staates eingeengt. Die Ausdehnung des Unternehmergewinns und des parasitären Staatsverbrauchs, wie der Rüstung, sind gegenwärtig ohne stärkere Belastung der arbeitenden Bevölkerung und Einschränkung der sozialen Leistungen nicht mehr möglich. Der Unternehmersdoppelpräsident Schleyer gab mit seiner Forderung nach einer sozialen Entschlackungskur das Signal zu dem seit langem geplanten Angriff.

3.

Entstehung und Entwicklung der Sozialpolitik im Kapitalismus sind nicht das Resultat sozialer Einsichten und sozialer Verantwortung der herrschenden Klasse, sondern Ergebnis der Kämpfe der Arbeiterklasse, der Entwicklung ihrer Bedürfnisse, steigender Arbeitsproduktivität und des Bestrebens der herrschenden Klasse, soziale Unruhequellen im Interesse der Systemsicherung abzubauen. Niemals ist den Arbeitern und An-

gestellten etwas geschenkt worden: seien es die Bismarckschen Sozialgesetze, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder auch die durchgesetzten Arbeitszeitverkürzungen. Zugleich werden alle Erfolge der Arbeiterklasse stets von den Herrschenden genutzt, um den Geist und die Praxis der Sozialpartnerschaft zu fördern und sie in das kapitalistische System zu integrieren.

4.

Einpeitscher der sozialen Demontage sind die reaktionären Kräfte des Großkapitals und seiner Unternehmervverbände sowie der von ihnen getragenen Parteien. CDU/CSU und FDP erweisen sich als offene Sachwalter der Interessen der großen Unternehmer. Auch die entscheidenden Kräfte in der SPD lassen sich bei allen grundsätzlichen Entscheidungen nicht von den Interessen des arbeitenden Volkes leiten, sondern stehen auf der Seite der Kapitalbesitzer.

Die sozialreaktionären Kräfte versuchen, ihre Angriffe auf das soziale Leistungsrecht mit der Behauptung zu rechtfertigen, daß die „Grenzen des Sozialstaates“ angeblich erreicht oder gar schon überschritten seien. Das ist die Propaganda-These derer, die von jeher jeden sozialen Fortschritt, jede Verbesserung der sozialen Rechte und Leistungen verhindern wollten. Nicht die „Grenzen des Sozialstaates“ sind erreicht, sondern die Grenzen des Kapitalismus werden sichtbar, der von seinen Anhängern als „soziale Marktwirtschaft“ deklariert wird. Unter kapitalistischen Bedingungen kann es für die arbeitenden Menschen keine umfassende, dauerhafte und stabile soziale Sicherung geben. Eine krisenfreie Entwicklung setzt demokratische Planung und Vergesellschaftung der entscheidenden Produktionsmittel voraus. Aus diesem Grunde gibt es in der DDR keine Krisen, keine Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, keinen Lehrstellenmangel und keinen Numerus clausus sowie keine inflationäre Teuerung. Die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften sollten die positiven Erfahrungen der Gewerkschaften der DDR auf diesem Gebiet für ihren Kampf nutzen.

5.

Die Interessen der Arbeiter und Angestellten sind darauf gerichtet, soziale Rechte und Leistungen auszubauen. Eine große Aufgabe kommt hierbei den Gewerkschaften zu. Die Gewerkschaften kämpfen für den sozialen Fortschritt und sind bisher jeder sozialen Verschlechterung entgegengetreten. Es widerspricht ihren im Grundsatzprogramm formulierten Zielen und ihrem sozialen Auftrag – dies wurde auch in zahlreichen Beschlüssen des DGB und seiner Gewerkschaften sowie in den Prüfsteinen und Erklärungen des DGB-Bundesvorstandes zur Bundestagswahl 1976 niedergelegt –, bei der Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiter, Angestellten und Rentner mitzuwirken. Es ist eine erstrangige Aufgabe der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, dem Auftrag des Grundgesetzes zu folgen und den bereits erkämpften sozialen Besitzstand zu verteidigen und auszubauen sowie den demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen.

6.

Das Recht auf Arbeit und Ausbildung muß im Grundgesetz verankert und verwirklicht werden. Der Kündigungsschutz ist zu verbessern. Massenentlassungen sind zu verbieten. Durch Verkürzung der Lebens-, Jahres- und Wochenarbeitszeit – vor allem die Verwirklichung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, die Verlängerung des Urlaubs auf 6 Wochen, die Herabsetzung der allgemeinen Altersgrenze auf 60 Jahre ohne Rentenminderung, die Einführung des 10. Pflichtschuljahres – ist der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Durch die verstärkte Förderung des sozialen Wohnungsbaus, den Ausbau von Bildungs- und Sozialeinrichtungen, des öffentlichen und betrieblichen Gesundheitswesens und des Nahverkehrs sowie die Erteilung beschäftigungspolitischer Aufgaben bei öffentlichen Aufträgen sind für Arbeiter und Angestellte, Lehrer und Akademiker neue Arbeitsplätze zu schaffen. Vor allem die Großunternehmen, die öffentlichen Verwaltungen

und Betriebe sind zu verpflichten, die Ausbildungsquote entsprechend den Vorschlägen der Gewerkschaften zu erhöhen. Solange dies nicht erreicht werden kann, ist es erforderlich, Arbeitslose und Kurzarbeiter sozial besser zu sichern. Das Arbeitslosengeld ist unbefristet zu zahlen und die Arbeitslosenunterstützungen sind schrittweise zu erhöhen.

7.

Die Stärkung der Massenkaukraft durch Steigerung der Löhne und Gehälter, Renten und anderer Sozialleistungen ist ein wichtiger Beitrag zur Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die aktive Lohn- und Gehaltspolitik der Gewerkschaften hat darum gerade jetzt eine enorme gesellschaftspolitische Bedeutung. Sie geht weit über die Erhaltung und Verbesserung des Lebensstandards für den einzelnen Arbeiter und Angestellten hinaus. Kräftig steigende Arbeitsdienste und Renten helfen nicht nur, die Arbeitslosigkeit zu verringern, sondern sind auch ein Beitrag zur finanziellen Konsolidierung der Sozialversicherung.

8.

Alle Pläne zum Abbau der Renten sind zu stoppen und rückgängig zu machen. Die bruttolohnbezogene Anpassung der Renten muß beibehalten werden. Sie ist durch die Festlegung von DM-Mindesterhöhungsbeträgen zugunsten der Kleinrentner sozialer zu gestalten. Nach einem erfüllten Arbeitsleben müssen auch Arbeiter und Angestellte 75 Prozent des Arbeitsverdienstes als Rente erhalten. Die Berechnung der Frauenrenten ist zu verbessern. Eine weitere Beitragserhöhung für die Arbeiter und Angestellten ist abzulehnen. Für die durch Beitragsausfall erlittenen hohen Krisenverluste muß der Staat der Renten- und Krankenversicherung einen Ausgleich zahlen. Der Anteil der Staates an der Finanzierung der Renten, der in den vergangenen zwei Jahrzehnten stark zurückgegangen ist, muß schrittweise wieder auf ein Drittel erhöht werden. Die Leistungen der Krankenversicherung sind zu erhalten und auszubauen. Der Krankenversicherung sind alle Ausgaben für die vom Staat beschlossenen Fremdausgaben voll zu erstatten.

9.

Die übermäßigen Gewinne und Einkommen im Gesundheitswesen, vor allem bei der Herstellung und dem Vertrieb von Arzneimitteln, medizinisch-technischen Apparaturen und Ausstattungen, aber auch einiger Ärzegruppen, sind abzubauen. Durch eine Reform des Honorarsystems ist die Überbewertung medizinisch-technischer Leistungen zu beseitigen. Der Anteil der öffentlichen Hand an den Krankenhauskosten ist wieder zu erhöhen. Jede direkte Beteiligung an den Krankheitskosten ist abzulehnen. Die Gesundheitsvorsorge am Arbeitsplatz und die Früherkennung müssen ausgebaut und die gesundheitliche Betreuung der arbeitenden Bevölkerung durch Integration der ambulanten und stationären Behandlung, Einbeziehung der Kliniken in die ambulante Behandlung, Entwicklung von Polikliniken, Ambulatorien und medizinisch-technischen Zentren, ein einheitlicher sozialmedizinischer Dienst müssen das Gesundheitswesen verbessern und damit zugleich rationaler und kostengünstiger gestalten. Eine unerläßliche Voraussetzung für eine moderne Sozialpolitik, die den Bedürfnissen der Arbeiter und Angestellten entspricht, ist das Fortbestehen des Solidarprinzips.

10.

Das Kindergeld, die Sozialhilferegelsätze, das Wohngeld und BAFöG sind jährlich anzupassen. Das Wohngeldgesetz ist so zu verbessern, daß die Mietobergrenzen die im öffentlich geförderten Wohnungsbau zu zahlende Miete voll abdecken. Die Sozialhilfe darf nicht eingeschränkt, sondern muß ausgebaut werden. Ebenso ist die Kriegsoferfürsorge entsprechend den Forderungen der Kriegsoferverbände weiter zu entwickeln. Bei der Ausbildungsförderung (BAFöG) sind der Förderungshöchstbetrag und der Einkommenshöchstbetrag beim Elterneinkommen entsprechend den gewerkschaftlichen und studentischen Forderungen zu erhöhen. Der Mutterschutz, die soziale

Sicherung der Frau und die soziale und gesundheitliche Betreuung der älteren Mitbürger müssen verbessert werden. Die durch das Haushaltsstrukturgesetz und andere unsoziale Sparmaßnahmen bereits erfolgten Einschränkungen von Sozialleistungen sind rückgängig zu machen.

11.

Die Belastungen der Versicherten durch soziale Abgaben steigen laufend. Mehr als 16 Prozent des Bruttoeinkommens werden zur Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung abgeführt. Eine weitere Erhöhung ist abzulehnen. Eine moderne Sozialpolitik, die beträchtliche Mittel erfordert, macht eine grundlegende Veränderung der politischen Prioritäten notwendig. Es ist zugleich erforderlich, solche grundlegenden Reformen durchzusetzen, die ein hohes und dauerhaftes wirtschaftliches Wachstum garantieren. Alle Hemmnisse sind zu beseitigen, die einer schnellen Entwicklung der Produktivkräfte entgegenstehen, die die Beschäftigung der Arbeitslosen verhindern und damit auch die Möglichkeit, den gesellschaftlichen Reichtum in einem Tempo zu mehren, der es ermöglichen würde, den Lebensstandard allseitig zu verbessern.

Der Staat (Bund, Länder und Gemeinden) können nur dann ihren sozialpolitischen Verpflichtungen, den grundgesetzlichen Auftrag zur Verwirklichung des sozialen Rechtsstaats erfüllen, wenn in der Steuer- und Haushaltspolitik ebenfalls neue Schwerpunkte gesetzt werden. Die hohen Gewinne, Einkommen und Vermögen müssen höher besteuert, jede Steuerflucht und die Wirtschaftskriminalität müssen unterbunden werden. Konzerne und Banken dürfen keine Steuergeschenke und Subventionen erhalten. Die Mehrwert- und andere Verbrauchssteuern dürfen nicht erhöht werden.

12.

Die hier aufgeworfenen Probleme und ihre Lösung können nicht unabhängig von den in der Bundesrepublik gegenwärtig existierenden gesellschaftlichen Verhältnissen betrachtet werden. Ohne einen grundlegenden politischen Kurswechsel, ohne die Zurückdrängung der Macht der großen Unternehmen, ohne eine grundlegende Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist eine umfassende Verbesserung der sozialen Sicherung nicht möglich, kann die soziale Sicherheit dauerhaft und stabil nicht verwirklicht werden.

Eine an den Interessen der Arbeiter und Angestellten orientierte Sozialpolitik muß eingebettet sein in den Rahmen einer gegen das Großkapital gerichteten Strategie, denn ohne demokratische Mitbestimmung auf allen Ebenen, Planung und Verstaatlichung der entscheidenden Produktions- und Kreditmittel, ohne eine neue politische Orientierung werden die Angriffe auf den sozialen Besitzstand noch zunehmen. So notwendig der Kampf um eine grundlegende demokratische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft ist, so wäre es jedoch falsch, die Beseitigung des Kapitalismus als die Vorbereitung für den Kampf um bessere soziale Sicherung heute zu sehen. Durch den Kampf zur Verteidigung des Erreichten und für seine Verbesserung werden auch Voraussetzungen für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen geschaffen.

13.

Verteidigung und Ausbau der sozialen Sicherung war, ist und bleibt eine zentrale Aufgabe für die gesamte Arbeiterbewegung, vor allem für die Gewerkschaften und die Sozialverbände. In der Sozialpolitik spielen gesetzliche Regelungen eine große Rolle. Doch auch der tarifpolitische Kampf der Gewerkschaften hat bei der Durchsetzung sozialer Verbesserungen eine erhebliche Bedeutung. In der gegenwärtigen zugespitzten Auseinandersetzung werden die Gewerkschaften und Sozialverbände nur dann erfolgreich den sozialen Besitzstand der Arbeiter, Angestellten und Rentner verteidigen und wiederherstellen und notwendige Verbesserungen der sozialen Rechte und Leistungen durchsetzen können, wenn dieser Kampf konsequent geführt und die Mitgliedschaft dafür mobilisiert wird.

Rüstungsexporte

In einem Grundsatzbeschluss hat der Beirat der IG Metall – das zwischen den Gewerkschaftstagen höchste Gremium dieser Organisation – am 12. April 1977 die ablehnende Haltung der IG Metall zur Ausweitung von Rüstungsexporten bekräftigt. Wir veröffentlichen nachstehend die Stellungnahme leicht gekürzt.

1. Gewerkschaftliche Position zur Frage der Rüstungsexporte

Nach einem Beschluss des Bundeskabinetts dürfen Rüstungsgüter gegenwärtig grundsätzlich nur in Nato-Mitgliedstaaten sowie nach Australien, Neuseeland, Schweden und in die Schweiz exportiert werden. Die Haltung von DGB und IG Metall zu dieser Beschränkung der bundesdeutschen Rüstungsexporte ist seit jeher ganz eindeutig gewesen. Die Beschlüsse beider Organisationen (insbesondere A 7 auf dem 9. ordentlichen DGB-Bundeskongress, A 20 auf dem 10. ordentlichen DGB-Bundeskongress, die Entschließung 2 und 3 auf dem 10. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall die Entschließung 6 auf dem 11. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall) verpflichten sie, auf der einen Seite gegen alles das einzutreten, was die Spannungen in irgendeinem Teil der Welt erhöhen könnte, auf der anderen Seite alle Bemühungen zu unterstützen, die darauf abzielen, im Rahmen einer konsequenten Entspannungspolitik die Rüstungsausgaben zu vermindern.

Gewählte Gremien und Repräsentanten der IG Metall haben diese Haltung niemals in Zweifel gezogen, sondern sie wiederholt bekräftigt. Die lobbyistische Tätigkeit verschiedener in der IG Metall organisierter Betriebsräte von mit Rüstungsproduktion beschäftigten Unternehmen ist von geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern eindeutig verurteilt und als im Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Beschlüssen stehend gekennzeichnet worden.

2. Zur Begründung der gewerkschaftlichen Position

Die Rüstungsindustrie in der BRD ist insbesondere wegen der beschränkten Exportmöglichkeiten von relativ geringer Bedeutung. Die von 1970–1976 in den jeweiligen Haushaltsplänen des Bundes für die Beschaffung von Rüstungsgütern sowie militärische Forschung, Entwicklung und Erprobung ausgewiesenen Mittel belaufen sich auf insgesamt 43,6 Mrd. DM. Unter Berücksichtigung der Im- und Exporte ergibt sich, daß der Produktionswert der in der BRD produzierten Rüstungsgüter (einschließlich Forschung, Entwicklung und Erprobung) kaum mehr als 0,5 v. H. des Bruttosozialprodukts ausmacht. Geht man von einem in etwa gleichen Anteil an den Beschäftigten aus, so liegt die Zahl der direkt mit der Rüstungsproduktion beschäftigten Arbeitnehmer auf jeden Fall unter 150 000.

Die im folgenden zusammengestellten Fakten und Argumente zeigen, daß schon bei mittelfristiger Betrachtung das Eintreten für die Lockerung der Exportbeschränkungen den Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen zuwiderläuft:

- Bei der gewünschten Lockerung muß davon ausgegangen werden, daß sie zu Kapazitätserweiterungen Anlaß gibt. Das würde auch gelten bei einer Beschränkung auf „Füllaufträge“, da die zeitliche Abstimmung von Auslandsaufträgen dieser Art mit den nationalen Finanzierungslücken in der Beschaffung von Verteidigungsgütern praktisch völlig ausgeschlossen ist.
- Erweiterte Kapazitäten für die Produktion von Rüstungsgütern bringen die Regierung in verstärkte Abhängigkeit von der Auslastung dieser Kapazitäten. Außenpolitisch wird dadurch die internationale Handlungsfähigkeit der Regierung potentiell gefährdet, innenpolitisch engt der Zwang zur Auslastung von Rüstungskapazitäten den Spielraum für konsequente Reformpolitik ein.
- Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie sind durch die An-

strengungen zur Begrenzung strategischer Waffen und zur Truppenreduzierung, die von seiten der Gewerkschaften nachdrücklich unterstützt werden, längerfristig gefährdet. Auch kurz- und mittelfristig ist wegen der besonderen Struktur des internationalen Nachfragemarktes eine kontinuierliche Auslastung dieser Kapazitäten kaum möglich; zahlreiche internationale Beispiele, insbesondere in den USA, machen dies deutlich.

– Auch gesamtwirtschaftlich und außenhandelspolitisch ist die Ausweitung der Rüstungsexporte negativ zu beurteilen. Verstärkte Rüstungsexporte gefährden indirekt Arbeitsplätze im Bereich des zivilen Exports. Eine spürbare Ausweitung der bundesdeutschen Rüstungsexporte würde zu einer weiteren Störung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts führen. Neben den wechselseitigen politischen Auswirkungen könnte dadurch auch die Gefahr handelspolitischer Abwehrmaßnahmen anderer Länder auch im zivilen Bereich verstärkt werden.

3. Zur positiven Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Position

Im Interesse der betroffenen Kollegen ist nach Möglichkeiten zu suchen, wie die Gefährdung ihrer Arbeitsplätze im Rahmen der Rüstungsindustrie insgesamt, sowie durch die ungleichmäßige Auftragsvergabe speziell gemindert werden kann. Dabei sind folgende Überlegungen von besonderer Bedeutung:

- Wo Arbeitsplätze durch heimische Rüstungsaufträge existieren, sind die starken Schwankungen der inländischen Rüstungsnachfrage, die oftmals als Argument für die Lockerung der Exportbeschränkungen herangezogen werden, durch längerfristig gültige Kapazitätsplanungen für Forschung, Entwicklung und Produktion in Zukunft zu vermeiden.
- Durch staatliche Auflagen sollte die überwiegende Abhängigkeit einzelner Unternehmen von der Rüstungsproduktion vermieden werden. Die Erfahrung hat gezeigt, daß diejenigen Unternehmen, die einen nennenswerten Anteil ziviler Produktion neben der Rüstungsproduktion aufrechterhalten, wesentlich besser in der Lage sind, Beschäftigungsschwankungen im Rüstungsbereich auszugleichen. Dies gilt insbesondere für die Unternehmen der Luft- und Raumfahrtindustrie, bei denen die Abhängigkeit von der Rüstungsproduktion mit Abstand am stärksten ist.

– Arbeitsplätze in Rüstungsindustrien liegen zum großen Teil in Produktionsbereichen mit hochqualifizierter Technologie. Der teilweise Abbau der Rüstungsproduktion im Rahmen einer Entspannungspolitik würde Mittel für andere Bereiche staatlicher Nachfrage frei machen. Öffentlicher Bedarf in Bereichen hochentwickelter Technologien ist im zu erwartenden Umfang der notwendigen Umstrukturierung zweifellos vorhanden (z. B. Umweltschutztechnologie, Kommunikationstechnologien). In Verbindung mit der zunehmenden privaten Nachfrage nach technisch hochstehenden Produkten bietet daher die allmähliche Umstellung von militärischer auf zivile Produktion in der BRD keine unüberwindlichen Probleme.

Der Standpunkt der IG Metall läßt sich zusammenfassend wie folgt formulieren:

Die IG Metall wendet sich aus politisch-moralischen, ökonomischen und sozialen Gründen gegen eine Lockerung der Exportbeschränkungen für Rüstungsgüter. Sie setzt sich auf der anderen Seite im Interesse der organisierten Kollegen dafür ein, daß die Gefährdung der Arbeitsplätze in den Rüstungsproduzierenden Unternehmen auf das mögliche Mindestmaß reduziert wird. Kurzfristige konjunkturelle Probleme dürfen aber nicht in der Weise gelöst werden, daß dadurch langfristige Nachteile auch für die Arbeitnehmer entstehen.

Der gewerkschaftliche Einsatz für die Sicherung von Arbeitsplätzen im Rüstungsbereich kann nur glaubhaft vertreten werden, wenn im politischen Raum die gewerkschaftliche Unterstützung aller Bestrebungen für eine konsequente Abrüstung im Zuge der weltweiten Entspannung außerhalb jeden Zweifels steht. Die IG Metall unterstreicht deshalb nachdrücklich ihre positive Haltung gegenüber allen Bestrebungen und Maßnahmen, die auf dieses Ziel gerichtet sind.

DPG-Jugend zieht Bilanz

Vom 19. bis 21. Mai wird in Böblingen die 12. Bundesjugendkonferenz der DPG stattfinden. Die Delegierten – sie vertreten die im Jugendbereich drittstärkste DGB-Gewerkschaft mit fast 90 000 Mitgliedern – können auf eine stolze Bilanz geleisteter Arbeit zurückblicken. Im Zusammenhang mit den Massenaktivitäten für bessere Ausbildung hat die DPG-Jugend 1975 ihre Aktion „Macht Stifte mit Köpfen“ durchgeführt. In allen größeren Städten der Bundesrepublik, in und vor den Ämtern, wurde über die Forderungen der DPG zur Berufsausbildung informiert, mit Veranstaltungen und Demonstrationen wurde der nötige Druck erzeugt. Hierbei gelang es, sehr viele Kollegen in die Arbeit der DPG-Jugend einzubeziehen und vielfältige kulturelle Möglichkeiten zu nutzen.

Erfolg der Aktion: Das Bundespostministerium machte Angebote für Einführung anerkannter Ausbildungsberufe im Bereich der Angestellten und der im nichttechnischen Bereich Beschäftigten. Fortgesetzt wurde die Aktionstätigkeit 1976 mit „Mehr Stifte mit Köpfen“. Hier wurde das Zurückhalten von Ausbildungsplätzen durch das Postministerium von der DPG-Jugend verurteilt. Mehr als 40 000 Unterschriften wurden unter die Forderungen gesetzt. Erfolg: Die Bereitstellung von 2096 zusätzlichen Ausbildungsstellen konnte erkämpft werden.

Die Delegierten der Jugendkonferenz werden in der weiteren Arbeit an diese Erfolge anknüpfen können. Viele Probleme müssen noch gelöst werden:

- Zahlreiche junge Fernmeldehandwerker müssen nach der Lehre – wollen sie bei der Post bleiben – erst einmal längere Zeit Briefe austragen. Wenn es nach dem Willen des Ministers Gscheidle geht, sollen künftig sogar generell die jungen Handwerker nach der Lehre auf die Straße gesetzt werden.

– Rationalisierungsmaßnahmen werden immer weiter vorangetrieben und dadurch Tausende von Arbeits- und Ausbildungsplätzen bedroht.

- Die verfassungswidrigen Berufsverbote werden auch bei der Post angewandt.

Zu all diesen Problemen erwarten die Jugendlichen bei der Post klare Orientierungen von der Bundesjugendkonferenz. Die Überlegungen vieler Bezirksjugendkonferenzen der DPG, von der Bundesjugendkonferenz aus auf zentrale Maßnahmen der DPG gegen arbeitfeindliche Rationalisierung hinzusteuern und den Kampf um mehr qualifizierte Arbeitsplätze und die Weiterbeschäftigung nach der Lehre weiterzuentwickeln, entspricht sicher diesen Erwartungen.

Leserbrief

Jugendvertreter-Zuständigkeit

Sollen alle Auszubildenden, auch wenn sie das 18. Lebensjahr bereits überschritten haben, unter der Zuständigkeit der Jugendvertretung fallen, ist die Frage, die heute in vielen Betrieben und Gewerkschaftsjugendveranstaltungen diskutiert wird, NACHRICHTEN erhielten dazu nachfolgende Zuschrift.

In den letzten Jahren ist durch längeren Schulbesuch, höherer Allgemeinbildung bei Ausbildungsantritt, Besuch von berufsvorbereitenden Maßnahmen allgemein das Eintrittsalter in die Berufsausbildung gestiegen. Während es vor 5 oder 10 Jahren noch durchschnittlich bei etwa 15 Jahren gelegen haben dürfte, ist es heute keine Seltenheit mehr, daß Jugendliche mit 18 oder 19 Jahren eine Ausbildung beginnen.

Das hat die Betriebsjugendvertretungen vor eine Reihe von Problemen gestellt. Zu Jugendversammlungen werden in den meisten Großbetrieben nur noch die bis zu 18jährigen Auszubildenden und Jugendlichen zugelassen, das ist in der Regel noch höchstens ein Drittel aller Auszubildenden. Die Jugendvertretung (JV), die sich traditionell im wesentlichen um Fragen der Ausbildung bemüht, also von der Tätigkeit her neben der Vertretung der Interessen der bis zu 18 Jahre alten Auszubildenden schon immer eine Art Vertretung aller Auszubildenden gewesen ist, wird dadurch zunehmend in ihrer Interessenvertretung eingeschränkt.

Nicht nur die Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten von Jugendvertretern spricht dafür, den Zuständigkeitsbereich von JV zu erweitern. Es ist grundsätzlich festzustellen, daß neben

den Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr, als heranwachsende noch nicht mündige junge Menschen die unter das Jugendarbeitsschutzgesetz fallen, gerade die Auszubildenden in einer Situation sind, die sie zur Arbeiterklasse zugehörig macht, aber von allen anderen Beschäftigten des Betriebes darin unterscheidet, daß sie ihre Arbeitskraft zu den besonderen Bedingungen der Qualifikation verkaufen. Neben den bis zu 18jährigen befinden sich daher die Auszubildenden in der Situation des Heranwachsenden in den Produktionsprozeß.

Diese Argumente rechtfertigen die Überlegung, daß man die Zuständigkeit der Jugendvertretung auf alle Jugendlichen bis 18 Jahren und auf alle Auszubildenden in der Erstausbildung ausdehnen sollte. Praktisch würde das so aussehen, daß alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr und alle Auszubildenden einer Firma die JV wählen und daher nicht wahlberechtigt für den Betriebsrat sind.

Es ist darauf hinzuweisen, daß eine solche Erweiterung der Jugendvertreterzuständigkeit keineswegs einen Ausbau der Gruppenrechte nach dem BetrVG, der abzulehnen wäre, bedeutet; denn Jugendliche bzw. Auszubildende sind nicht mit unterschiedlichen Beschäftigungsgruppen wie Arbeiter, Angestellte und Beamte vergleichbar.

Politisch wichtig für die Klassenbewußten Kräfte ist die Tatsache, daß die Angriffe von seiten der Unternehmer gegen Jugendvertreterrechte, angefangen bei der bis vor kurzem üblichen Nichtübernahme nach der Ausbildung bis hin zur Behinderung von Jugendversammlungen sich immer gegen konsequent auftretende Jugendvertreter gerichtet haben, die in der Mehrzahl auch als Vertreter der Jugend im Betriebsrat eine sehr positive Rolle spielen. Insgesamt kann festgestellt werden, daß die gewerkschaftlichen aktiven JV immer auch die mobilisierenden Kräfte in den Betrieben sind. Wollte man die Zuständigkeit der JV bei den Jugendlichen bis 18 belassen und die altersmäßig veränderte Zusammensetzung der Auszubildenden außer acht lassen, hätte das eine ständig geringer werdende Zahl von JV zur Folge. Wichtig ist außerdem, daß von vielen Jugendlichen, die als Auszubildende über 18 Jahre sind, beispielsweise die Teilnahme an Jugendversammlungen verlangt wird. In einigen Betrieben konnte per Betriebsvereinbarung durchgesetzt werden, daß alle Jugendlichen an den Jugendversammlungen teilnehmen können.

9. Bundesfrauenkonferenz

Am 2. und 3. Juni 1977 führt der DGB in der Kongreßhalle in Saarbrücken seine 9. Bundesfrauenkonferenz durch. Sie steht unter dem Motto: „DGB Frauen – gleichberechtigte Arbeitnehmer – keine industrielle Reservearmee“. Das Hauptreferat hält die stellvertretende DGB-Vorsitzende Maria Weber. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Leiterin des Referates Internationale Sozialpolitik beim DGB-Bundesvorstand spricht zu dem Thema: „Integrierte Beschäftigungspolitik – Herausforderung für die Zukunft. 225 Delegierte werden die Interessen der insgesamt 1 353 958 weiblichen Mitglieder aus den DGB-Gewerkschaften vertreten. 91 Anträge und 17 Entschließungen liegen zur Beratung vor. Zahlreiche Gäste des In- und Auslandes haben ihre Teilnahme zugesagt.

„Sozialistische Internationale“ umarmt die Gewerkschaften

Kurz und bündig steht es in den „Internationalen Gewerkschaftsnachrichten“ des IBFG vom 18. April 1977: „Der Präsident der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt, besuchte am 4. April das Hauptbüro des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften in Brüssel und hatte dort Diskussionen über einen weiten Bereich von Fragen, die beide Organisationen interessieren, mit Generalsekretär Otto Kersten und seinem Stellvertreter John Vanderveken.“ Ende der Meldung. Nichts Besonderes?

Es fällt auf, daß sich die Informationen über gemeinsame Beratungen und Veranstaltungen der Sozialistischen Internationale und dem IBFG häufen. Der letzte Versuch einer globalen Abstimmung von sozialdemokratisch/sozialistischer und gewerkschaftlicher Politik, vor allem in Europa, hatte am 2. und 3. April unmittelbar vor dem Brandt-Besuch in der IBFG-Zentrale in der norwegischen Hauptstadt Oslo stattgefunden. Dabei ging es vor allem um Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Alle führenden Köpfe sozialdemokratisch-sozialistischer Politik wie Schmidt, Brandt, Palme, Joergensen, Callaghan, Soares, Kreisky und andere waren anwesend. Ebenso auch IBFG-Generalsekretär Kersten und DGB-Vorsitzender Vetter, auch in seiner Eigenschaft als Präsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes.

Im letzten halben Jahr gab es mindestens ein halbes Dutzend solcher und ähnlicher Veranstaltungen, bei denen wechselseitig mal die Initiative von der Sozialistischen Internationale, mal vom IBFG ausging, wobei in der Regel auch der EGB durch H. O. Vetter vertreten war und damit der DGB.

Ganz stolz schrieb der Chefredakteur der „Welt der Arbeit“, Klaus Jelonnek, am 3. Dezember 1976 nach der Genfer Tagung der Sozialistischen Internationale, auf der Kersten den IBFG repräsentiert hatte: „Die deutschen Gewerkschaften wie die deutschen Sozialdemokraten müssen doch tüchtige Leute sein. Gleich an drei Fronten stehen sie an der Spitze großer internationaler Organisationen: Heinz Oskar Vetter ist Präsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), Otto Kersten Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) — und nun kommt Willy Brandt als Chef der Sozialistischen Internationale (SI).“

Alle drei sind nicht nur Deutsche, sie sind auch prominente Sozialdemokraten. Es ist bekannt, daß die SPD-Führung und namentlich Willy Brandt seit einigen Jahren bemüht ist, die Politik der sozialdemokratischen/sozialistischen Parteien vor allem in Europa auf

einen möglichst gemeinsamen Nenner zu bringen. Dabei geht es im wesentlichen darum, nach den Konzeptionen von Brandt/Schmidt/Wehner kapitalistische Systemsicherung unter verschärften Krisenbedingungen zu betreiben. Man bedient sich dabei des Antikommunismus, speziell der Verteufelung der Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteien in Westeuropa (Stimmungsmache gegen „Volksfront“-politik). Wirtschafts- und sozialpolitisch wird versucht, auch in anderen Ländern besänftigend zu wirken und die Kämpfe für die eigenen Interessen abzuwehren und ihnen das „Modell Deutschland“ aufzudrängen.

Unter diesem Aspekt der SI-Strategie ist es kaum denkbar, daß die zu beobachtende engere Anlehnung von IBFG und EGB an die Sozialistische Internationale zur Stärkung der Gewerkschaftsbewegung beitragen kann. Schließlich ist auch in der Bundesrepublik selbst zu beobachten, wie sozialdemokratische Spitzenpolitiker immer wieder versuchen — mal mit Druck, mal mit Umarmung —, aus den unabhängigen Einheitsgewerkschaften sozialdemokratische Richtungsgewerkschaften zu machen. Immer wieder liefern sie dadurch der CDU/CSU Anlaß zu demagogischen Ausfällen gegen den DGB und seine Gewerkschaften.

Zwar hat das DGB-Organ „Welt der Arbeit“ über die Osloer gemeinsame Konferenz von sozialdemokratischen/sozialistischen Parteien und Gewerkschaften berichtet, jedoch fand sich über die vier Wochen zuvor in Genf durchgeführte gemeinsame Beratung aller europäischen Gewerkschaftsbünde aus West und Ost kein Wort der Berichterstattung. Was offenbar nicht gefällt, wird den Mitgliedern auch nicht mitgeteilt. Ist das schon eine Auswirkung der Umarmungsversuche durch die Sozialistische Internationale? Etwas mehr Distanz von politischen Parteien, auch ihren internationalen Vereinigungen würde nicht nur dem Unabhängigkeitspostulat des DGB-Grundsatzprogramms, sondern ebenso dem politischen Standort der übergroßen Mehrheit der Mitglieder in den Gewerkschaften entsprechen. Gerd Siebert

IG Metall gegen Rüstungsexport

Dem Beschluß des Beirats der IG Metall vom 12. April 1977 gegen den Export von Rüstungsgütern kommt aus gewerkschaftspolitischer Sicht große Bedeutung bei. Der Beirat bekräftigt noch einmal die prinzipielle Haltung der letzten Gewerkschaftstage, alles zu tun, um zu verhindern, daß die Spannungen erhöht werden und alle Bemühungen zu unterstützen, daß im Rahmen einer konsequenten Entspannungspolitik die Rüstungsausgaben vermindert werden (Siehe auch S. 24).

Der Beirat wendet sich gegen die lobbyistische Tätigkeit verschiedener in der IG Metall organisierter Betriebsräte von mit Rüstungsproduktion beschäftigten Unternehmen. 16 Betriebsratsvorsitzende bzw. stellvertretende Betriebsratsvorsitzende hatten der Bundesregierung ein Papier übergeben, in dem gefordert wird, „Füllaufträge aus Nichtspannungsgebieten“ zuzulassen, „wobei der Begriff ‚Nichtspannungsgebiet‘ nicht mehr so eng ausgelegt werden dürfte wie in der Vergangenheit“. Ihre Haltung, stellte der Beirat fest, stehe im Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Beschlüssen. Die IG Metall bezieht die Produktion von Rüstungsgütern im engeren Sinn auf kaum mehr als ein halbes Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In ihr würden weniger als 150 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. In der Rüstungsproduktion im weiteren Sinne arbeiten selbstverständlich weitaus mehr.

Der Beirat bringt eine Fülle von Argumenten, die gegen die Ausweitung des Rüstungsexports sprechen. Er entwickelt dann Gedanken, wie den betroffenen Kollegen, deren Arbeitsplätze gefährdet sind, geholfen werden kann. So wird gefordert, durch staatliche Auflagen die überwiegende Abhängigkeit einzelner Unternehmen von der Rüstungsproduktion zu vermeiden. Da die Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie zum großen Teil in Produktionsbereichen mit hochqualifizierter Technologie liegen, bestehe die Möglichkeit, sie auf den öffentlichen Bedarf in Bereichen hochentwickelter Technologien, wie Umweltschutz- und Kommunikationstechnologie umzulenken. Aus diesem Grund sieht die IG Metall für die allmähliche Umstellung von militärischer auf zivile Produktion in der BRD keine unüberwindlichen Probleme.

Die IG Metall hebt abschließend hervor, daß sie alle Bestrebungen für eine konsequente Abrüstung im Zuge der weltweiten Entspannung unterstützt. So wäre es nur konsequent, wenn die IG Metall sich auch an den Aktivitäten der Bürgerinitiative für Abrüstung am 21. Mai 1977 beteiligen würde. Sch.

Seit 31. Januar Streik

Aus Protest gegen Massenentlassungen und verschlechterte Arbeitsbedingungen nach technischen Umstellungen trat am 31. Januar das technische Personal der größten dänischen Tageszeitung „Berlingske Tidende“ in den Streik. Die Verlagsleitung beantwortete den Arbeitskampf mit dem brutalen Machtmittel der Aussperrung. Nachdem Ende April mittels einer Blockade der rund 1000 Streikenden die Auslieferung einer von leitenden Angestellten produzierten Notzeitung trotz Polizeieinsatzes verhindert werden konnte, war die Streikfront nach wie vor ungebrochen.

Um für alle im Arbeitskampf Befindlichen Streik- bzw. Gemaßregeltenunterstützung zahlen zu können, hat die dänische Druckergewerkschaft für alle nicht streikenden Mitglieder eine vorübergehende Beitragserhöhung auf umgerechnet 70 DM wöchentlich festgelegt. Die Solidarität mit den Streikenden wird immer stärker. Wie die anderen der Internationalen Grafischen Föderation angehörenden Gewerkschaften rief auch die IG Druck und Papier dazu auf zu verhindern, daß Aufträge des bestreikten Verlages in die Bundesrepublik ausgeführt werden. Zugleich hat der Hauptvorstand der IG Druck und Papier ein Sonderkonto bei der Bank für Gemeinwirtschaft in Stuttgart, Kontonummer 1089 149 900 unter Kennwort „Solidaritätsspende Dänemark“ eingerichtet. Bis zum 25. April waren mehr als 8000 DM eingegangen. NACHRICHTEN haben ebenfalls Solidarität geübt und einen Betrag von 137 DM überwiesen. P.

Gewerkschaftsfeinde zogen um

Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW), eine der maoistischen K-Gruppen, hat seine Zentrale von Mannheim nach Frankfurt verlegt. Er verfolgt eine eindeutig gewerkschaftsfeindliche Zielrichtung. In seinen „Leitsätzen zur Arbeit in den Gewerkschaften“ stellt er sich die Aufgaben, den Kampf „für die Eroberung der Gewerkschaften (zu) führen“ und zugleich verpflichtet er seine Mitglieder, sich innerhalb der Gewerkschaften „auf allen Ebenen zu Fraktionen“ zusammenzuschließen. Die Mitglieder sollen ihre Arbeit in den Gewerkschaften unter die Devise stellen: „So offen wie möglich, so verdeckt wie nötig“.

Um seine Aktivitäten auch in dieser Richtung zu verstärken, erwarb der KBW von der Verlagsgesellschaft Linienbrink für eine Summe von 2,7 Millionen DM einen Gebäudekomplex mit rund 100 Räumen. Neben der Parteizentrale befinden sich darin die parteieigene Druckerei, die mit modernster Technik ausgestattet sein soll, zwei Verlage und ein Buchvertrieb. Die Mitgliederzahl des KBW wird auf rund 2000 geschätzt. Die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine“, die dem KBW schon mehrere wohlwollende Artikel widmete, weiß genau, woher die enormen finanziellen Mittel kommen, „einmal durch den Verkauf der Drucksergebnisse“ und „dann durch Spendenaktionen und schließlich durch die Leistungen der Mitglieder“. Andere Finanzquellen zieht die FAZ nicht in Erwägung.

H. Sch.

IG Druck unterstützt Abrüstungsdemonstration

Auf dem Landesbezirkstag der IG Druck und Papier Bayern stellte der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, fest, daß das Klima in den Betrieben rauher geworden sei. Ein zunehmender Leistungsdruck und die Wegrationalisierung von 35 000 Arbeitsplätzen in fünf Jahren seien dafür bereiter Ausdruck.

Der Bezirksvorsitzende Willi Baumann setzte sich mit der Rolle der sogenannten Sachverständigen auseinander. Anstelle der Lohnleitlinien seien die Gutachten getreten. Dies sei ein Versuch, die Gewerkschaften an die Kette zu legen. Hier werde die Tarifautonomie mit Füßen getreten. Es sei für die Gewerkschaften deshalb höchste Zeit, aus der Konzentrierten Aktion auszutreten.

Der Landesbezirkstag nahm eine Entschließung zur Abrüstungsdemonstration an. Diese lautet: „Die Delegierten des Landesbezirkstages der IG Druck und Papier Bayern unterstützen den Vorschlag des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, am 21. Mai 1977 Kundgebungen und Demonstrationen — für Süddeutschland in München und Frankfurt — durchzuführen.“

Zur Begründung wird angeführt, daß das Wettrüsten keine Sicherheit schaffe. Es gefährde Entspannung und bedrohe den Weltfrieden. Es verhindere soziale Sicherheit, Reformen und einen wirksamen Kampf gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit, Armut, Hunger und Elend. Die Initiatoren setzten das in die Tat um, was bereits zuvor von mehreren Gewerkschaften gefordert worden sei. A. C.

PERSONALIEN

Hans Jürgen Beck, bisheriger Redakteur bei der Deutschen Postgewerkschaft, leitet jetzt die beim Hauptvorstand neugeschaffene Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und wurde damit zugleich dessen neuer Pressesprecher. Klaus-Dieter Zemlin, der diese Aufgabe bisher wahrgenommen hatte, bleibt weiterhin verantwortlicher Redakteur der DPG-Zeitung „Deutsche Post“. Joachim Scherzer zeichnet jetzt für die Funktionszeitschrift „Gewerkschaftliche Praxis“ verantwortlich.

Dr. Fred Eckhard ist zum neuen Geschäftsführer der Ruhrfestspiele vom DGB-Bundesvorstand berufen worden. Er tritt die Nachfolge von Karl Heinz Hagin, der bereits im November 1976 aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden war, an. Eckhard, bisher u. a. als Dozent für Bühnentanz und Tanzpädagogik tätig gewesen, gehört dem Hauptvorstand der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger innerhalb der Gewerkschaft Kunst an und war bis 1972 Betriebsratsvorsitzender der Hamburger Oper.

Hans Katzer, Vorsitzender der Sozialausschüsse der CDU seit 1963, will auf dem Anfang Juni in Hessen bevorstehenden Bundeskongreß nicht wieder kandidieren. Norbert Blüm, CDU-MdB und Vorsitzender der Sozialausschüsse in Rheinland-Pfalz, hat seinen Anspruch schon mehrfach auf diese Position angemeldet. Katzer will weiterhin stellvertretender CDU-Vorsitzender bleiben.

Bernhard Tacke, von 1956 bis 1972 stellvertretender DGB-Vorsitzender, vollendete am 11. April sein 70. Lebensjahr. Er wirkte vor 1933 hauptamtlich im christlichen Textilarbeiterverband und war während der Zeit des Faschismus Repressalien ausgesetzt. Nach 1945 trat er für die Einheitsgewerkschaft ein und war im DGB für die Koordinierung der Tarifarbeit zuständig. Tacke ist Mitglied der CDU.

Gerhard Vater, seit 1960 Vorsitzender der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) soll in der Juni-Sitzung des Bundesausschusses in den Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB gewählt werden. Er ist vorgesehen für den Geschäftsbereich von Alfons Lapas — Finanzen und Vermögensverwaltung —, der Vorstandsmitglied der geplanten Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft, einer Holding aller gewerkschaftseigenen Unternehmen, werden soll. Zum Vorstandsvorsitzenden der neuen Holding ist der bisherige Chef der Bank für Gemeinwirtschaft, Walter Hesselbach, berufen worden.

Betriebsärzte

Am 31. März und 1. April 1977 veranstaltete die IG Metall in Gelsenkirchen eine Arbeitstagung zu Fragen der Arbeitsmedizin und der betriebsärztlichen Tätigkeit. Die Tagung, an der rund 150 Gewerkschafter, Wissenschaftler, Betriebsärzte und Vertreter des Staates teilnahmen, hatte die Aufgabe, eine erste Bilanz über das seit dem 12. Dezember 1974 in Kraft getretene „Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ – kurz genannt Arbeitssicherheitsgesetz – zu ziehen.

Wenn auch das nach einem 20 Jahre währenden Ringen der Gewerkschaften zustande gekommene Gesetz einen Fortschritt gebracht hat, räumt es der Kapitalseite Vorrechte ein. Dazu sagte das zuständige IG-Metall-Vorstandsmitglied Karl-Heinz Janzen: „Umstritten blieb die Frage des Mitbestimmungsrechtes bei der Bestellung und Abberufung der Betriebsärzte.“ Mit dem Koalitionskompromiß seien „Fehlentwicklungen eingeleitet“ worden. Soweit es Betriebsärzte gebe, stünden diese aufgrund der Machtverhältnisse in Abhängigkeit zu den Unternehmern. Angesichts dieser Situation würden viele Betriebsärzte resignieren, weil man sie daran hindere, eine „gefährdungsorientierte Arbeitsmedizin“ zu betreiben. Besonders negativ zeige sich das bei den Einstellungsuntersuchungen. Die von den Betriebsärzten gelieferten Daten nutzten viele Unternehmensleitungen dazu, „olympiareife Belegschaften“ zusammenzustellen.

Janzen prangerte einen „beängstigenden Kreislauf“ an. Zunächst würden die Arbeiter und Angestellten „im Betrieb durch die herrschenden Arbeitsbedingungen verschliffen“, dann kämen nur noch gesunde Arbeiter „durch das Sieb der Einstellungsuntersuchungen, um erneut den Prozeß des Gesundheitsverschleißes in Gang zu setzen“. Aufgrund der vorhandenen Situation auf dem Arbeitsmarkt infolge der Krise würden die Unternehmer anhand der bei Einstellungsuntersuchungen gelieferten Daten eine „erbarmungslose Auslese treffen, die denjenigen immer wieder in die Arbeitslosigkeit zurückstoße, der auch nur die geringste Gesundheitsschädigung“ habe.

Seit Inkrafttreten des Arbeitssicherheitsgesetzes ist zwar die Zahl der haupt- und nebenberuflichen Betriebsärzte auf rund 2000 gestiegen, jedoch gibt es bis zu der erforderlichen Zahl von 7000 bis 9000 noch immer einen beachtlichen Fehlbedarf. Obendrein mangle es an der notwendigen Ausbildung für Betriebsärzte, da die Masse der nebenberuflich Tätigen in einem 14tägigen Schnellkurs zum Arbeitsmediziner qualifiziert werde. Petschick

Wahl-Unordnung

Die Bundesregierung gedenkt ihrem Prinzip treu zu bleiben, von zwei Lösungsmöglichkeiten eines Problems immer nur die durchzusetzen, die den Unternehmervereinigungen behagt. Das ist so in der Beschäftigungspolitik, der Steuerpolitik, bei den (abgelehnten) Preiskontrollen, beim Berufsbildungsgesetz, bei der Rentenversicherung, Krankenversicherung – und natürlich der Mitbestimmung. Daß noch immer keine Wahlordnung vorliegt, ist ebenso darauf zurückzuführen, daß nach einer Lösung gesucht wird, die den Konzernen genehm ist und gerade noch gegen den Widerstand der Gewerkschaften durchgesetzt werden kann.

Diese Lösung glaubt man jetzt gefunden zu haben. Nachdem der DGB unmißverständlich deutlich gemacht hatte, daß er die weitere Aufwertung der leitenden Angestellten durch eine Schlichtungsstelle in der Wahlordnung nicht hinnehmen werde, soll nunmehr die FDP auf diese Konstruktion verzichtet und eine andere – ebenso fragwürdige – Lösung vorgeschlagen haben: Danach soll jeder Beschäftigte seine „Gruppenzugehörigkeit“ selbst bestimmen können, wenn mindestens ein Mitglied des Wahlvorstandes zustimmt. Doch nur drei Tage war diese Version im Gespräch, da wurde sie in Bonn dementiert.

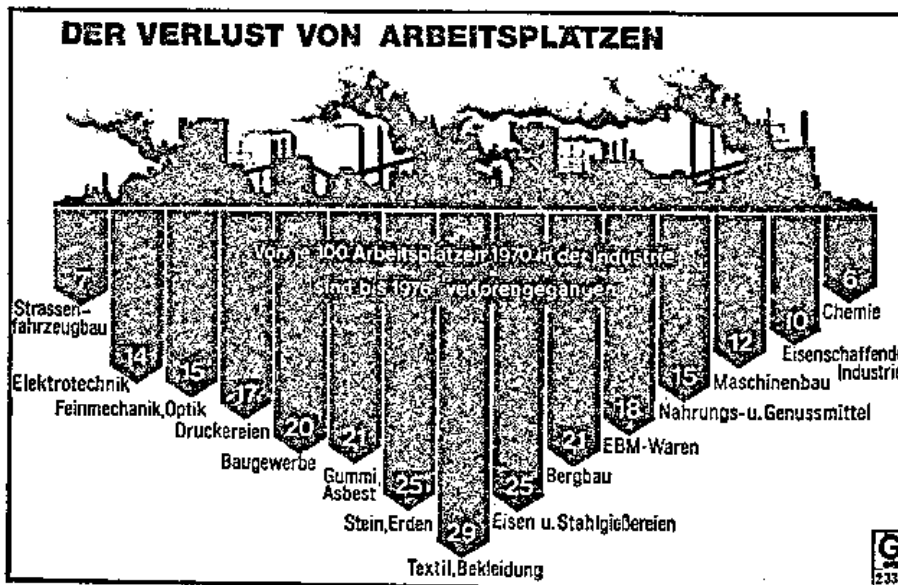
Wie immer diese Wahlordnung eines Tages aussehen mag, festzuhalten ist die Tatsache, daß mit dieser Wahlordnung versucht werden soll, die Spaltung der abhängig Beschäftigten weiter zu vertiefen und die ohnehin frag-

würdige Mitbestimmung noch unwirksamer zu machen. Die SPD-Minister sollten endlich aufhören, sich hinter der FDP zu verstecken; sie können ihre politische Mitverantwortung für die unternehmerfreundlichen Überbötungsversuche gegen die Gewerkschaften nicht glaubhaft von sich weisen.

Der DGB-Vorsitzende Vetter bezeichnete kürzlich die arbeiterfeindliche Konzeption der Wahlordnung als „weiteren Schritt in die falsche Richtung“ der Mitbestimmungspolitik. Der DGB behalte sich „alle politischen und rechtlichen Schritte vor, um die Interessen der Arbeitnehmer in dieser Frage zu verteidigen“. Zuzustimmen ist auch der Auffassung von Georg Benz, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, daß die Aufsichtsratswahlen auch ohne Wahlordnung aus Bonn durchgeführt werden können. Da keine gesetzliche Verpflichtung besteht, auf eine zentrale Wahlordnung zu warten, ist es richtig und möglich, die Wahlen nach den Musterwahlordnungen z.B. des DGB oder der IG Metall abzuwickeln. G.S.

Gegen Bahn-Schrumpfung

Zu den beabsichtigten Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich der Deutschen Bundesbahn (DB) erklärt die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED), daß der neue „Leistungsauftrag“ der Bundesregierung an den Vorstand der DB ziele unverändert vor allem auf eine Verkleinerung und Kostensenkung bei der Bahn ab. Schrumpfung könne diese nicht sanieren.



Nach Angaben der Gewerkschaften wurde in den Jahren 1970 bis 1976 in der Industrie jeder sechste Arbeitsplatz vernichtet. Insgesamt verringerte sich hier die Zahl der Beschäftigten von 10,2 auf 8,6 Millionen. Der Hauptgrund für den Aderlaß an Arbeitsplätzen ist in den verstärkten Rationalisierungen der Unternehmer zu suchen, die auf Kosten der Arbeitsplätze ihre Gewinne erhöht. Ein Grund mehr, verstärkt für Arbeitszeitverkürzungen einzutreten. Aus „ÖTV-Magazin“, Nr. 3/77

Rationalisierungsinvestitionen rauben Arbeitsplätze

Der letzte Monatsbericht der Bundesanstalt für Arbeit läßt keine wesentliche Veränderung auf dem Arbeitsmarkt der Bundesrepublik erkennen. Die erhofften Frühlingsschwalben blieben aus. Es ist nun bereits der dritte Winter mit einer Arbeitslosenzahl von über einer Million. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende, Maria Weber, korrigierte die Nürnberger Angaben mit dem Hinweis, daß man unter Berücksichtigung der nicht in der amtlichen Statistik erfaßten Personengruppen von einer Gesamtarbeitslosenzahl von 1,8 Millionen ausgehen müsse.

Die Prognosen der verschiedenen Wirtschaftsinstitute der Bundesrepublik über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit stimmen nicht gerade optimistisch. Übereinstimmend wird die Meinung vertreten, mit einem „festen Arbeitslosensockel“ müsse gerechnet werden, wobei die Zahlenangaben zwischen 800 000 und einer Million schwanken. Die Folgen der technologischen Revolution in der Elektrotechnik werden in den erstellten Gutachten meist nur angedeutet, zu denen eine wachsende Importkonkurrenz anderer Länder und das Herausströmen von geburtsstarken Jahrgängen aus den Volksschulen hinzukommen. Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel vertritt die Auffassung, durch eine wachsende Einfuhrkonkurrenz würden allein 800 000 Arbeitsplätze in den nächsten Jahren vernichtet. Der Exportrückgang, besonders auf technisch weniger anspruchsvollen Gebieten, werde bis 1985 weitere 2,1 Millionen Arbeitsplätze kosten. Selbst wenn man die Trendfortschreibung der Entstehung neuer Arbeitsplätze fortsetzt, die ausländische Besteller in der Bundesrepublik entstehen lassen – was unter Ökonomen bereits umstritten ist –, dann gingen in den nächsten 8 Jahren trotzdem mindestens 800 000 Arbeitsplätze verloren. Die „Süddeutsche Zeitung“ faßt in einem Kommentar das Ergebnis der Untersuchungen zusammen und schreibt: „Das Fazit aller Berechnungen: Mindestens zwei bis drei Millionen neue Arbeitsplätze sind in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren nötig – und zu ihrer Finanzierung eine gewaltige Kapitalbildung.“

In den hochentwickelten kapitalistischen Industriestaaten ergibt sich bereits eine derartige Problemfülle, wenn allein nach einer OECD-Statistik die Zahl der registrierten Arbeitslosen gegenwärtig in den USA, Japan, der Bundesrepublik, Frankreich, Italien und Kanada über 14,5 Millionen beträgt. Die Unsicherheit um die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung hat auch in der Bundesrepublik breite Kreise der Bevölkerung erfaßt. Rationalisierung

und Automation haben in den Betrieben zu weiteren „Freisetzungseffekten“ – so Bundeswirtschaftsminister Friedrichs – geführt und die Sorgen um den Verlust des Arbeitsplatzes wachsen lassen.

Einige Beispiele über die Auswirkungen der Rationalisierung: In der Elektroindustrie wurde 1976 erstmals ein Umsatz in der Rekordhöhe von 82,9 Mrd. DM erzielt. Der reale Produktionswert stieg um 9,5 Prozent, die Beschäftigtenzahl dagegen sank um 3,5 Prozent auf 986 000. In der Druckindustrie sank die Zahl der Beschäftigten 1976 um 2,5 Prozent auf 189 585 ab, während der Umsatz um 11 Prozent stieg. Seit 1970 gingen in der Druckindustrie 34 000 Arbeitsplätze verloren. In der Textilindustrie sank die Zahl der Beschäftigten 1976 um 4,5 Prozent auf 342 000, der Umsatz stieg um 9 Prozent auf 29,8 Mrd. DM. In der Uhrenindustrie der Bundesrepublik wurden bis jetzt 60 Prozent der Beschäftigten „freigesetzt“. Untersucht man die einzelnen Unternehmen und Konzerne, dann zeigt sich überall das gleiche Bild. 1977 plant jedes zweite Unternehmen Entlassungen.

Eine Analyse der Investitionen ergibt, daß der weitaus größte Teil der eingesetzten Finanzmittel für Rationalisierungsmaßnahmen verwandt wurden. Nach einer Umfrage des Münchener Ifo-Institutes bei 3500 Unternehmen wollen nur 9 Prozent der befragten Firmen Investitionen zur Ausweitung der Produktion vornehmen, 75 Prozent dagegen ausschließlich für Rationalisierungszwecke. Dies aber nicht nur für das laufende Wirtschaftsjahr, sondern für die nächsten 5 Jahre.

Nachdem zuerst in der Produktion rücksichtslos rationalisiert wurde, liegt gegenwärtig der Schwerpunkt bei Büros und Verwaltungen. Was sich hier abspielt, zeigt ein Beispiel aus dem Rüsselsheimer Opel-Konzern. Nach dem MTM-Verfahren – die Arbeiter und Angestellten haben dafür die Be-

zeichnung „Mach Tausend Mehr“ gewählt – wurden für Büros Vorgabezeiten festgelegt: Bleistiftaufheben und -ablegen 1,8 Sekunden, aufstehen – hinsetzen 7,5 Sekunden, Schublade öffnen – schließen 9,5/10 Sekunden, sechs Schritte gehen 3,66 Sekunden. Im „Angestellten-Magazin“ der IG Metall Nr. 3/77 ist dazu zu lesen: „Hinter den prächtigen Glasfassaden der modernen Büroetagen vollzieht sich heute das, was in den Werkshallen schon seit langem gang und gäbe ist. Bei steigender Leistungsdichte werden die Angestelltenfähigkeiten – unterstützt durch raffiniert erdachte Anreiz- und Kontrollsysteme – zunehmend schematisiert und verakkordisiert.“

Um über die Dimensionen der bevorstehenden Veränderungen durch die Einführung neuer Techniken Aufschluß zu geben, sei ein Beispiel angeführt. Über eine programmierte Textverarbeitung sollen bis 1980 rund 200 000 Arbeitsplätze „eingespart“ werden. Andere Gebiete der technologischen Umstellung sind u.a. eine vollautomatische Betriebsdatenerfassung, eine neue Form der Rechnungserstellung, der Mikrofilmeinsatz in der Registratur oder die computerunterstützte Konstruktion. Waren es früher Einzelmaßnahmen bei der Durchführung der Rationalisierung in den Betrieben, so ist daraus längst ein fest gefügtes System geworden. Gewinnverbesserungsprogramme, untergliedert nach Kostensenkungen, Produktions- und Wertanalysen, wurden erstellt, bei denen ein integriertes Personalführungssystem eine wesentliche Rolle spielt.

Die Diskussion in den Betrieben und innerhalb der Gewerkschaften ist von der Frage geprägt, ob es nicht höchste Zeit sei, durch energische Schritte dafür zu sorgen, daß die neue Technologie zum Nutzen aller angewandt wird. Willi Becker

Neues Gutachten

Auf 43 Gutachtenseiten haben Ende April 75 Wirtschaftswissenschaftler heftige Kritik an dem sogenannten Sachverständigengutachten und an der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung geübt. Das Gutachten analysiert die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und ihre voraussichtliche Entwicklung. Auf 16 Seiten werden Alternativen vorgeschlagen wie die Arbeitslosigkeit bekämpft werden kann. Sie reichen von mehr Mitteln für die Infrastruktur über die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich bis hin zu exakten Finanzierungsvorschlägen. NACHRICHTEN werden in Nr. 6/77 darüber berichten.

Juso-Kongreß diskutiert Verhältnis zur Einheitsgewerkschaft

Vom 18. bis 20. März fand im Hamburger Congreß-Centrum der diesjährige Bundeskongreß der Jungsozialisten statt. In der Öffentlichkeit erregte dieser Kongreß starkes Aufsehen, weil gegen den Willen der SPD-Parteiführung der 30jährige Rechtsanwalt Klaus-Uwe Benneter mit knapper Mehrheit zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde und die SPD-Führung sofort nach Abschluß des Kongresses die Jungsozialisten zwang, demokratisch gefaßte Beschlüsse außer Kraft zu setzen und die Beteiligung an den Abrüstungsdemonstrationen am 21. Mai abzusagen, weil auch Kommunisten daran teilnehmen.

Der Bundeskongreß der Jungsozialisten war ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie die tiefe Enttäuschung über die Regierungspolitik zu starker Kritik selbst innerhalb der Regierungsparteien führt. Neue Differenzierungsprozesse innerhalb der Sozialdemokratie wurden sichtbar, die sich nicht von den vielfältigen und massiven außerparlamentarischen Kämpfen lösen lassen. An vielen dieser Bewegungen nehmen Sozialdemokraten und insbesondere Jungsozialisten teil und befinden sich dabei in Widerspruch zu ihrer Parteiführung.

In gewerkschaftlichen Kreisen wird nach dem Jungsozialistenkongreß stark über das Verhältnis der Jungsozialisten zu den Gewerkschaften und besonders zur Gewerkschaftsjugend diskutiert. Letztes Jahr waren die Bundesjugendsekretäre Wurl (IGM) und Andres (IG Chemie) zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten gewählt worden (siehe NACHRICHTEN 5-6/76). Damals begründete man ihre Wahl mit einer stärkeren Hinwendung der Jungsozialisten zur Arbeiterjugend. In der Zwischenzeit ist dieser Anspruch zwar des öfteren proklamiert worden, hat aber kaum entsprechenden Niederschlag in der Praxis der Jungsozialisten gefunden; so spielten die Probleme der Arbeiterjugend, zum Beispiel Jugendarbeitslosigkeit, auf dem jetzigen Jungsozialistenkongreß eine völlig untergeordnete Rolle.

Nach der Wahl von Benneter zum neuen Bundesvorsitzenden verzichteten Wurl und Andres auf ein erneute Kandidatur. Im bisherigen Bundesvorstand hatten sie zu jener Mehrheit gehört, die die Parteiführung zwar in einzelnen Fragen kritisierte, jedoch vor klaren Konsequenzen zurückscheute. Nun warfen sie Benneter vor, „den Konflikt mit der Parteiführung zum einzigen Gegenstand von Vorstandsarbeit zu machen“.

Wurl und Andres erklärten im sozialdemokratischen „Vorwärts“ (Nr. 13/77), „die Gewerkschaftsjugend (erwartete) vom Hamburger Bundeskongreß eine

Weiterentwicklung von Positionen für die arbeitende und lernende Jugend in der Bundesrepublik“. Dies sei in Hamburg nicht geleistet worden. Trotzdem ständen sie auf allen Ebenen der Jungsozialisten für die Arbeit zur Verfügung. „Gemeinsam mit unseren Freunden bei den Jusos und in der Gewerkschaftsjugend“ wollten sie aktiv verhindern, daß die Jungsozialisten sich in ihrer Arbeit verzetteln und ihre Kräfte vergeuden. Jedoch ist hier anzumerken, daß Wurl und Andres nie als „Vertreter der Gewerkschaftsjugend“ im Bundesvorstand der Jungsozialisten waren, sondern als junge SPD-Mitglieder, und zum anderen hat die Gewerkschaftsjugend bisher „Impulse von außen“ stets abgelehnt, weil sie die Positionen für die arbeitende und lernende Jugend selbst entwickeln kann.

Zur Mitarbeit von Wurl und Andres im bisherigen Bundesvorstand erklärte Benneter: „Ich bedaure, daß die beiden Kollegen und Genossen aus der Gewerkschaftsjugend sich von Anfang an fast bruchlos in die Fraktionierungspolitik der Bundesvorsitzenden (Heidemarie Wiczorek-Zeul) haben einbeziehen lassen. Dies entsprach und entspricht nicht gerade den Zielsetzungen und Aufgaben einer Einheitsgewerkschaft. Der Versuch, die Gewerkschaften mit einer Fraktion innerhalb der Jungsozialisten zu identifizieren, schadet nicht nur den Jungsozialisten. Er schadet noch mehr den Interessen der Gewerkschaftsjugend selbst!“

Auch nach dem Jungsozialisten-Bundeskongreß gab es Vorstöße, die mit dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft kollidieren. Es ist Sache der SPD-Führung, wenn ihr die Wahl Benneters und einige Kongreßaussagen unangenehm sind. Befremdend und der parteipolitischen Unabhängigkeit der Gewerkschaften widersprechend ist es jedoch, wenn dies über einige Gewerkschaftsorgane in Form von pauschalen und selbst diffamierenden Angriffen auf Benneter und die Positionen des neuen Jungsozialisten-Bundesvorstandes ausgetragen wird. So erklärte der Pressedienst der Gewerkschaft Textil-Beklei-

dung: „Die von der Mehrheit des Jusovorstandes vertretene politische Auffassung widerspricht in elementaren Bereichen den Bestimmungen der Satzung des DGB und der Gewerkschaft Textil-Bekleidung. Es fehlt deshalb für eine sachliche und politische Zusammenarbeit jede Voraussetzung.“ Die „Gewerkschaftspost“, der IG Chemie sprach von einer „neuen antisozialdemokratischen Vorstandsmehrheit“ und bedauerte indirekt, daß Benneter nicht rechtzeitig aus der SPD ausgeschlossen wurde. Die „einheit“ der IG Bergbau gar, die Benneters Kritik an Verteidigungsminister Leber als „Rufmord an einem verdienten Sozialdemokraten und Gewerkschafter“ bezeichnete, forderte die Jungsozialisten auf, Beschlüsse in den Papierkorb zu werfen, andernfalls dürften sich die Jungsozialisten nicht wundern, „wenn ihnen künftig die Gewerkschaftstüren vor der Nase zugeschlagen werden“.

Kritische Äußerungen des Jungsozialistenkongresses zur Gewerkschaftspolitik, die teilweise in ähnlicher Form auf fast jeder Vertrauensleutesitzung oder Gewerkschaftsjugendkonferenz zu hören sind, werden von der „einheit“ rundweg als „antigewerkschaftliche Haltung“ diffamiert. Es ist nicht verwunderlich, wenn sich bürgerliche und kapitalhörige Presseorgane daran die Hände wärmen. Sicherlich muß jeder Gewerkschafter von seinem Standpunkt aus die Beschlüsse der Jungsozialisten überprüfen. Es muß jedoch alarmieren, wenn die Gewerkschaften zum Vehikel innerparteilicher Auseinandersetzungen der SPD gemacht werden sollen. Das kann der Einheitsgewerkschaft nur abträglich sein. Darüber hinaus muß sich jeder Gewerkschafter die Frage stellen, mit welcher Glaubwürdigkeit und mit welchem Nachdruck führende Gewerkschafter gewerkschaftliche Forderungen vertreten, wenn sie Angebote zur Zusammenarbeit, von wem auch immer, rundweg ablehnen.

In über siebenjähriger sozialdemokratischer Regierungspolitik wurde deutlich, daß die Bundesregierung keineswegs automatisch gewerkschaftliche Forderungen erfüllt, sondern im Gegenteil gewerkschaftliche Forderungen weitgehend auf der Strecke blieben. Gleichzeitig läßt sich ein höheres Maß an Koordination im Vorgehen des Großkapitals und der Rechtskräfte gegen die Gewerkschaften und die gesamte Arbeiterbewegung feststellen. Angesichts dieses stärkeren Drucks sind nicht verbale Kraftakte angebracht, sondern der möglichst umfassende und breite Zusammenschluß aller Kräfte, die in der einen oder anderen Weise Forderungen der arbeitenden Bevölkerung vertreten, ist notwendig. Aufspaltung der Kräfte und Isolierungsversuche gegen den einen oder anderen natürlichen Verbündeten nutzen nur dem gemeinsamen Gegner.

Wolfgang Bartels

Sozialpolitik in der Krise: Arbeiterseminar '77 zeigt Ausweg

Das Thema war von größter Aktualität: „Sozialpolitik in der Krise – Verteidigung und Ausbau sozialer Rechte und Leistungen“. Zu dieser Problematik veranstalteten Verlag und Redaktion der NACHRICHTEN am 23. und 24. April im Frankfurter „Haus der Jugend“ das „Arbeiterseminar '77“ – das vierte im zweijährigen Rhythmus. Unter den 119 Teilnehmern überwogen ehren- und hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre sowie Betriebsräte, die ebenso wie die Wissenschaftler und Vertreter verschiedener gesellschaftlicher Organisationen dazu beitrugen, in qualifizierter Analyse und Diskussion Antworten auf die vordringlichen Fragen kurz- und längerfristiger Sozialpolitik zu geben. (Siehe auch „Thesen“ im Einhefter.)

Das Seminar wurde von Arthur Böppe, Mitherausgeber der NACHRICHTEN, mit einem Referat eingeleitet, das eine umfassende Analyse der gegenwärtigen sozialpolitischen Situation in der Bundesrepublik gab und Alternativkonzeptionen entwickelte. Dabei konzentrierte sich der Referent, entsprechend der Zielsetzung des Arbeiterseminars '77, auf die Bereiche Arbeitslosigkeit, Rentenpolitik und Gesundheitswesen. Böppe erbrachte den Nachweis, daß Bundesregierung und Unternehmerverbände gemeinsam angetreten sind, die kapitalistische Krise sowohl über die Verschlechterung der Einkommenssituation als auch des Systems der sozialen Sicherung auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen.

„Die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung hat sich grundlegend verschlechtert“, sagte Böppe. „Die Konzernherren nutzen die durch Krise und Massenarbeitslosigkeit verursachte allgemeine Unsicherheit zu verschärfter Rationalisierung und Arbeitshetze, verstärkten Druck auf die Reallohn- und Gehälter und Abbau betrieblicher Lohnzulagen und sozialer Leistungen. Das in Jahrzehnten erkämpfte Netz der sozialen Sicherheit ist von den Angriffen der sozialreaktionären Kräfte bedroht. Auf der Tagesordnung in Bonn und in den Bundesländern stehen nicht mehr soziale Reformen, sondern die in der Geschichte der Bundesrepublik schwerwiegendsten Verschlechterungen im sozialen Leistungsrecht.“

Der Referent verwies auf die hohe Dauerarbeitslosigkeit, die Abbaupläne und -maßnahmen in der Rentenversicherung, dem Gesundheitswesen, im öffentlichen Dienst, beim Arbeitsförderungsgesetz und in anderen Bereichen. „Stärker als je zuvor sind dadurch die Fragen der sozialen Sicherheit in das Zentrum der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung gerückt und haben zu einer Polarisierung der Kräfte in unserem Lande geführt.“

In diesem Seminar wurde vor allem un-

ter dem Gesichtspunkt beraten, die Angriffe auf den sozialen Besitzstand abzuwehren, weitere Verbesserungen durchzusetzen und die Mittel und Wege dazu sichtbar zu machen. Wie der Referent, forderte z.B. auch Wilfried Lang, Mitglied des Opel-Betriebsrats in Rüsselsheim, den stärkeren Einsatz tarifpolitischer Mittel im Kampf gegen Arbeitslosigkeit.

Eine Betriebsversammlung von 10 000 Opel-Arbeitern, so berichtete Lang, habe einstimmig einen Antrag an den bevorstehenden Gewerkschaftstag der IG Metall unterstützt, sich für die Einführung der 35-Stunden-Woche einzusetzen: „Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich!“ laute die Forderung. Die Opel-Beschäftigten fordern von der Geschäftsleitung die Bildung eines Kurzarbeiter-Ausgleichsfonds, aus dessen Mitteln bei Kurzarbeit die Differenz zum Nettolohn zu zahlen sei. Finanzziele Rückstellungen müßten nicht nur für Maschinen, sondern auch für die Menschen getätigt werden. In diesem Zusammenhang verwies Lang auch auf eine Fonds-Konzeption der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, die in eine gleiche Richtung zielt.

Das Feld der betrieblichen Sozialpolitik, soweit sie die Arbeits- und Freizeitbedingungen in den vielfältigen Erscheinungen betreffen, war Gegenstand mehrerer Diskussionsbeiträge. Es sei eine „erstrangige Aufgabe der Tarifpolitik, möglichst viele dieser zugestandenen oder erkämpften betrieblichen Sozialleistungen auch tarifvertraglich abzusichern“.

Zu qualifizierten Ergebnissen kam das Seminar auch in seinen gesundheitspolitischen Aussagen. Jede zusätzliche Beteiligung der Versicherten an den Krankheitskosten, die über die gegenwärtigen hinausgeht, sei abzulehnen. „Durch Integration der ambulanten und stationären Behandlung, Einbeziehung der Kliniken in die ambulante Behandlung sowie Entwicklung von Polikliniken, Ambulatorien und medizinisch-

technischer Zentren und eines einheitlichen sozialmedizinischen Dienstes“, so folgte der Referent, „ist das Gesundheitswesen zu verbessern und zugleich rationeller und kostengünstiger zu gestalten“.

Diese Auffassung wurde auch von den anwesenden Wissenschaftlern – Medizinern – geteilt. So warnte Prof. Ulli Deppe vor den „Kommerzialisierungstendenzen im Gesundheitswesen“. Die Einrichtungen des Gesundheitswesens seien stärker an der Krankheitshäufigkeit in der Bevölkerung auszurichten. Deppe unterstützte prinzipiell die DGB-Forderung, die Kluft zwischen dem Monopol der niedergelassenen Ärzte auf ambulante medizinische Versorgung und den ungenutzten medizinisch-technischen Möglichkeiten der Krankenhäuser zu überbrücken.

Den hohen Stellenwert der Überwindung der Arbeitslosigkeit für die finanzielle Sanierung der gesetzlichen Krankenversicherung unterstrich ein anderer Diskussionsredner mit dem Hinweis, daß je 200 000 Arbeitslose einen Einnahmeausfall von einer Milliarde DM bewirken.

Die sachkundige und gezielte Diskussion befaßte sich darüber hinaus mit Problemen der berufstätigen Frau, der arbeitslosen Jugendlichen, ausländischen Arbeiter, Rationalisierungsfolgen im Betrieb, der kommunalen Sozialpolitik, der mangelnden ärztlichen Versorgung im Betrieb, Auswirkungen der Rüstung, der Mieten und Wohnungspolitik, Sozialarbeit, Steuerpolitik, den gesellschaftspolitischen Zusammenhängen der gegenwärtigen Situation und auch mit der sozialistischen Alternative.

Als Vertreter der DKP – die Veranstalter hatten auch Parteien und gesellschaftliche Organisationen eingeladen – entwickelte Präsidiumsmitglied Ludwig Müller die sozialpolitischen Vorstellungen seiner Partei. Dabei unterstrich er besonders die These, daß aktive Lohnpolitik die Finanzkraft auch der Sozialversicherung stärkt.

Am Schluß des zweitägigen Arbeiterseminars konnten Veranstalter und Teilnehmer gemeinsam feststellen, daß der Angriff von Regierung und Unternehmern auf die in den vergangenen Jahrzehnten erkämpften sozialen Rechte und Leistungen abgewehrt werden kann und muß. Zugleich aber sei damit der Kampf um notwendige Verbesserungen zu verbinden, der dann erfolgreich verlaufe, wenn alle Werktätigen, die Arbeitenden wie die Rentner, mit ihren Gewerkschaften, ihren politischen und sozialen Organisationen zusammenwirken. Die vielen Vorschläge und Konzeptionen, die vom Arbeiterseminar '77 erarbeitet wurden und schon im Sommer in Buchform vorliegen werden, können dabei wegweisend sein.

Gerd Siebert

Auch durch Wohngeldverbesserung Mietsteigerungen nicht ausgeglichen

Mit Hamburg und München sind nun auch die letzten Städte der Bundesrepublik zu „weißen Kreisen“ erklärt und die Mietpreisbindung beseitigt worden. Doch nicht nur die rund 300 000 Mieter von Altbauwohnungen in Hamburg und München sind dadurch mit rigorosen Mietpreissteigerungen belastet worden oder haben sie noch zu erwarten. Auch im übrigen Bundesgebiet sind neue Mieterhöhungen erfolgt oder angekündigt.

In dem Jahrzehnt von 1965 bis 1975 sind die Mieten erheblich stärker gestiegen als die allgemeinen Lebenshaltungskosten. Folgende Durchschnittssätze gibt dafür das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) an: Altbauwohnungen 135 Prozent, öffentlich geförderte Neubauwohnungen 95 Prozent, frei finanzierte steuerbegünstigte Wohnungen 65 Prozent.

Bei den kräftig steigenden Mieten aber ist das Wohngeld seit Januar 1974 nicht verbessert worden. Erst zum 1. Januar 1978 soll das jetzt mit einer Novelle zum Wohngeldgesetz geschehen. Dafür ist ein Mehraufwand von jährlich 700 Millionen DM veranschlagt. Der Deutsche Mieterbund fordert dafür 1 Milliarde DM.

Die nach den Bestimmungen des Wohngeldgesetzes zum 1. Januar 1976 fällige Anpassung des Wohngeldes wurde ausgesetzt und auch bis jetzt nicht nachgeholt. Dadurch ist das Wohngeld für die meisten der rund 1,7 Millionen Empfänger seit 1974 schon dreimal, oft auch bei gestiegener Mietbelastung, gekürzt worden. Davon sind besonders die Rentner betroffen, die rund 70 Prozent der Wohngeldempfänger stellen. Gerade für sie aber soll bei der jetzt eingeleiteten Novellierung des Wohngeldgesetzes am wenigsten herauskommen. Die Einkommensgrenze für alle Wohngeldberechtigten soll zwar um 30 Prozent erhöht, dafür aber der allgemeine Freibetrag von 30 auf 15 Prozent gekürzt werden, wenn Wohngeldempfänger von ihren Einkommen keine Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen haben. Auch wer nur eines von beiden von seinem Einkommen zu zahlen hat, soll nur noch einen verminderten Freibetrag von 22,5 Prozent erhalten. Eine Berechnung des Wohngeldes nach Netto- statt nach Bruttoeinkommen ist sicher sozial gerechter. Eine solche Regelung im Wohngeldgesetz aber wäre auch ohne die jetzt eintretende Verschlechterung für die Rentner möglich.

Nach den Angaben des Bundeswohnungsbauministers sollen durch die Verbesserungen ab Januar nächsten

Jahres 300 000 Arbeiter- und Angestelltenhaushalte zusätzlich Anspruch auf Wohngeld erhalten. Soweit Arbeiter- und Angestelltenhaushalte schon Wohngeld beziehen, soll sich dieses um durchschnittlich 60 bis 65 DM erhöhen. Für einen Vierpersonenhaushalt mit 1750 DM Einkommen und einer Miete von 440 DM soll der Mietzuschuß allerdings nur um ganze acht DM, von 68 auf 76 DM steigen. Und für die Rentnerhaushalte soll es ab Januar 1978 nur durchschnittlich 20 bis 25 DM mehr Wohngeld geben. Das ist weit

weniger, als ihnen seit 1974 beim Wohngeld abgezogen wurde.

Was da von Regierungsseite so groß als „Wohngeldreform“ angekündigt wurde, ist noch nicht einmal ein Reformchen. Die Grundstruktur des Wohngeldgesetzes wird nicht geändert. Die Verbesserungen sind unzureichend. Mit ihnen werden die seit 1974 erfolgten Mietsteigerungen nicht voll ausgeglichen, und das um so weniger, als die Miethöchstbeträge im Wohngeldgesetz nicht mit den Höchstbeträgen gleichgeschaltet sind, die im öffentlich geförderten Wohnungsbau gezahlt werden müssen. Da auch jetzt keine jährliche Anpassung der Miethöchstbeträge und Einkommensgrenzen im Wohngeldgesetz vorgesehen sind, wird es schon ab 1979 wieder zu Kürzungen beim Wohngeldgesetz kommen. A. B.

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT

Gewerkschaftliche Warnstreiks

Das Urteil des Bundesarbeitsgerichts, nach dem gewerkschaftliche Warnstreiks während Tarifverhandlungen zulässig sind (vgl. NACHRICHTEN 2/77), hatte erhebliche Aktivitäten der Unternehmensverbände ausgelöst. Ihre Vertreter wurden nicht müde, landauf, landab zu betonen, daß sich an der bisherigen Rechtslage nichts geändert habe. Einerseits sollte damit Verwirrung gestiftet, andererseits das Bundesarbeitsgericht beeinflusst werden, da die schriftliche Begründung des Urteils noch ausstand. Diese Begründung liegt inzwischen vor. Das BAG stellt darin folgende Grundsätze auf:

— Warnstreiks sind nach Ablauf der tariflichen Friedenspflicht während laufender Tarifverhandlungen zulässig.

— Die Streiks müssen von der Gewerkschaft organisiert werden.

— Die Organisation der Warnstreiks muß nicht von der, die Tarifverhandlungen führenden Gewerkschaftszentrale, sondern kann auch von örtlichen Verwaltungsstellen der Gewerkschaften durchgeführt werden.

Das Handelsblatt (vom 28. März 1977) hatte nichts Eiligeres zu tun, als nach Bekanntwerden der schriftlichen Urteilsbegründung wiederum eine Austeuerung vorzunehmen, die in dem Urteil keine Stütze findet: Dort, wo Schlichtungs- und Schiedsvereinbarungen existieren, soll der Warnstreik vor Ablauf der Verhandlungen unzulässig sein. Demgegenüber spricht das Urteil jedoch lediglich von „tariflicher“ Friedenspflicht, der Friedenspflicht also,

die während der Laufzeit der Tarifverträge gilt.

Einen Streik, den die Belegschaft durchführt, um eine Forderung des Betriebsrats zu unterstützen, ist nach einem Urteil des BAG vom 17. 12. 1976 unzulässig. Das BAG dehnt das Verbot in § 74 Abs. 2 BetrVG, daß Betriebsrat und Unternehmer keinen Arbeitskampf gegeneinander führen dürfen, in einem geradezu skandalösen Maße aus und stellt fest: „Wegen betriebsverfassungsrechtlicher Streitfragen darf ein Arbeitskampf im Betrieb nicht geführt werden.“ Vielmehr müßten alle Meinungsverschiedenheiten auf „friedlichem“ Wege (gemeint sind Einigungsstelle und Arbeitsgerichte) ausgetragen werden. Dabei sei es unerheblich, wer den Streik organisiert: „Arbeitskämpfe auf dem Gebiet der Betriebsverfassung sind ohne Rücksicht auf die Frage, wer sie organisiert, rechtswidrig.“ Sollte sich das Urteil auch auf einen gewerkschaftlich (z. B. von den Vertrauensleuten) organisiersten Streik beziehen — was aus seinem Wortlaut nicht klar hervorgeht — so wäre es ein eklatanter Verstoß gegen § 74 Abs. 2 BetrVG, der gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb — und damit auch gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen ausdrücklich zuläßt.

Das Urteil ist ein klarer Verstoß gegen Artikel 6 Ziffer 4 der Europäischen Sozialcharta. Die Arbeitsrechtsprofessoren Däubler und Ramm haben mehrfach nachgewiesen, daß die Geltung der Europäischen Sozialcharta in der Bundesrepublik auch den nicht gewerkschaftlich organisierten Streik garantiert. n

Auch in den Gewerkschaften: CIA spielte überall mit

Aus dem „Hort der Freiheit“, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, hört man Erstaunliches. Daß mit dem Geheimdienst CIA nicht alles mit rechten Dingen zugeht, weiß man ja seit einiger Zeit genau. Was man allerdings jetzt über einige Gewerkschaftspraktiken hört, muß erneut und noch stärker zu denken geben. Aber der Reihe nach. — Die Gebrüder Reuther sind vielen auch hierzulande ein Begriff als führende Persönlichkeiten der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Walter Reuther war lange Jahre Präsident der starken UAW (1,5 Millionen Mitglieder), der Metallarbeitergewerkschaft. Sein Bruder Victor leitete jahrelang die internationale Abteilung der UAW.

Noch kurz vor seinem Tode war Walter Reuther maßgeblich an der Trennung der UAW von dem gewerkschaftlichen Dachverband AFL/CIO beteiligt, um sich damit von dessen reaktionärer Politik unter Führung von George Meany abzusetzen. Nach dem Tode seines Bruders hatte sich Victor Reuther zurückgezogen und an seinen Memoiren gearbeitet. Ende letzten Jahres erschien der Band „Die Brüder Reuther und die Geschichte der UAW“.

Einiges, worüber man diskutiert, vieles, was man nicht vermutet hätte, ist in dieser kritischen Analyse der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung erstmalig aus direkter Quelle berichtet worden. Nehmen wir als Beispiel die Spaltung der französischen CGT nach dem 2. Weltkrieg. Victor Reuther weist nach, daß bei dieser Spaltung die amerikanischen Gewerkschaften zusammen mit dem CIA ihre Hand im Spiel hatten. Umfangreiche Geldsummen wurden zur Verfügung gestellt, um den Einfluß der Kommunisten in den französischen Gewerkschaften zu beseitigen. Es wurden Streikbrecher-„Gewerkschaften“ in den Häfen und bei den Druckereiarbeitern organisiert, um eine Spaltung zu bewerkstelligen. Herausgekommen war schließlich die rechtsstehende Gewerkschaft FO, nach eigenem Geständnis eigentlich ein Fehlschlag, da sie trotz laufender finanzieller Unterstützung keinen größeren Einfluß gewinnen konnte und die linken Kräfte in der immer stärkeren CGT dominierten.

Einer der dunklen Kanäle, durch den Gelder vom CIA an die amerikanischen Gewerkschaften flossen, wurde durch einen Zufall offengelegt. Eine Routine-Steueruntersuchung entlarvte den Fonds Kaplan als geheimes Geldsammelbecken verschiedener Stiftungen, die sich dann wiederum als Tarnorganisationen des Geheimdienstes entpuppten.

Unter den Fittichen der AFL/CIO und mit dem Geld des CIA wurden z. B. weltweit neue Gewerkschaften im Bereich der amerikanischen Erdölraffinerien gegründet oder alte unterwandert, so daß der CIA, bzw. die US-Regierung, bzw. die Erdölkonzerne eine perfekte Kontrolle über ihre Erdölförderung und -verarbeitung innehatten. Glücklicherweise gingen diese Operationen nicht immer reibungslos vonstatten, so daß das öfteren die Arbeiter die Gewerkschaften wieder unter ihre Kontrolle bringen konnten.

Ein anderes Opfer war die AFL/CIO-Mitgliedsgewerkschaft der Journalistengilde. Sie akzeptierte 944 000 Dollar Subventionen über einen Fonds Hamilton, ohne zu wissen, daß bis auf 10 000 Dollar der Rest vom CIA stammte. Als Gegenleistung erwartete man eine stärkere Bindung ausländischer Journalisten an die amerikanische Position. Selbst die respektable internationale Vereinigung der Lebensmittelgewerkschaften JUL mußte feststellen, daß ohne ihr Wissen, aber in ihrem Namen in Lateinamerika operiert wurde. Ein gewisser McLellan war von George Meany (AFL/CIO) angeworben worden, die falschen Referenzen und die großzügige finanzielle Unterstützung waren natürlich vom CIA.

Doch das ist noch nicht alles. Selbst die verschiedenen geheimen Machenschaften des CIA in Lateinamerika zum Sturz demokratischer Regierungen oder zur Errichtung von Militärdiktaturen liefen des öfteren nicht ohne Beteiligung der US-amerikanischen Gewerkschaften ab. Victor Reuther schreibt, daß der AFL/CIO nach dem vom CIA unterstützten Sturz des brasilianischen Präsidenten Goulart den „Sieg der Militärrevolution“ begrüßte. Die AFL/CIO feierte die Putsch-Generale, unterstützte in Kuba den Diktator Batista gegen Fidel Castro und wandte sich beim Konflikt um die

Dominikanische Republik sogar gegen einen Mann wie den Präsidenten Bosch, der mit seiner „christlich-demokratischen“ Gesinnung sicherlich nicht kommunistischer Anschauungen verdächtig war. In allen Erdteilen wurden über Auslandsvertretungen der AFL/CIO Gelder in riesigem Umfang verteilt. Tarnorganisationen des CIA sorgten die richtige Verwendung.

Victor Reuther will mit seiner Veröffentlichung, aus der wir nur wenige Fakten wiedergeben konnten, im Sinne seines Bruders einen Beitrag zu einer ehrlichen selbstkritischen Analyse der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung leisten, die, wie er sagt, leider nur wenige glorreiche Seiten der Geschichte geschrieben hat. Er will mit dazu beitragen, daß aus Staatsbütteln wieder demokratische Organisationen der Mitglieder werden. Hoffen wir mit ihm, daß dieser Weg erfolgreich sein wird. a. p.

WGB-Kongreß 1978 in Prag

In Warschau fand Mitte April die 27. Tagung des Generalrates des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) statt. Er beschloß die Einberufung des 9. Weltgewerkschaftskongresses für die Zeit vom 16. bis 23. April 1978 nach Prag. Zur Vorbereitung des Kongresses soll ein Orientierungsprogramm der Gewerkschaftspolitik ausgearbeitet werden.

Auf dem Weltgewerkschaftskongreß, der entsprechend der WGB-Tradition für alle Gewerkschaften in der Welt offen ist, sollen mehrere Programme bzw. Erklärungen zu verschiedenen Fragen diskutiert und beschlossen werden. So ist die Erarbeitung eines gemeinsamen Standpunktes zur Abrüstung vorgesehen. Der Generalrat forderte alle Gewerkschaften zur Zusammenarbeit auf. Neu in den WGB aufgenommen wurden u. a. die Gewerkschaften von Angola, Zimbabwe und Jamaika.

3 Millionen im Streik in Frankreich

Mehr als 3 Millionen Arbeiter und Angestellte beteiligten sich am 29. April an einem von den größten Gewerkschaften, CGT und CFDT, ausgerufenen Arbeitskampf gegen das sogenannte „Barre-Programm“ der französischen Regierung zur „Wirtschaftsstabilisierung“. Die Hauptforderungen der Streikenden, Lohnerhöhungen, die dem tatsächlichen Kaufkraftverlust Rechnung tragen, und Garantien für die Sicherheit der Arbeitsplätze.

30 Jahre soziale Sicherheit

Die Gewerkschaften der DDR begingen im Februar ein bedeutsames Jubiläum: Den 30. Jahrestag der Sozialversicherung. Vor 30 Jahren, am 1. Februar 1947, trat die Sozialversicherungsordnung in Kraft. Sämtliche Sozialversicherungsträger wurden zu einer Sozialversicherungseinrichtung vereinigt. Sie umfaßte alle Zweige, also die Kranken-, Mutterschafts-, Unfall-, Renten- und Invalidenversicherung sowie die Arbeitslosenversicherung.

Die Versicherungspflicht und der Versicherungsschutz wurde auf alle Arbeiter und Angestellte, gleich wie hoch ihr Einkommen war, sowie auf andere Schichten der Bevölkerung, wie Bauern, Handwerker und Gewerbetreibende, erweitert. Die Leistungen und die Finanzierung wurden neu geordnet. Zugleich wurde die Sozialversicherung territorial gegliedert und demokratische Selbstverwaltungsorgane geschaffen. Die gewerkschaftlichen Organe der Sozialversicherung wurden periodisch, entsprechend den Festlegungen in der Satzung des FDGB, bei den allgemeinen Gewerkschaftswahlen mitgewählt bzw. von den gewählten Vorständen und Leitungen gebildet.

In den 30 Jahren ihres Bestehens kann die Sozialversicherung der DDR eine gute Bilanz ausweisen. Im Gründerjahr 1947 betrugen ihre Aufwendungen für die Versicherten ganze 2,5 Mrd. Mark. 1976 erreichten die Gesamtausgaben der Sozialversicherung 23,5 Mrd. Mark. Vor allem in den letzten Jahren stiegen die Leistungen der Sozialversicherung gewaltig. Wendete die Sozialversicherung im Jahr 1966 für jedes ihrer Mitglieder durchschnittlich 700 Mark auf, so waren es 1975 bereits 1222 Mark. 1980 werden es, so sieht der Plan vor, mehr als 1500 Mark sein.

Allein in den zurückliegenden fünf Jahren wurden für die soziale Betreuung und gesundheitliche Versorgung der Werktätigen etwa 78 Mrd. Mark aufgewendet. Das sind 23,5 Mrd. Mark mehr als im Zeitraum des vorangegangenen Fünfjahrplans. Von den Ausgaben 1976 waren nur wenig mehr als die Hälfte durch die Beiträge abgedeckt. Der übrige Teil wurde aus dem Staatshaushalt zugeführt. Der Anteil aus seinen eigenen SV-Beiträgen an je 100 Mark Versicherungsleistungen ging für einen Versicherten von 1960 bis 1975 von 39,80 Mark auf 27 Mark zurück. Im gleichen Zeitraum sank auch der vom Betrieb abzuführende Beitragsanteil, während sich der Staatszuschuß von 16,10 Mark auf 43 Mark erhöhte.

DGB-Delegation erstmals auf Kongreß in Moskau

Vom 21. bis 25. März 1977 fand im Moskauer Kreml-Kongreßpalast der 16. Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften statt. Die 5032 Delegierten, gewählte Vertreter der 113,5 Millionen sowjetischen Gewerkschafter, zogen in den fünftägigen Beratungen eine Bilanz ihrer Tätigkeit seit dem 15. Kongreß im März 1972. Sie beschlossen zugleich die Aufgaben der Gewerkschaften für die kommenden fünf Jahre und wählten den Zentralrat und die Zentrale Revisionskommission.

Leonid Breshnew, Generalsekretär der KPdSU, würdigte die erfolgreiche Tätigkeit der sowjetischen Gewerkschaften. Er sagte: „Sorge um die Entwicklung der Volkswirtschaft, um die Stellung der Produktion und Sorge um die Rechte und Interessen der Werktätigen, um ihre Arbeits- und Lebensbedingungen — das sind beides Aufgaben der Gewerkschaften, weil Wachstum und qualitative Vervollkommen der Wirtschaft der direkte und zuverlässige Weg zur Verbesserung der Lebensbedingungen der werktätigen Menschen, ihrer Familien und aller Bürger ist.“

Zahlreiche Beispiele wurden dafür im Rechenschaftsbericht des wiedergewählten Vorsitzenden des Zentralrates der sowjetischen Gewerkschaften (WZSPS), Alexej Schibajew, sowie von den 49 Diskussionsrednern auf dem Kongreß genannt. So wurde im 9. Fünfjahrplan allein für soziale Maßnahmen ebensoviel wie in den vorangegangenen 10 Jahren aufgewendet. Dadurch konnten für mehr als 75 Millionen Werktätige die Löhne, für weitere 40 Millionen die Renten, Beihilfen, Stipendien und andere Leistungen erhöht werden. 56 Millionen Sowjetbürger haben ihre Wohnverhältnisse verbessert.

Diese positive Entwicklung wird sich entsprechend dem vom XXV. Parteitag der KPdSU ausgearbeiteten Programm für die soziale Entwicklung und die Erhöhung des Lebensstandards des Volkes auch im 10. Fünfjahrplan fortsetzen. Der Konsumtionsfonds wird fast um 76 Milliarden Rubel zunehmen. Für den Wohnungs- und Kommunalbau werden 100 Milliarden Rubel, für die Entwicklung der materiellen Basis von Gesundheitsschutz, Bildungswesen und Kultur werden 20 Milliarden Rubel ausgegeben. Die durchschnittlichen Realeinkünfte pro Kopf der Bevölkerung sollen um 21 Prozent steigen, wobei die unteren Einkommen zusätzlich erhöht werden.

Für das laufende Planjahr fünf ist ein umfangreiches Programm für die weitere Entwicklung des Erholungswesens und des Tourismus vorgesehen. Dafür geben allein die Gewerkschaften 1,4

Milliarden Rubel aus, wobei die Gesamtaufwendungen in diesem Bereich 5,6 Milliarden Rubel betragen sollen. Einen breiten Rahmen nahm auf dem 16. Kongreß die Bildung der Werktätigen und insbesondere der jungen Generation ein. Bis 1980 werden rund 10 Millionen junge Facharbeiter ausgebildet. Über die Gewerkschaftsorganisationen, so sagte Alexej Schibajew, müsse mit Hilfe der erfahrenen Arbeiter die schnelle vollwertige Anwendung des Wissens dieser jungen Menschen in die Produktion organisiert werden. In den sowjetischen Gewerkschaften werde, wie Leonid Breshnew hervorhob, das neue geistige Antlitz des Menschen der Arbeit geformt. In dieser Schule orientiere sich die Erziehung an den besten Eigenschaften der Werktätigen. Sie würden davon überzeugt, daß die Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ ihr Handeln bestimmen müsse.

So war auch auf dem 16. Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften der proletarische Internationalismus überall zu spüren: 147 Gewerkschafts- und Arbeiterdelegationen aus 115 Ländern, darunter erstmals eine Delegation des DGB unter Leitung von Alois Pfeiffer, sowie von sieben internationalen Organisationen, darunter des Weltgewerkschaftsbundes, waren anwesend. Die Zahl der Länder, mit deren Gewerkschaften Kontakte bestehen, hat von 116 auf 128 und die Anzahl der Gewerkschaftszentralen, mit denen der WZSPS in Verbindung steht, von 134 auf 161 zugenommen. In der UdSSR weilten über 4500 Gewerkschaftsdelegationen. Etwa 4000 Delegationen der sowjetischen Gewerkschaften fuhren ins Ausland.

In einem einmütig beschlossenen „Appell an die Werktätigen und Gewerkschaften der Welt“ heißt es: „Im Namen der 113 Millionen Mitglieder der Sowjetgewerkschaften — der Arbeiter, der Kolchosbauern und der Intelligenz — ruft der 16. Kongreß der Gewerkschaften der UdSSR alle Werktätigen, alle Gewerkschaften der Welt auf, ihre Anstrengungen zur weltweiten Offensive gegen das Welttrübsen zu vereinen.“

Hans Kramer

Aufschlußreiches Gespräch mit dem Kabelkartell

„Seien Sie versichert, daß wir den gewissermaßen sportlichen Ehrgeiz besitzen, Ihnen Leistung und Sinn eines Rationalisierungskartells deutlich zu machen.“ Mit diesen Worten hatte der Geschäftsführer der Fernmeldekabel-Gemeinschaft (FMG), Elmar Kaiser, die Verfasser der im NACHRICHTEN-Verlag erschienenen Broschüre „Die Post im Griff der Konzerne“ zu einem Gespräch nach Köln eingeladen. Das Gespräch fand, wie wir in Nr. 4/77 kurz berichteten, nun Ende März statt.

Bei der FMG handelt es sich um ein Kartell, in dem sich sämtliche Fernmeldekabelhersteller der BRD — unter ihnen Siemens, AEG, BBC, Felten & Guilleaume sowie der Gutehoffnungshütte-Konzern — den lukrativen Absatzmarkt Post aufteilen. Das Gespräch sollte die Marktabsprachen der Konzerne in ein positives Licht rücken.

Wie es sich für einen Sportsmann gehört, war der FMG-Geschäftsführer in Hemdsärmeln erschienen; er und sein Stellvertreter gaben sich aufgeschlossenen und gesprächsbereiten. Beide versuchten den Eindruck zu vermitteln, als sei nicht die Post von der Kabelindustrie, sondern umgekehrt die Industrie vom „Monopol Bundespost“ abhängig. Es wurden sogar öfter Zahlen genannt, beispielsweise über die Lieferleistungen der Kartellmitglieder oder über die Preisentwicklung auf dem Fernmeldekabelmarkt — allerdings nur solche Zahlen, wie sie auch dem Kartellamt eingereicht werden und die das Kartell im besten Licht erscheinen lassen.

An einigen Stellen kam dennoch der Unternehmerstandpunkt unverhüllt wieder zum Vorschein. So, als die FMG-Vertreter auf die zur Zeit beim Felten-Konzern geplante Entlassung von 1200 Kollegen angesprochen wurden: Es sei eben leichter, personelle Überkapazitäten abzubauen als maschinelle. „Wenn der Bedarf fehlt, fahren wir die Menschen herunter.“ Es kostete allein 12 Millionen Mark, diese 1200 Beschäftigten „loszuwerden“; in den USA hingegen gingen Sozialplankosten „gegen Null“.

FDGB-Funktionär zum Staatssekretär berufen

Der bisherige Stellvertreter des FDGB-Bundesvorstandes Wolfgang Beyreuther wurde Ende April vom Ministerrat der DDR zum Staatssekretär für Arbeit und Löhne berufen. Bei diesem Staatssekretariat, das jetzt der bekannte FDGB-Funktionär leitet, handelt es sich um ein selbständiges Amt, das mit einem Ministerium vergleichbar ist.

Solche Bemerkungen, wie wir sie tagtäglich aus Unternehmermünd hören können, waren bei diesem Gespräch aber wirklich nur „Ausrutscher“. Das Bemühen, Aufgeschlossenheit und Offenheit zu suggerieren, blieb vorherrschend. Seine Schranken fand dieses Bemühen erst in der altbekannten Tatsache, daß sich die Unternehmer nicht in die Taschen sehen lassen. So versuchten die FMG-Manager den Vorwurf zu widerlegen, das Kartell ermögliche Monopolprofite. Sie führten dazu an,

nachrichtenreihe 2

Michael Raabe / Wolfgang Stöhr

Die Post im Griff der Konzerne

Zur Finanzkrise im öffentlichen Dienst am Beispiel der Bundespost

Preis 3 DM

daß sich Fernmeldekabel ungleich geringer verteuert hätten als andere Industrieerzeugnisse. Auf Vorhaltungen mußten sie jedoch einräumen, daß damit nichts über die Profite ausgesagt ist. Denn hier ist nicht nur die forcierte Rationalisierung zu berücksichtigen, sondern auch die Tatsache, daß Anfang der siebziger Jahre infolge der politischen Ereignisse in Chile die Kupferpreise erheblich herabgedrückt worden waren. Aber darüber, welche Gewinne nun tatsächlich erzielt worden sind, wollten die FMG-Vertreter nun doch keinerlei Auskunft geben.

Vor einiger Zeit hat das Bundespostministerium versucht, Betriebsfunktionäre der Deutschen Postgewerkschaft disziplinarisch zu belangen, weil sie eine Resolution verbreitet hatten. Darin war der Industrie vorgeworfen worden, von der Post überhöhte Preise zu verlangen, und es war in diesem Zusammenhang auf das Kabelkartell verwiesen worden. Die Post dürfte sich schwer tun, diese Vorwürfe zu widerlegen: Die FMG-Manager konnten es auch nicht.

M. R./W. St.

VERLAGSINTERNES

Wir sind mit den „Arbeiterseminaren“, die alle zwei Jahre von der Zeitschrift NACHRICHTEN zu einem aktuellen sozial- bzw. gesellschafts- oder wirtschaftspolitischen Thema von grundsätzlicher Bedeutung durchgeführt werden, auf dem richtigen Weg. Das hat das „Arbeiterseminar '77“ wieder gezeigt, das wir zum Thema „Sozialpolitik in der Krise“ am 23. und 24. April in Frankfurt veranstalteten. Lesen Sie bitte den Bericht darüber und die Thesen auf den Seiten 22/23 und 31.

Erfolgreich und wichtig war dieses Arbeiterseminar vor allem auch deshalb, weil wir damit zur Entwicklung von Forderungen und Durchsetzungsstrategien zur Wahrung der Interessen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Rentner im sozialpolitischen Bereich beitragen konnten. Wie sehr sich vor allem Gewerkschafter dafür interessieren, geht wohl überzeugend daraus hervor, daß von den 119 Teilnehmern 116 gewerkschaftlich organisiert sind und in ihrer Mehrzahl ehren- und hauptamtliche Funktionen auf den verschiedenen Ebenen ausüben.

Obgleich während des Seminars 28 Teilnehmer zur Diskussion sprachen, konnten mehrere Wortmeldungen aus Zeitgründen nicht mehr berücksichtigt werden. Wegen der Wichtigkeit für die Gesamtheit, so wurde es vereinbart, können diese Beiträge schriftlich nachgereicht werden, um in dem Buch über das Arbeiterseminar berücksichtigt zu werden. Unserer Gepflogenheit entsprechend, werden wir auch diesmal wieder Referat und Diskussionsbeiträge zu einem Buch zusammenstellen, das bereits im Sommer ausgeliefert werden soll — wenn alles klappt.

Erfolgreich war das Seminar auch in „geschäftlicher“ Hinsicht. Auf einem Büchertisch boten wir ausschließlich verlagseigene Erzeugnisse an: die NACHRICHTEN, die INFORMATIONEN, unsere Buchtitel und die bis dahin erschienenen sechs Hefte der „nachrichten-reihe“. Ältere Buchtitel hatten wir ins moderne Antiquariat genommen und zu stark herabgesetzten Preisen angeboten. Am Schluß des Seminars waren wir von der Kauffreudigkeit der Teilnehmer enorm beeindruckt: für genau 3420,50 DM waren an diesen ein- einhalb Tagen Verlagsprodukte umgesetzt worden. Beachtlich auch das Spendenaufkommen von 1203,70 DM. — Wie gesagt: ein in jeder Hinsicht erfolgreiches „Arbeiterseminar '77“. Wir sagen auf diesem Wege Dank an alle, die dazu beigetragen haben, ob direkt oder indirekt.

jaco

Terminkalender

- 19. bis 21. Mai
Bundesjugendkonferenz der
schen Postgewerkschaft in Böblingen
- 2. bis 3. Juni
9. Bundesfrauenkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Saarbrücken
- 3. bis 4. Juni
Kulturpolitische Tagung des DGB in Recklinghausen
- 11. bis 14. September
11. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft in Malente/Schleswig-Holstein
- 18. bis 24. September
12. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall in Düsseldorf
- 29. September bis 1. Oktober
Bundestagung der Delegierten des 10. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Bau, Steine, Erden in Frankfurt
- 3. bis 8. Oktober
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Leverkusen
- 9. bis 15. Oktober
12. Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Mainz
- 19. bis 21. Oktober
9. Bundes-Angestelltentag des DGB in Frankfurt
- 16. bis 22. Oktober
11. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Augsburg
- 24. bis 28. Oktober
Kongreß des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB) in München
- 30. Oktober bis 4. November
Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Mannheim
- 10. bis 11. November
Zentrale Frauenkonferenz der Gewerkschaft Textil – Bekleidung in Gelsenkirchen
- 15. bis 17. November
Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Frankfurt/Main

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der NACHRICHTEN liegt ein Prospekt zur „nachrichtenreihe“ 7 bei: „Gewerkschaften 1976 – Beschlüsse und Erklärungen, Materialien zur Programmdiskussion“. Das Heft ist soeben erschienen. Wir bitten um freundliche Beachtung.

0039 NN 1/ 1
FREIE UNIVERSITÄT B.
VORM. OTTO-SUHR-INSTITUT
IHNESTR. 21
1000 BERLIN 33

Zu guter Letzt

Polizei stört Mai-Kundgebung

Eine der größten Maidemonstrationen und Kundgebungen zum 1. Mai fand auch in diesem Jahr in Frankfurt statt. Mehr als 15 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte sowie Schüler und Studenten trafen sich mit zahllosen Transparenten auf dem Opernplatz und demonstrierten, geleitet von gewerkschaftlichen Ordnern, zum Kundgebungsplatz, dem Römerberg. Unter den Demonstranten befanden sich erstmals auch Vertreter der Jungen Union mit eigenen CDU-Transparenten und, mehrere maoistische Gruppen, darunter der eine gewerkschaftsfeindliche Politik betreibende sogenannte KBW.

Der Kundgebungsbeginn verzögerte sich, da der Aufmarsch des Demonstrationzuges längere Zeit in Anspruch nahm und der Platz für die mittlerweile auf 18 000 Teilnehmer gewachsene Zahl kaum reichte. Plötzlich erschien vor Beginn der Kundgebung auf dem Platz eine Hundertschaft Polizei, die mit chemischer Keule, Schlagstöcken und Plastikschildern bewaffnet war. Sie ging rigoros gegen die Kundgebungsteilnehmer vor. Als erster wurde ein DGB-Ordner, der stellvertretende Geschäftsführer der GEW im Bezirk Frankfurt, Volker Merker, brutal zusammengeschlagen. Er mußte mit schweren Kopfverletzungen in ein Krankenhaus zu längerer stationärer Behandlung eingeliefert werden. Drei weitere Gewerkschafter erlitten ebenfalls Verletzungen. Selbst vor dem Einsatz der chemischen Keule schreckten die Schläger in Uniform nicht zurück.

Unter dem Vorwand, Aktivitäten der „Chaoten“ verhindern zu wollen, versuchte im nachhinein der Polizeipräsident Müller diese Störung der Mai-Kundgebung zu rechtfertigen. Der Frankfurter DGB-Kreisvorsitzende Manfred Kiesewetter bezeichnete den Polizeieinsatz als eine Provokation. Auch der DGB-Kreisvorstand protestierte einstimmig gegen die provokatorische Störung der Mai-Kundgebung durch die Polizei. Er stellte klar, daß der DGB keine Polizei herbeigerufen habe und selbst stark genug sei, mit ultralinken Schreibern fertig zu werden. P.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschafts-Spiegel
Informationen und Kommentare

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

Postfach 18 03 72, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/Main; Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 1 615 6129 00 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Postscheckk.: Frankfurt/M. 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Einzelpreis 3,- DM; Jahresabonnement 25,- DM zuzüglich 3,60 DM Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.

Dr. Heinz Schäfer, Sterngasse 52, 6103 Griesheim.

Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411 Borstorf/Möln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews ist die Zustimmung des Gesprächspartners notwendig.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.

NACHRICHTEN-Verlags-
Gesellschaft mbH

Frankfurt am Main

